PROTOKOLL

über die 17., ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr, am Dienstag, dem 16. Dezember 1975, im Rathaus, I. Stock hinten, Gemeinderatsitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

Öffentliche Sitzung

Anwesend:

VORSITZENDER:
Bürgermeister Franz Weiss

BÜRGERMEISTER-STELLVERTR.:
Heinrich Schwarz
Karl Fritsch

STADTRÄTE:
Rudolf Fürst
Anna Kaltenbrunner
Konrad Kinzelhofer
Manfred Wallner
Leopold Wippersberger
Johann Zöchling

GEMEINDERÄTE:
Alfred Baumann
Johann Brunmair
Maria Derflinger
Vinzenz Dresl
Franz Enöckl
Ing. Wolfgang Fahrnberger
Karl Feuerhuber
Ernst Fuchs
Karl Holub
Walter Kienesberger
Johann Knogler-Kraxberger
Walter Köhler
Ottilie Liebl
Rudolf Luksch
Johann Manetsgruber
Franz Mayr
Erich Mayrhofer
Therese Molterer
Josef Radler
Friedrich Reisner
Erich Sablik
Hubert Saiber
Dr. Konrad Schneider
Johann Schodermayr
Herbert Schwarz
Dr. Alois Stellnberger
Otto Treml

VOM AMT:
Magistratsdirektor Obersenatsrat
Dr. Johann Eder
Magistratsdirektor-Stellvertreter
Senatsrat Dr. Helmut Schreibmüller
Kontrollamtsdirektor Oberamtsrat
Alfred Eckl
Präsidialdirektor Oberamtsrat
Roland Postler
Rechnungsdirektor Oberamtsrat
Ludwig Stary

PROTOKOLLFÜHRER:
OAR. Walter Radmoser
VB Gerda Gugenberger

TAGESORDNUNG

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

1) Präs-758/75	Änderung der gemeinderätlichen Ausschüsse.
2) ÖAG-5035/75	Ablagerung von Altreifen; Anfrage der ÖVP-Gemeinderatsfraktion.
3) Präs-717/75	Anfragen der FPÖ-Gemeinderatsfraktion.
4) Präs-715/75	Einführung einer Berichterstattung über die Ergebnisse der Kontrollamtstätigkeit an den Gemeinderat; Antrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion.
5) Präs-716/75	Erweiterung der Tagesordnung der Gemeinderatsitzungen durch einen Tagesordnungspunkt "Allfälliges"; Antrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

6) ÖAG-5395/75	Ankauf der Liegenschaft Steyr, Bründlplatz 8.
7) ÖAG- 796/75	Ankauf der Liegenschaft Steyr, Schiffmeistergasse 3.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

8) Präs-719/75	Bildung eines gemeinderätlichen Fremdenverkehrsausschusses; Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion.
9) Bau3-1320/68	Straßenneubau Sierninger Straße - Kegelprielstraße; Änderung der Straßenbezeichnung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

10) ÖAG-6114/75 Stadtwerke	Ankauf von duktilen Gußrohren.
11) Wa-1564/73 Wa-4125/73	Hydrogeologische Untersuchungen Schottergrube Niedermayr, Mülldeponie und Trinkwasserversorgungsanlage der Stadt Steyr; Vergabe der Trockenschlagbohrungen.
12) ÖAG-1053/73 Wasserwerk	Wasserwerksgenossenschaft Gründberg; Übernahme des Verteilungsnetzes und Herstellung der Anschlußleitung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MANFRED WALLNER:

13) Bau3-5512/72 — Ergänzung des GR-Beschlusses betreffend den Ausbau der Zirerstraße; Grundeinlösungen.

14) Bau2-4204/74 — Übernahme des Weggrundstückes Nr. 14/3 der KG. Hinterberg in das öffentliche Gut.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

15) GHJ1-2966/74 — Ankauf einer mittleren Datenverarbeitungsanlage.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF FÜRST:

16) Ha-3700/75 — Antrag auf Feststellung des Voranschlages der Stadt Steyr für das Jahr 1976.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS: Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich begrüße Sie zur heutigen Sitzung, die ja bekanntlich den Voranschlag 1976 zum Inhalt hat. Darüberhinaus gibt es noch eine Reihe anderer Sachanträge zu behandeln, die gemäß Tagesordnung ersichtlich sind. Die Tagesordnung ist ordnungsgemäß zugestellt worden, das darf ich auch hier feststellen. Die Beschlußfähigkeit des Gemeinderates ist gegeben und ich darf eingangs der Sitzung bitten um die Bestellung der Protokollprüfer. Heute wären die beiden Mitglieder des Gemeinderates, Gemeinderat Hubert Saiber und Gemeinderat Otto Treml an der Reihe. Sind die beiden bereit, diese Funktion zu übernehmen? Ich sehe durch Kopfnicken, daß Sie einverstanden sind. Es erhebt sich kein Widerspruch, so sind beide Herren bestellt.

Bevor ich nun in die Tagesordnung übergehe, darf ich noch einige Mitteilungen zur Kenntnis bringen und sie gleich eingangs der Sitzung machen. Zunächst einmal die Feststellung, daß am kommenden Samstag, 20. 12., um 10.00 Uhr eine offizielle Übergabe des neuerbauten Fußgängerüberganges über die Blümelhuberstraße erfolgen wird. Der gesamte Gemeinderat ist herzlichst eingeladen, diesem Akt beizuwohnen. Wir glauben, daß dieser Akt deshalb von Bedeutung ist, weil damit ein erster Schritt in Richtung fußgängersicherer Übergänge über Hauptverkehrsadern in dieser Form gemacht wurde und ich überzeugt bin, daß sich der Gemeinderat dort und da noch mit ähnlichen Anträgen, die derartige Folgerungen haben werden, zu beschäftigen haben wird müssen. Ich bitte Sie also, dieser Einladung, wenn es irgendwie geht, nachzukommen.

Eine zweite Mitteilung betrifft die langersehnte Eröffnung des Postamtes auf der Ennsleite, die laut Mitteilung des Präsidiums und des Präsidenten der Postdirektion Linz am kommenden Montag um 8.30 Uhr stattfinden wird. Ich bitte auch hier, zumal im Einladungsschreiben ausdrücklich auch darauf hingewiesen wurde, daß die Postdirektion es gerne sehen würde, wenn außer dem Bürgermeister die Vizebürgermeister, die Stadtsenats- und Gemeinderatsmitglieder dort vertreten wären. Ich glaube der Zeitpunkt ist, wenn auch zur Versendung von Weihnachtspoststücken etwas spät, aber doch noch so zeitgerecht, daß wir alle in Steyr über die Erledigung froh sein können.

Mit diesen Mitteilungen wäre ich bereits am Ende. Ich gebe aber nun, bevor wir in die Tagesordnung eingehen, Kollegen Fritsch für eine Mitteilung das Wort.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER KARL FRITSCH:
Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Die Gemeinderatsfraktion der ÖVP hat Grund zur Annahme, daß der Diskussionsbeitrag eines ihrer Mitglieder in der Gemeinderatsitzung am 18. 11. 1975 in einer Weise mißverstanden wurde, die der Aufklärung bedarf. Dazu wird festgestellt: Die Ausführungen des Herrn Gemeinderates Schwarz zum Rechnungsabschluß der Stadtwerke waren ausschließlich als sachlich gerechtfertigte Kritik an der formalen Durchführung der Bilanzerstellung, insbesondere bei der Gewinnausweisung, gedacht. Die Kritik wird in diesem Sinne auch weiter aufrecht erhalten. Nach Durchsicht des Gemeinderatsprotokolls über diese Sitzung erlauben wir uns jedoch, nochmals ausdrücklich festzustellen, daß durch diese Ausführungen in keiner Weise die mit der Bilanzerstellung mittelbar oder unmittelbar befaßte Beamtenschaft einer ehrenrührigen oder gar strafbaren Handlung geziehen werden

soll. Eine derartige Unterstellung hat sich in keiner Weise ergeben, wie aus der Formulierung selbst, insbesonders auch aus dem zweiten Diskussionsbeitrag des Gemeinderates Schwarz zu diesem Tagesordnungspunkt, eindeutig feststeht. Diese Erklärung gebe ich namens der ÖVP dem Gemeinderat gegenüber ab.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS: Meine Damen und Herren!

Wir können diese Erklärung im Interesse der Beamtenschaft entgegennehmen und damit wird sie auch protokollkundig, damit kann diese Angelegenheit als abgeschlossen betrachtet werden. Auch die Damen und Herren der Beamtenschaft sind damit rehabilitiert.

Ich darf nunmehr zur weiteren Vorgangsweise den Vorsitz an Kollegen Schwarz abgeben, damit ich meine Sachberichte erstatten kann.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Ich übernehme den Vorsitz und bitte den Herrn Bürgermeister um die Berichterstattung.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Zunächst darf ich Ihnen - der Amtsbericht ist Ihnen ja zugegangen - zur Kenntnis bringen, daß im Rahmen der Sozialistischen Fraktion einige Veränderungen im Stadtsenat und Gemeinderat eingetreten sind. Dadurch ausgelöst auch notwendige Veränderungen in den Ausschüssen. Ich darf Ihnen diese kurz zur Kenntnis bringen.

1) Präs-758/75
Änderung der gemeinderätlichen Ausschüsse.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Es wird vorgeschlagen, die nachstehend beschriebenen Änderungen in den gemeinderätlichen Ausschüssen zu beschließen.

ausgeschieden:	neu:
Finanz- und Rechtsausschuß:	
Feuerhuber Karl	
	Wippersberger Leopold
Bauausschuß:	
Zöchling Johann	
	Fürst Rudolf
Kulturausschuß:	
Zöchling Johann	
	Molterer Therese
Wohlfahrtsausschuß:	
Besendorfer Alois	
Reisner Friedrich	
	Zöchling Johann
	Molterer Therese
Wohnungsausschuß:	
Besendorfer Alois	
Wippersberger Leopold	
	Reisner Friedrich
	Feuerhuber Karl

Ich bitte Sie, diesem Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses Ihre Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht dazu jemand zu sprechen? Ich sehe keine Wortmeldung. Wenn Sie dem Antrag die Zustimmung geben, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand? Danke. Ist jemand dagegen? Das ist nicht der Fall. Es liegt ein einstimmiger Beschluß vor.

Ich bitte um den nächsten Bericht.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Herr Stadtrat Wallner hat in der Sitzung des Gemeinderates vom 18. 11. 1975 an mich folgende Anfrage gerichtet:

2) ÖAG-5035/75
Ablagerung von Altreifen; Anfrage der ÖVP-Gemeinderatsfraktion.

"Was haben Sie veranlaßt bzw. was werden Sie veranlassen, daß auch die Bevölkerung der Stadt Steyr von der

Möglichkeit der bis Ende des Jahres 1975 befristeten Ablagerung von Altreifen in Ohlsdorf kostenlos Gebrauch machen kann?"

Dazu kann ich mitteilen, daß wir sowohl auf Grund eines Erlasses der Landesregierung vom 22. 7. als auch auf Grund der Folge 34 der Amtlichen Linzer Zeitung ich den Magistrat angewiesen habe, die einschlägigen gewerblichen Betriebe in Steyr über die Möglichkeit der kostenlosen Ablagerung von Altreifen in Ohlsdorf bis Ende des Jahres 1975 zu informieren. Es sind dabei 24 Gewerbebetriebe in Steyr erfaßt worden. Im übrigen habe ich magistratsintern die Anweisung gegeben, hinsichtlich der Sammlung und des kostenlosen Abtransportes von Altreifen aus privaten Haushalten mit dem beim Amt der OÖ. Landesregierung eingesetzten Arbeitskreis für Abfallstoffe, Herrn Hofrat Dr. Starzer, Verbindung aufzunehmen und auch zu halten, was geschehen ist. In der Zwischenzeit wurden im Rahmen der gegenständlichen Aktion, im Einvernehmen mit dem vorerwähnten Arbeitskreis des Amtes der OÖ. Landesregierung 2 Deponieplätze eingerichtet, wo die Altreifen aus privaten Haushalten in der Zeit vom 1. 12. - 14. 12. hingebracht werden konnten. Die Zeit ist bereits abgelaufen. Diese wurden bereits, das kann ich jetzt schon sagen, nach Ohlsdorf, Bezirk Gmunden, transportiert. Es ist die Verständigung der Haushalte mittels Postwurfsendung erfolgt. Die ist am 26. 11. abgefertigt worden und auch in der Tagespresse eine entsprechende Mitteilung erfolgt. Es waren 2 Deponieplätze ausgewiesen. Einer in der Kaserngasse am Gelände des Jahrmarktes und ein zweiter in der Haager Straße in Münichholz. Mit Schreiben vom 3. 12. habe ich die zuständige Abteilung des Amtes der Landesregierung gebeten, den kostenlosen Abtransport der in Steyr gesammelten Altreifen ehestmöglich zu veranlassen. Ich kann Ihnen mitteilen nach Auskunft der Mag. Abt. I, daß 2 Lkw mit Aufsatzwänden versehen voll wurden mit diesen Altreifen, die bereits abtransportiert wurden.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für diese Anfragebeantwortung und bitte um Kenntnisnahme. Nächster Tagesordnungspunkt ist ebenfalls eine Anfragebeantwortung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Das war eine Anfragebeantwortung ebenfalls an mich seitens der FPÖ-Fraktion. Hiezu liegt ein umfangreicher Amtsbericht vor. Ich darf die einzelnen Punkte, wie sie in der Anfrage aufscheinen, ganz kurz behandeln.

3) Präs-717/75
Anfragen der FPÖ-Gemeinderatsfraktion.

ad 1)
Es bestand nie die Absicht, dem Gemeinderat nur mehr den Schein einer beschlußfähigen Institution zu geben. Die Anfrage ist unlogisch, denn der gesamte Beschlußvorgang innerhalb der Stadtgemeinde Steyr wurde laufend, in der Regel in 14tägigem Rhythmus, ohne daß hiefür statutarische Notwendigkeiten bestanden hätten, allen Gemeinderatsmitgliedern, so auch den Mitgliedern der FPÖ-Fraktion, zur Verfügung gestellt. Ein Vorgang, der glaube ich in diesem Kreis oft diskutiert wurde und bekannt ist.

ad 2)
Es ist nicht verständlich, welche Absichten eine Anfrage bezweckt mit nachstehendem Inhalt:
"Haben Sie auch künftig vor, ohne notwendige Vorausverfahren Beschlüsse im Nachtragsverfahren abzuführen?

Das notwendige Vorausverfahren, nämlich Vorbehandlung durch den Stadtsenat bzw. durch einzelne Aus-

schüsse, wurde eingehalten; die nachträgliche Genehmigung von Dringlichkeitsbeschlüssen ist im Statut vorgesehen.

Mehr kann zu einer so allgemein gehaltenen Behauptung nicht beantwortet werden.

ad 3)

Die Konfrontation, meine Herren von der Freiheitlichen Partei, mit dem Gemeinderat wurde nicht gescheut. Ihre Beiträge veranlassen manches Mal hier zur Heiterkeit und es wäre von mir eigentlich nicht gerade dazu angetan, dem Gemeinderat diese Möglichkeit zu entziehen. Ich darf Ihnen daher noch einmal erklären, daß ich nicht solche Absichten hege.

ad 4)

Hier handelt es sich um die Beantwortung der Bürgermeisteranfrage vom 26. Mai 1975 betreffend Tierheim in Steyr. Die Beantwortung ist bereits erfolgt und zwar in der Sitzung des Gemeinderates am 27. Mai 1975. Der anfragende Gemeinderat Fuchs erklärte sich ausdrücklich gegenüber Bürgermeister Franz Weiss damit zufriedengestellt. Es wurde auch in der Sitzung des Gemeinderates am 18. 11. 1975 ein diesbezüglicher Hinweis gegeben.

ad 5)

Das ist eine Grundsatzfrage, die bisher zu wenig erörtert wurde.

Es ist nicht üblich, Beschlüsse des Gemeinderates, die eine Ermächtigung zum Abschluß eines Tauschvertrages beinhalten, aufzulösen.

Nach der bisherigen Verwaltungspraxis haben solche Beschlüsse zum Ziele, den Magistrat zu ermächtigen, verbücherungsfähige Verträge über Grundtransaktionen abzuschließen. Kommen solche Verträge nicht zustande, kann eben von dieser Möglichkeit, die der Gemeinderat eröffnet, kein Gebrauch gemacht werden. Einen Beschluß darüber abzuführen, wegen Nichtzustandekommens die Ermächtigung "aufzulösen", erscheint weder notwendig noch begründet. Dies würde zu einer großen Vermehrung des Verwaltungsaufwandes führen.

Zum konkreten Fall selbst muß noch folgende Beantwortung vorgenommen werden:

1) Die Situierung des Fußgängerüberganges an der Kreuzung Blümelhuberstraße - Resthofstraße - Posthofstraße wurde in der Sitzung des Präsidialplanungsausschusses am 24. 6. 1975 dargestellt und dort grundsätzlich gutgeheißen. Der Vergabeantrag für die Arbeiten an dieser Kreuzungsstelle wurde dem Stadtsenat und schließlich dem Gemeinderat übermittelt und selbstverständlich vor Beginn der Arbeiten auch jedem Gemeinderat schriftlich zugestellt. Es ist daher die Errichtung der Fußgängerüberführung am jetzigen Standort beschlußmäßig gedeckt.

2) Eine Auflösung des Beschlusses über den Grundtausch mit den Ehegatten Ellmann war aus den bereits eingangs erwähnten Gründen nicht beabsichtigt, wäre aber auch noch gar nicht möglich gewesen, da die Ehegatten Elfriede und Alfred Ellmann ausdrücklich erklärten, den Tauschvertrag zurückzustellen, da sie an einer Aufgabe ihres derzeitigen Grundstückes an der Blümelhuberstraße von sich aus nicht interessiert seien und dies im Interesse der Allgemeinheit nur dann vornehmen würden, wenn die Stadt das Grundstück tatsächlich für den Fußgängerübergang benötigt. Sie ersuchten, falls dieser Umstand eintreten würde, sie neuerlich zu benachrichtigen. Der Akt wurde sohin bis 15. 11. 1975 in Termin gelegt und wird nunmehr der verwaltungsmäßigen Erledigung zugeführt, das heißt, der erbetene Kontakt mit den Ehegatten Elfriede und Alfred Ellmann hergestellt. Es ist anzunehmen, daß der Vorgang dann ad acta gelegt werden kann.

Soweit die Aufklärung zu diesem von Ihnen verlangten Punkt.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für diese Beantwortung der Anfragen. Ich bitte um Kenntnisnahme. Zum nächsten Punkt bitte ich ebenfalls Herrn Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Der nächste Punkt ist ein Antrag der Fraktion der ÖVP. Der Amtsbericht ist sehr weitläufig. Wenn Sie einverstanden sind, würde ich von einer gesamten Vorbringung des Amtsberichtes Abstand nehmen und mich auf einige Kapitel konzentrieren und den entsprechenden Antrag stellen. Ich darf zu diesem Antrag auf eines hinweisen. Vielleicht kurz zur Erläuterung den Text. Der Antrag wurde am 18. 11. ordnungsgemäß eingebracht. Er lautet:

4) Präs-715/75
Einführung einer Berichterstattung über die Ergebnisse der Kontrollamtstätigkeit an den Gemeinderat; Antrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion.

Von der Gemeinderatsfraktion der ÖVP wurde ordnungsgemäß am 18. 11. 1975 der Antrag an den Gemeinderat eingebracht, der Gemeinderat wolle beschließen:

"Dem Gemeinderat ist mindestens vierteljährlich ein schriftlicher Bericht über die Ergebnisse der Kontrollamtstätigkeit vorzulegen. Diese Regelung gilt längstens bis zu einer diesbezüglichen Änderung des Gemeindestatutes."

Hiezu wird berichtet:

Der Antrag ist ordnungsgemäß eingebracht, entspricht den Formvorschriften der Geschäftsordnung und ist gemäß § 19 Abs. 5 der GeOG auf die Tagesordnung der nächsten Gemeinderatsitzung zu setzen.

Wie bereits in dem Antrag angeführt wird, fehlt im Stadtstatut Steyr eine diesbezügliche Bestimmung. Über die Kontrolltätigkeit ist ausgeführt:

§ 35 StS

"Bei Gliederung des Magistrates ist jedenfalls eine Kontrollabteilung vorzusehen, die die Gebarung des Magistrates zu überprüfen hat. Der Leiter der Kontrollabteilung untersteht hinsichtlich dieser Prüfungstätigkeit unmittelbar dem Bürgermeister."

Das ist die Textierung, die im Statut enthalten ist. Es wurde auch im Motivenbericht dazu ziemlich ausführlich Stellung genommen. Ich möchte mir ersparen, alle Punkte gesondert anzuziehen. Vielleicht darf ich schließlich zu diesem Antrag noch eines hinzufügen. Die Kolleginnen und Kollegen der ÖVP werden mir verzeihen, wenn ich sage, es ist mir nicht gerade angenehm, hier einen ÖVP-Antrag zu vertreten. Aber ich muß ihn als Zuständiger für das Rechtsreferat vorbringen. Ich glaube daher, das Verständnis in dieser Richtung zu haben. Ich darf noch hinzufügen, daß im Anschluß an alle diese Formulierungen noch festgehalten werden darf, daß hinsichtlich des vorgebrachten Wunsches, die Gesetzeslage in den drei oö. Statutarstädten ungefähr die gleiche ist. Es erscheint daher nicht zweckmäßig, ohne Übereinstimmung mit dem Landesgesetzgeber und den beiden anderen Statutarstädten Linz und Wels hier so weitreichende Veränderungen, die das Grundprinzip der Stadtverfassung und der Verantwortlichkeit in ihr beeinflussen, zu treffen. Allenfalls könnte ein Auftrag ergehen, im Wege des Magistrates Verbindung mit dem Landesgesetzgeber bzw. mit den beiden anderen Statutarstädten in dieser Frage aufzunehmen. Ich habe, das kann ich ohne weiteres sagen, beim Bürgermeister von Linz in dieser Richtung angefragt und dort besteht seiner Meinung nach

derzeit keine Veranlassung, die auf Landesebene derzeit in Behandlung stehende Gemeindeordnung in ihrer Novellierung durch einen Vorgriff in den Statutarstädten in irgend einer Weise abzuändern. Ich glaube, daß wir doch warten sollten, bis hier von Landes wegen die Entscheidungen getroffen werden. Es obliegt natürlich dem Gemeinderat, zu diesem Antrag die entsprechende Haltung einzunehmen. Als Berichterstatter und auf Grund des vorher Gesagten muß ich die Empfehlung aussprechen, hier den Antrag abzulehnen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für die Berichterstattung. Zu Wort gemeldet hat sich Kollege Fritsch.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates! Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Nachdem der Herr Bürgermeister sich der unangenehmen Aufgabe, einen ÖVP-Antrag Ihnen unterbreiten zu müssen, erledigt hat, darf ich als ÖVP-Mandatar diesen unseren Antrag doch etwas untermauern und erhärten und darf die Motive, die dazu geführt haben ihn einzubringen, Ihnen zur Kenntnis bringen.

Es ist richtig, wie Herr Bürgermeister ausführte, daß in den 3 Statutarstädten derzeit keine im Sinne unseres Antrages gedachten Bestimmungen enthalten sind. Es ist aber auch weiters richtig und das wissen Sie sicherlich selbst aus eigener Erfahrung, daß die OÖ. Gemeindeordnung und damit auch die der Statutarstädte in Fluß geraten ist und gleichzeitig einer Novellierung in absehbarer Zeit unterzogen wird. Das heißt also, daß dieser Antrag, den wir einbrachten, keinesfalls eine Novität ersten Ranges darstellt, sondern eigentlich nur der Ausdruck des Wollens der einzelnen Gemeinderatsmandatare besonders in den Statutarstädten darstellt. Noch dazu bezieht sich dieser unser Antrag nicht auf die strengen Bestimmungen der OÖ. Gemeindeordnung, betreffend der Installation eines Prüfungsausschusses, sondern wir waren in unserem Antrag der Meinung und Auffassung, doch nur einen schriftlichen Bericht vierteljährlich über die Kontrollamtstätigkeit dem Gemeinderat vorlegen zu wollen. Wer diesen schriftlichen Bericht einbrächte, durch wen er eingebracht wird, hätte sicherlich geregelt werden können. Ich hätte mir ohne weiteres vorgestellt, daß das selbstverständlich in die Agenden des Herrn Bürgermeisters fällt. Die Tatsache ist doch, daß bisher kein Gemeinderat und hier betone ich ausdrücklich das Wort offiziell eine Silbe über verschiedene Kontrollamtsberichte, die sicherlich vorliegen, was mir auch bestätigt wurde, vernommen hat. Das Kontrollamt kontrolliert den Magistrat und seine Gebarung. Der Leiter dieser Kontrollabteilung untersteht unmittelbar dem Bürgermeister. Es ist dies die Bestimmung des § 35 unseres Statutes. Das heißt aber nun mit umgekehrtem Vorzeichen, der Herr Bürgermeister ist oberster Vorgesetzter des Leiters der Kontrollabteilung, er kann daher Berichte fordern und verlangen. Diese Berichte aber scheinen durch das Statut sicherlich bedingt, den Charakter einer geheimen Kommandosache zu haben. Denn kein Mitglied des Gemeinderates hat bisher davon offiziell Kenntnis erhalten. Laut Amtsbericht und gemäß § 43, Abs. 1, Ziffer 2, übt der Gemeinderat und nicht der Bürgermeister allein die Oberaufsicht über die Geschäftsführung des Magistrates aus. Es ist dies eine Gesetzesforderung. Wir wissen nun und da erkläre ich vorher, daß wir damit keine wie immer geartete Unterstellung in Zu-

sammenhang bringen wollen, daß gerade die Kontrollamtstätigkeit geschieht, daß aber gleichzeitig der Gemeinderat korporativ doch auch über bestehende Tatsachen informiert werden könnte oder sollte. Gerade nur aus dieser Motivation heraus hat sich meine Fraktion erlaubt, diesen Antrag einzubringen. Denn wir plädieren eigentlich dafür, daß derzeit es ausgeschlossen erscheint, daß dem Geschäftsapparat vom Umfang eines städtischen Magistrates von einem einzigen politischen Mandatar, hier dem Bürgermeister - bitte mich nicht mißzuverstehen, das ist eine einfache Arbeitserklärung, ausreichend überwacht und geleitet werden kann. Die Motivation der ÖVP, die zu diesem Antrag führte, war dahingehend, daß wir einer Vermehrung der politischen Kontrollrechte, insbesondere des Gemeinderates sowie der wirtschaftlichen und finanziellen Kontrolle des Magistrates das Wort geredet hätten. Ich weiß, daß auf Grund der Erklärung des geschätzten Herrn Vorredners die Mehrheitspartei diesem unserem Antrag nicht beitreten wird. Ich bitte aber trotzdem, aus der Sicht unserer objektiven und sachlichen Motivation zu diesem Antrag heraus um Ihre positive Beschlußfassung.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand das Wort? Bitte Herr Kollege Stellnberger.

GEMEINDERAT DR. ALOIS STELLNBERGER:

Ich möchte meinen Vorredner dahingehend ergänzen, daß es richtig ist, daß rein juristisch diese zusätzliche Einführung eines Kontrollberichtes statutenmäßig nicht gedeckt ist, nur, wie schon ausgeführt wurde, unser Antrag wiederum ein Schritt gewesen wäre zur Ausweitung der Demokratisierung und der Transparenz der Kontrollamtstätigkeit. Ich glaube, wenn in hunderten von Gemeinden diese Institution mit Erfolg gehandhabt wurde, so muß das sicher auch ein Vorteil sein für die Durchführung der Kontroll- und Oberaufsicht der Gemeinde und ich glaube, wahrscheinlich wird die Mehrheit diesen Antrag ablehnen, daß nur mehr zu hoffen ist, daß vielleicht doch auf Landesebene eine Änderung des Statutes herbeigeführt wird, denn es ist wirklich nicht einzusehen, warum gerade in Statutarstädten, die teilweise nur um Unwesentliches größer sind wie Landgemeinden, diese Kontrolltätigkeit dem Gemeinderat nicht teilweise auch übertragen werden sollte. Ähnliches würde auch gelten beim nächsten Tagesordnungspunkt. Wir glauben, daß diese Anträge eben gerade jetzt, wo auf Bundesebene viel geredet wird, daß Reformen durchgeführt werden sollten, die nichts kosten, gerechtfertigt sind. Das hätte in die gleiche Kerbe geschlagen, es wäre ausnahmsweise ein Antrag gewesen, der eben dem Stadtsäckel wirklich nichts gekostet hätte, sondern im Zuge einer größeren Transparenz eine Reformierung bedeutet hätte..

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke für diesen Beitrag. Als Nächster hat sich Kollege Fuchs gemeldet.

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Darf ich zu beiden Anträgen eine Stellungnahme abgeben, deren Abgabe für uns eine Verpflichtung auch deshalb darstellt, weil jede kleinere Fraktion derart gelagerte Anträge einfach unterstützen muß, weil sie einer Ausweitung einer demokratischen Geschäftsordnung nahekommen bzw. an sie herankommen und es ist ganz egal, von welcher Seite derart gelagerte Anträge vorgebracht werden. Was ge-

schäftsordnungsmäßig erweitert werden soll, was somit der demokratischen Auseinandersetzung hier im Gemeinderat Steyr dient, was der besseren Übersicht für jeden einzelnen Mandatar dient, was somit letztlich der Demokratie dient, verdient unterstützt zu werden.

Es wurde schon manches hier vorweggenommen von den geschätzten Vorrednern. Es wurden auch die Anträge genügend motiviert. Die ablehnende Haltung allerdings des Amtsberichtes scheint mir etwas unverständlich und hart formuliert. Fast scheint es so, als ob man eine demokratische Ausweitung einer Geschäftsordnung und die wird durch kein Statut verhindert, vermeiden möchte. Nirgendwo steht drinnen, daß man hier nicht ausweiten darf. Es gibt genügend andere Gemeinden, die weit über ihre Geschäftsordnungsbedingungen hinausgehen. Es scheint eben so zu sein, als ob man tatsächlich diese demokratischen Ausweitungen der Geschäftsordnung so lange verhindern möchte, bis eben von oben - sprich von der Landesregierung - eine Geschäftsordnungsausweitung ins Hause steht, die aber bestenfalls in der nächsten Legislaturperiode Anwendung finden wird. Warum also die Frage, solange warten, wozu dieses Hintanhalten einer jedem Mandatar dienenden Maßnahme, wozu ablehnen, wenn Bilanzen und Gewissen in Ordnung sind, wozu die Diskussion vorzeitig abblasen. Damit leite ich auf den zweiten Antrag, der zwar noch nicht eingebracht ist, oder erörtert wurde, über - wenn hier sicherlich schon ein Beispiel vorliegt, was der Demokratie sicherlich dienen kann, nämlich das Welser Beispiel, auf das ich gleich überleiten möchte. Die Stadt Wels hat, das werden Sie sicherlich wissen, bereits seit 2 Legislaturperioden einen gemeinderätlichen Kontrollausschuß installiert, in jüngster Zeit auch eine "Aktuelle Stunde" eingeführt im Gemeinderat und Sie können sich erkundigen, alle dortigen Mandatare sind sehr froh darüber, daß man hier eine Diskussionsbereitschaft über dieses Statut hinaus geschaffen hat. Der Bürgermeister Spitzer sagte z. B. wörtlich - das ist nachzulesen in einem Protokoll aus Wels - daß er bzw. die SPÖ sehr froh seien und glücklich seien, über einen Kontrollausschuß zu verfügen, dessen Obmann ein Angehöriger der Minderheitenfraktion, nämlich der Freiheitliche Fraktionsobmann Walter Mayer ist. Das nur als Beispiel. Soweit geht der Antrag der ÖVP ohnehin nicht hinaus. Wir, damit meinte er sicherlich die SPÖ, haben nichts zu verbergen. Das waren Worte aus einem Protokoll einer Welser GR-Sitzung. Dieser Kontrollausschuß, nur um es zu erklären, setzt sich aus 5 Personen zusammen. Er tagt vierteljährlich und liefert auch fallweise Berichte an den Gemeinderat, die zumeist zustimmend zur Kenntnis genommen werden mit Ausnahme der allen bekannten Schlachthofmisere, die auch aus einer Tätigkeit des Kontrollausschusses entstanden ist. Wir können nur erwarten, Herr Bürgermeister Weiss, daß Sie dem Beispiel Ihres Bürgermeister-Kollegen Spitzer doch folgen könnten, denn Sie verlieren damit keine Perle aus Ihrer Bürgermeisterkrone.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht zu diesem Antrag noch jemand das Wort? Wenn das nicht der Fall ist, bitte ich den Berichterstatter noch einmal zu Wort.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Meine Damen und Herren!

Der Antrag scheint mehr oder weniger den Bürgermeister zu betreffen. Ich möchte doch einige Bemerkungen machen, die mir nicht unwesentlich erscheinen. Aus den Diskus-

sionsbeiträgen geht eines hervor, daß die Oppositionsparteien die von der SPÖ-Regierungsarbeit herrührende Transparenz und Demokratisierung als Beispiel für den Antrag bzw. als Beispiel für die Diskussion und für die Notwendigkeit einer Einrichtung Kontrollausschuß gesehen werden. Das ist sicherlich für die Mehrheitsfraktion eine Bestätigung in ihrer Gesamtheit. Zu den Punkten selbst muß ich allerdings eines sagen. Es muß nicht immer alles das, was eine andere Gemeinde oder eine andere Stadt tut, gerade das unmittelbar befolgbare Beispiel sein, denn ich weiß es z. B. gerade von Wels, daß man dort weder die Kontinuität der Stadtsenatssitzungen mit der Kontinuität der Zusendung von Stadtratsakten in 14tägigen Abständen an alle Mitglieder des Gemeinderates vorgesehen hat. Eine Informationslücke, wenn Sie wollen im Vergleich Wels gegenüber der Stadt Steyr besteht also. Das ist jedenfalls eine Information, die ich erhalten habe, die dürfte richtig sein. Die Gemeinderäte erhalten keine Amtsberichte des Stadtsenates, sie haben weniger Sitzungen, wo sie Möglichkeit haben, in den Ausschüssen, im Stadtsenat selbst die Sachberichte zu behandeln und ich sehe daher wiederum, wenn wir das Spiel so fortsetzen würden, Wels müßte sich an Steyr anpassen. Aber das sind eben Dinge, die in jeder Stadt verschieden gesehen werden. Ich glaube, ich habe schon im Bericht selbst erwähnt, daß auf Landesebene verschiedene Gespräche stattgefunden haben, und zwar hinsichtlich einer Novellierung der Gemeindeordnung. Es wird das zweifellos auch in irgend einem Zusammenhang mit einer Novellierung eines späteren Statutes der 3 Städte sein können und ich vertrete daher als Berichterstatter und auch als Bürgermeister die Meinung, man sollte hier Maßnahmen, die auf Landesebene in dieser Richtung ergriffen werden, nicht von vornherein schon präjudiziert durch Entscheidungen in den Städten, die letztlich im OÖ. Städtebund, in der Landesgruppe, eine bedeutende Rolle innehaben. Ich glaube, das ist eine Ansicht, die sicherlich verstanden wird.

Weder der Bürgermeister noch die Beamtenschaft, noch jemand im Magistrat hätte Kontrolltätigkeit zu scheuen, das muß ich hier ausdrücklich sagen und wenn Vorfälle passieren, das kann ich hier freimütig erklären, wenn Vorfälle passieren, die es erforderlich machen, den Gemeinderat damit zu befassen, werde ich bestimmt nicht zögern, einen Vorfall, der es notwendig erscheinen läßt hier vorgelegt zu werden, dem Gemeinderat zur Kenntnis zu bringen. Das kann ich Ihnen dazu sicherlich erklären.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Danke schön. Wir kommen nun zur Abstimmung dieses Antrages. Ich darf jene Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, die dem Antrag in der Form, in der er von der ÖVP eingebracht ist, zustimmen, bitten, ein Zeichen mit der Hand zu geben? Danke. Wer ist gegen diesen Antrag? Danke. Enthält sich jemand der Stimme?
(Für den Antrag 9 Stimmen ÖVP, 2 Stimmen FPÖ;
gegen den Antrag 24 Stimmen SPÖ, 1 Stimme KPÖ).

Damit ist dieser Antrag mit Mehrheit abgelehnt.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
5) Präs-716/75
Erweiterung der Tagesordnung der GR-Sitzungen durch einen Tagesordnungspunkt "Allfälliges" - Antrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion.
Der Gemeinderat wolle beschließen:

Bei Erstellung der Tagesordnung jeder Gemeinderatssitzung ist als letzter Punkt der Tagesordnungspunkt "Allfälliges" aufzunehmen.

Ich darf Ihnen diesen weiteren Antrag der Gemeinderatsfraktion der ÖVP zur Kenntnis bringen. Er wurde in der letzten Sitzung eingebracht und soll vorsehen, künftighin den Tagesordnungspunkt "Allfälliges" in der Tagesordnung des Gemeinderates. Dazu noch eine kurze Aufklärung der Ord-

nung halber, soweit Sie den Amtsbericht zur Hand haben.

Es wird im letzten Absatz Bezug genommen auf die OÖ. Gemeindeordnung von 1975, das ist ein Schreibfehler. Es heißt 1965, denn die 1975er ist noch im Entwurfstadium und wird vermutlich 1976 heißen. Bitte das der Ordnung halber. Im 3. Absatz steht: Das Recht jedes einzelnen Gemeinderates; gemäß unseres Statutes würde es heißen Gemeinderatsmitgliedes. Das sind nur reine Formalitäten.

Dazu darf ich folgendes ausdrükken. Der Tagesordnungspunkt "Allfälliges" könnte nur dem allgemeinen Informationsbedürfnis einzelner Gemeinderatsmitglieder dienen. Beschlüsse unter diesem Tagesordnungspunkt sind aus formellen Gründen nicht möglich. Der Landesgesetzgeber hat jedoch diesem Informationsbedürfnis bereits Rechnung getragen, indem er das Recht jedes einzelnen Gemeinderates, also nicht nur des Gemeinderates in seiner Gesamtheit, Anfragen in Angelegenheiten des eigenen Wirkungsbereiches an den Bürgermeister zu richten, normierte. Die Erledigung solcher Anfragen ist im § 15 GeOG eingehend geregelt. Von dieser Informationsmöglichkeit wurde in letzter Zeit immer mehr Gebrauch gemacht. Ich glaube, die Bestätigung ist aus den Protokollen herauszulesen. In der OÖ. Gemeindeordnung 1965, die allerdings für die Stadt Steyr nicht maßgebend ist, wurde ebenfalls keine Bestimmung aufgenommen, die einen Tagesordnungspunkt "Allfälliges" vorsieht.

Ich möchte mich darauf beschränken, bei meinen weiteren Ausführungen nur einige Absätze aus dem Amtsbericht zur Kenntnis zu bringen, weil ich glaube, daß damit eine sachliche Aufklärung am Leichtesten möglich scheint.

Dazu wird noch berichtet, daß die Stadtgemeinde Steyr dem Informationsbedürfnis der Gemeinderäte für den übertragenen Wirkungsbereich bereits in großem Maße entsprochen hat, indem sie die Beschlußakten allen Gemeinderäten, gleichgültig ob sie Mitglieder des Stadtsenates sind oder nicht, vor den Sitzungen zur Verfügung stellt. Da scheint mir doch immer wieder der Hinweis notwendig, in Steyr haben wir eine Informationseinrichtung, die es sonst nirgends in dieser Art gibt. Überdies ist bekannt, daß auf Landesebene die Absicht besteht, sowohl die Stadtstatuten als auch die OÖ. Gemeindeordnung zu novellieren, mit dem Ziele, das von der ÖVP-Fraktion angeschnittene Informationsproblem mit anderen anstehenden Fragen einer erweiterten Demokratie neu zu regeln. Ein Informationsmangel kann auch bis dahin nicht auftreten, da ihm durch das bereits festgelegte Anfragerecht jederzeit wirksam begegnet werden kann. Ich glaube, ohne noch den Amtsbericht näher zu zitieren, darf ich sagen, daß dem Punkt "Allfälliges" in der gegenwärtigen Situation einer Veränderung der Statuten, nachdem maßgebliche Stellen sich damit beschäftigen, nicht vorgegriffen werden soll und aus diesem Grund werde ich auch hier als Referent die Empfehlung aussprechen, auf Ablehnung zu plädieren.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke auch hier für die Berichterstattung. Zum Wort gemeldet hat sich wieder Kollege Fritsch.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Meine Damen und Herren!

Ich weiß von vornherein, daß ich auf Grund der von Herrn Bürgermeister ausgesprochenen Empfehlung auf verlorenem Posten kämpfen werde. Ich sehe es aber trotzdem als meine Pflicht an, Ihnen die Motive, die uns diesen Antrag stellen ließen, doch etwas genauer zur Kenntnis bringen zu dürfen. Nach den Bestimmungen der Geschäfts-

ordnung setzt der Bürgermeister die Tagesordnung für die jeweilige GR-Sitzung fest. Punkte außerhalb dieser Tagesordnung können bzw. brauchen nach den Geschäftsordnungsbestimmungen, abgesehen von den dort normierten Ausnahmefällen, rechtzeitige Antragstellung und Anfragen, nicht behandelt werden. Gerade in Steyr, wo GR-Sitzungen nur selten einberufen werden, wäre eine umfassende und ausreichende Information der Mitglieder des Gemeinderates weiterhin gewährleistet, wenn zum Tagesordnungspunkt "Allfälliges" Auskünfte eingeholt und Debatten darüber abgeführt werden könnten. Dadurch würden die künftigen Sitzungen des Gemeinderates aktueller und lebendiger werden. Die Beispiele aus anderen Statutarstädten beweisen die Richtigkeit dieser unserer Behauptungen. Vielleicht noch anschließend an die Ausführungen des Herrn Bürgermeisters. Wir wissen es zu schätzen und sind dafür sicherlich von der Warte eines Gemeindemandatars her gesehen dankbar, daß uns alle notwendigen Beschlußakten zeitgerecht zur Verfügung gestellt werden. Nur mit einer Einschränkung, sehr geehrte Damen und Herren. Denn diese Beschlußakten beinhalten jene Entscheidungen, die im Stadtsenat, die im Gemeinderat getroffen werden. Das heißt, der Beschluß ist nur mehr der formale Vollzug der entsprechend geleisteten Vorarbeiten. Es gibt aber doch in einer Gemeindestube, egal ob in Steyr oder anderswo, Probleme, die keinesfalls noch beschlußreif sind, aber trotzdem einer Erörterung unterzogen werden könnten. Es ist von uns bei der Antragstellung nie behauptet, erklärt worden, daß man dabei unter diesem einzuführenden Tagesordnungspunkt "Allfälliges" Beschlüsse herbeiführen müßte, sondern es war nur außerhalb der normierten Geschäftsordnungspraxis entsprechende Anfragestellung von uns diesbezüglich gemeint gewesen. Es scheint, daß die Stadt Wels als Beispiel ständig zu strapazieren sein wird. Herr Kollege Fuchs hat diesbezüglich ja in Verbindung mit dem vorherigen Antrag seine Stellungnahme dazu abgegeben. Ich kann sie nur erhärten. Ich kann mich auch persönlich nicht mit dem Amtsbericht ident erklären, in dem auf Seite 2 im großen Absatz in der Mitte steht, daß ein Beschluß des Gemeinderates, der über ein bestehendes Statut hinausgeht, zur Einsetzung und Einführung des Tagesordnungspunktes "Allfälliges" notwendig wäre. Meiner Ansicht nach wäre nichts anderes als eine Änderung der Geschäftsordnung diesbezüglich vonnöten. Es wird auch weiters in diesem Amtsbericht erklärt, daß geschäftsordnungsmäßige Regeln, Fragestellungen, Zusatzfragen und dergleichen damit aufzustellen wären. Wir waren der Auffassung, der Meinung, daß man zuerst den Grundsatzbeschluß fassen würde und sich dann bei positiver Bescheidung des betreffenden einer Normierung in Form einer Geschäftsordnung ins Gespräch ziehen lassen könnte. Desgleichen ist auch in diesem Amtsbericht etwas erwähnt, das ich persönlich als Positivum für unsere Antragstellung werte. Daß es unter anderem eine zumutbare Belastung für den Bürgermeister wäre, hier Rede und Antwort stehen zu müssen bei dem großen Geschäftsumfang, den der Magistrat Steyr nun beinhaltet. Die volle Verantwortung des Bürgermeisters ist derzeit gegeben. Daher ist gerade bei diesem Antrag in Verbindung mit dem vorhergehenden und auch in Verbindung mit der Änderung der Statutarstädtestatuten die Möglichkeit gegeben, weg vom Bürgermeisterstatut dafür zu plädieren. Ich darf im Amtsbericht weiter fortsetzen. Wenn hier angeführt wird, daß Bedenken bestehen, den Tagesordnungspunkt "Allfälliges" aufzunehmen, so darf ich dazu als Erhärtung, daß diese Bedenken nicht bestehen müßten, die OÖ. Gemein-

deordnung, den Motivenbericht, dazu zitieren, der im Punkt 6) besagt, in der Praxis enthalten die Tagesordnungen am Ende des öfteren einen Tagesordnungspunkt "Allfälliges". Die Gemeindeordnung 1965, ich bin bei der richtigen Jahreszahl, enthält darüber keine ausdrückliche Bestimmung. Sie schreibt einen solchen Tagesordnungspunkt weder ausdrücklich vor, noch schließt sie ihn ausdrücklich aus. In Fortsetzung dieses Motivenberichtes darf ich noch eine Stelle zitieren wo angeführt wird, daß aber auf der anderen Seite keine rechtlichen Bedenken dagegen bestehen, wenn der Bürgermeister diesen Punkt in die Tagesordnung aufnimmt. Man kann also eine Kann-Bestimmung im positiven Sinn und sicherlich auch in negativer Sicht auslegen. Wir, die ÖVP, sind für die Auslegung dieses Tagesordnungspunktes "Allfälliges" in positiver Sicht, ob man ihn nun "Allfälliges", "Aktuelle Stunde" oder anderswie tutuliert bleibt gleich. Tatsache wäre, daß hier dieser Aufnahme des Tagesordnungspunktes "Allfälliges" doch nähergetreten werden könnte. Vielleicht auch noch eine Erhärtung meiner Behauptungen sicherlich am Rande. In der GR-Sitzung vom 27. 5. 1975, nachzulesen auf Seite 80, hat Herr Bürgermeister im Bezug auf die Reise nach Kettering in unsere Schwesterstadt erklärt, daß er in Kürze eine Informationssitzung des Gemeinderates mit einem Lichtbildervortrag über die dort gefaßten und gesehenen Eindrücke vermittelt. Ich stelle fest, daß diese Informationsmöglichkeit den Mitgliedern des Gemeinderates bis heute nicht gegeben wurde, noch dazu über eine Reise, die sicherlich von internationaler Völkerfreundschaft aus gesehen richtig gewesen sein mag, noch dazu also von einer Reise, die Kosten, wie man hörte, von S 200.000,- bis S 250.000,- verursacht hat. Ich glaube, daß gerade unter Aufnahme des Tagesordnungspunktes "Allfälliges" nicht über die Kosten, nicht über den Preis, aber über den Wert, über die Eindrücke dieser Reise der Gemeinderat rechtzeitig hätte informiert werden können, nicht erst in späterer Folge. Es sei das nur ein Hinweis von mir, daß gerade auch auf diesem Gebiet der Tagesordnungspunkt "Allfälliges" seine Berechtigung hätte. Es war auch nicht gedacht, so wie man vielleicht von Seiten der Mehrheitspartei befürchtet, das für entsprechende politische Debatten auszunützen, sondern außerhalb der Normierung der Geschäftsordnung eben für zusätzliche Fragen, für zusätzliches Informationsangebot an jeden einzelnen Gemeinderat. Wenn Sie nun, sehr geehrte Damen und Herren, diesem Tagesordnungspunkt "Allfälliges" und dessen Aufnahme die Zustimmung verweigern, dann müßte ich persönlich feststellen, daß Sie an diesem zusätzlichen Informationsangebot nicht interessiert sind. In dieser Sicht, sehr geehrte Damen und Herren - ich möchte Ihre Zeit nicht über Gebühr in Anspruch nehmen - würde ich trotzdem dafür plädieren, diesem unserem Antrag Rechnung tragen zu wollen und ihn positiv zu bescheiden.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Als Nächster hat sich Kollege Treml zu Wort gemeldet.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Wenn bei diesem Tagesordnungspunkt bzw. besonders die Ausführungen des Kollegen Fritsch darauf hingewiesen wird, daß es notwendig ist, im Sinne der Erweiterung der Demokratie den Tagesordnungspunkt "Allfälliges" aufzunehmen, so glaube ich sagen zu müssen, daß es mir scheint, daß von Seiten der ÖVP diese Forderung nur aus taktischen Gründen hier im Ge-

meinderat gestellt wird, denn sonst könnte es doch nicht anders sein und Sie wissen auch, daß in Oberösterreich der Großteil der Gemeinden verwaltet wird von ÖVP-Mehrheiten und der Großteil in diesen Gemeinden bisher noch nicht den Tagesordnungspunkt "Allfälliges" aufgenommen hat. Ich möchte trotzdem unterstreichen, daß es im Zuge der Novellierung der Gemeindeordnung in OÖ. diese Frage eine besondere Rolle spielen wird und ich glaube auch, daß hier der gesamte Gemeinderat doch diese Auffassung vertreten soll in Zukunft und im Hinblick in der Folge nach dieser Gemeindeordnung wahrscheinlich das Stadtstatut einer Abänderung bedarf, daß man in Richtung bei diesen Gesprächen und Abhandlungen doch den Punkt "Allfälliges" in Zukunft aufnehmen soll. Wenn ich gesagt habe, die ÖVP begründet aus taktischen Gründen die Aufnahme dieses Punktes, so möchte ich vielleicht auf die letzten Äußerungen hinweisen, wie die Demokratievorstellungen der ÖVP aussehen in Österreich im Zusammenhang mit den Wahlen, wo z. B. rund 140 Hochschulprofessoren kommunistisch oder linksblock gestimmt haben und der Vertreter der ÖVP, der Abgeordnete Gasperschitz, sogar verlangt hat, daß hier gesetzliche Maßnahmen getroffen werden, daß man solche Leute aus diesem Beruf nimmt, das heißt ein Berufsverbotsgesetz verlangt hat. So sehen diese Demokratisierungserweiterungsbestre - bungen der ÖVP auf Bundesebene aus. Ähnliches geschah, glaube ich - einige Kollegen werden sich erinnern - im Zusammenhang mit einer Debatte in einem Ausschuß der Gemeinde, wo alle, auch die Minderheitsparteien vertreten sind. Es gibt ja nur einen Ausschuß in der Gemeinde, wo es einen ÖVP-Vorsitzenden gibt, der sogar dort einer Minderheitsfraktion das Wort nicht erteilt, ohne daß er dafür überhaupt gesetzliche Grundlage hätte, weil es gar nicht möglich ist, weil es über Ausschüsse keine Geschäftsordnungen gibt wie für eine Sitzung des Stadtsenates, wo es nicht heißt - ich könnte das zitieren, möchte aber die Sitzung nicht unnötig verlängern - daß man sich nur zweimal zu Wort melden kann. Darüberhinaus hat sich auch bei dieser Sitzung, so wie bei anderen Ausschüssen das so eingebürgert, daß dort, wo es angenehm ist, man ohne weiteres drei- oder viermal sprechen kann - auch in der gleichen Sitzung ist das erfolgt - und der Minderheitsfraktion man mehr oder weniger das Wort entzogen hat. Daher nehme ich diesen Antrag nicht sehr ernst. Ich bin aber trotzdem dafür, daß bestimmte Einschränkungen in Hinsicht auf Bürgermeisterverfügungen usw. statutarisch eingeschränkt werden sollen. In dieser Richtung werde ich gegen den Antrag stimmen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht noch jemand das Wort? Herr Kollege Fuchs bitte!

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich glaube, eine Aussage dürfen wir hier nicht im Raum stehen lassen, die hier der Herr Gemeinderat Treml gesagt hat, wahrscheinlich in Unkenntnis der Tatsache, daß die Mehrzahl der Gemeinden Oberösterreichs die Tagesordnungen ohne den Punkt "Allfälliges" aufstellen. Das, was er gesagt hat, betrifft den Zeitpunkt bis zum Jahre 1973. Da mag er recht haben, aber ab dem Jahre 1973 - da gab es mehrere Vorkämpfer dafür, wir sind hier im besonderen eingetreten, um das zu erreichen - gibt es kaum mehr eine Gemeinde in Oberösterreich, es gibt derzeit, weil wir erst kürzlich eine Bestandsaufnahme gemacht haben, es gibt nur 19 Gemeinden oder Bürger-

meister in Oberösterreich, die sich weigern. Im Bezirk Steyr Land haben sich noch bis vor einem Jahr 6 Bürgermeister geweigert, diesen Tagesordnungspunkt "Allfälliges" auf die Tagesordnung zu setzen. Die letzte Bastion, hier traten auch unsere freiheitlichen Fraktionskollegen an, war Schiedlberg, die haben nun auch bereits diesen Tagesordnungspunkt auf der Tagesordnung und die allerletzte Gemeinde scheint tatsächlich die Stadt Steyr zu sein, die sich bislang geweigert hat, diesen Tagesordnungspunkt "Allfälliges" oder "Aktuelle Stunde" auf die Tagesordnung freiwillig setzen zu wollen. Es geht nur um die Freiwilligkeit, Herr Bürgermeister, und es wurde schon genügend ausgeführt und interpretiert, wie man hier die Gemeindeordnung auslegen kann. Es soll doch zumeist so sein, daß wir alle versuchen, sie positiv auszulegen. Auf jeden Fall, Herr Gemeinderat Treml, stimmt das nicht mehr in Oberösterreich, es hat gestimmt bis vor 2 oder 3 Jahren, daß sich hier manche ÖVP-Bürgermeister geweigert haben, aber mittlerweile sind manche dieser Herren auch daraufgekommen, daß es zweckmäßiger werden kann für die Demokratie, daß man diesen Tagesordnungspunkt freiwillig auf jede Tagesordnung der GR-Sitzungen setzt.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Als Nächster Herr Gemeinderat Fahrnberger.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG FAHRNBERGER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren!

Ich kann gar nicht verstehen, daß das so einen Wirbel macht. Jeder kleine Verein, der Sitzungen abhält, hat Tagesordnungspunkte und zum Schluß "Allfälliges". Es ist mir ganz klar, daß dieser Punkt "Allfälliges" für die kleineren Fraktionen einen Vorteil bringt, daß er uns Vorteile bringt. Warum? Wir sind ob unserer Kleinheit nicht in der Lage, überall zu sein, wir sind nicht in der Lage, uns dort und da zu informieren. Hier haben wir die Möglichkeit, positiv nach getaner Arbeit - die getane Arbeit stellt die Tagesordnung dar - den Herrn Bürgermeister zu fragen, wie schaut dies oder jenes aus. Wie weit ist der Fortschritt dort und wie weit ist es hier. Es ist richtig, daß der Herr Bürgermeister auf Grund des großen Aufgabengebietes nicht alles wissen wird. Er hat aber hier seine Stadträte, wo jeder ein Ressort hat und der Stadtrat oder die Stadträtin wird sich in diesem Ressort auskennen und Antwort geben. Ich glaube, es soll nicht negativ verstanden werden, die Anfragen sind - das gebe ich zu - fast immer ein wenig negativ. Warum? Man muß die Anfrage schriftlich einbringen, man muß bis zum nächsten Mal warten, dann bekommt man sie wieder schriftlich. Was wird da gemacht werden? Man wird die pressanten Dinge in eine schriftliche Anfrage verpacken, aber doch nicht in einen Tagesordnungspunkt "Allfälliges". Da wird man so über den Tisch hin fragen, wie weit ist es mit dem Bau oder wie schaut es mit der Hotelgesellschaft aus. So stelle ich mir das vor und ich könnte mir sehr schwer vorstellen, daß die hier anwesenden Gemeinderätinnen oder Gemeinderäte der Sozialistischen Fraktion gegen so ein Anliegen sind. Danke.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Danke. Wünscht noch jemand zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Ich darf den Bürgermeister bitten, auch hier ein Schlußwort zu sprechen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren!

Es wurde hier des öfteren, wie es

(Für den Antrag: 9 Stimmen ÖVP, 2 Stimmen FPÖ;
gegen den Antrag: 24 Stimmen SPÖ, 1 Stimme KPÖ).

Auch dieser Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

Ich bitte nun den Bürgermeister, den Vorsitz wieder zu übernehmen und danke für die Berichterstattung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS: Meine Damen und Herren!

Bevor wir in der weiteren Berichterstattung fortfahren einen Hinweis. Wir versuchen die Sitzung - ich hoffe, daß das nunmehr doch fließend weitergehen wird - die Behandlung der Tagesordnung bis zum letzten Punkt "Antrag auf Feststellung des Voranschlages" durchzuziehen, dann eine kurze Pause einzuschalten. Wir werden kurz frische Luft hereinbringen lassen, inzwischen eine kleine Erfrischung anbieten.

Ich darf nun als nächsten Berichterstatter Kollegen Schwarz zu Wort bitten.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Eine Liegenschaft am Bründlplatz 8 von Johann und Gottfried Trippacher soll angekauft werden. Der Antrag lautet:

6) ÖAG-5395/75
Ankauf der Liegenschaft Steyr, Bründlplatz 8.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Ankauf der Liegenschaft Steyr, Bründlplatz 8, EZ 1002, Kat. Gem. Steyr, von Johann und Gottfried Trippacher zum Preise von S 350.000 wird zugestimmt. Zur Bezahlung des Kaufpreises einschließlich der mit dem Vertragsabschluß verbundenen Kosten und Gebühren wird eine überplanmäßige Ausgabe von S 380.000,- bei VP 92-911 aoH bewilligt. Die Deckung erfolgt durch Aufnahme von Darlehen.

Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS: Sie haben den Antrag gehört. Erhebt sich ein Widerspruch oder gibt es eine Wortmeldung? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Gibt es gegenteilige Meinungen oder Enthaltungen? Somit ist dieser Antrag angenommen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:

Eine weitere Liegenschaft in der Schiffmeistergasse 3 von Barbara Feigl soll ebenfalls angekauft werden. Der Antrag des Stadtsenates lautet:

7) ÖAG-796/75
Ankauf der Liegenschaft Steyr, Schiffmeistergasse 3.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Dem Ankauf der Liegenschaft Steyr, Schiffmeistergasse 3, EZ 439, KG. Steyr, von Frau Barbara Feigl bzw. deren Rechtsnachfolger, Herrn Dipl. Ing. Walter Markl, zu einem Preis von S 200.000,- wird zugestimmt. Die zur Bezahlung des Kaufpreises einschließlich Kosten und Gebühren erforderliche Summe von S 218.000,- wird bei VP 92-911 aoH (Rechnungsjahr 1976) freigegeben.

Ich bitte Sie, auch diesem Antrag zuzustimmen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS: Wünscht dazu jemand zu sprechen? Ich sehe, das ist nicht der Fall. Gibt es gegenteilige Meinungen oder Enthaltungen zu diesem Antrag? Auch nicht, so darf ich den Antrag als einstimmig protokollieren lassen.

Ich danke für die Berichterstattung. Nächster Kollege Fritsch.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich habe Ihnen 2 Anträge zur Beschlußfassung vorzulegen. Der erste Antrag stammt von der Fraktion der Freiheitlichen Partei im Gemeinderat, am 18. 11. eingebracht, und lautet:

8) Präs-719/75

Bildung eines gemeinderätlichen Fremdenverkehrsausschusses; Antrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion.

Der Gemeinderat wolle beschließen, einen gemeinderätlichen Fremdenverkehrsausschuß ins Leben zu rufen.

Die Begründung dafür: Stagnieren des Fremdenverkehrs in Steyr.

Sie haben zum entsprechenden Antrag der FPÖ, der ordnungs- und geschäftsordnungsgemäß eingebracht wurde, den Amtsbericht vorliegen. Mir obliegt es, ad 1) als Berichterstatter und ad 2) als zuständiger Referent für den Fremdenverkehr in Steyr hiezu Stellung zu beziehen. Diese Stellungnahme stützt sich zuerst auf die Ausführungen des Amtsberichtes. Ich verweise im besonderen darauf, daß derzeit 6 Mitglieder unseres Gemeinderates in der Fremdenverkehrskommission tätig und mitarbeitend sind. Daß die Zusammenarbeit mit den Umlandgemeinden sichergestellt ist, ist auch in der Verbändegemeinschaft Steyr-Ennstal mitbegründet und daß Möglichkeiten genügend bestehen, jeder Kollegin und jedem Kollegen des Gemeinderates, den Mitgliedern der Fremdenverkehrskommission Vorschläge zu unterbreiten. Vorschläge auch im Bezug auf die behauptete Stagnation des Fremdenverkehrs. Ich habe mir nun auch, um diese Stagnation, wie im Antrag formuliert, näher zu beleuchten, einige Daten ausgehoben. Ich muß als Referent für den Fremdenverkehr feststellen, daß man keinesfalls von Stagnation sprechen kann, wenn z. B. die Nächtigungsziffern aus dem Jahre 1974 46.000 auf 1975 bezogen 50.000 gestiegen sind. Daß z. B. die Tagesbesuche sprunghafte Erfolge, sprunghafte Zunahmen zu verzeichnen haben, sodaß eine ca. 40 %ige Erhöhung der Tagesbesucher unserer schönen Stadt zu verzeichnen ist. Daß die Bettenkapazität 320 an der Zahl, in erster Linie werden die Komfortbetten überbeansprucht, auch bis 50 - 55 % ausgenützt ist. Diese paar Zahlen, die ich Ihnen darlegte, mögen beweisen, daß die Stagnation im Fremdenverkehr in Steyr sicherlich nicht gegeben ist. Wir wissen alle miteinander und hier käme ich auf ein anderes Thema, das ich nur kurz anreissen darf, daß gerade auch der Fremdenverkehr in unserer Stadt steht und fällt, und zwar die Ausweitung des Fremdenverkehrs, mit dem geplanten und hoffentlich bald realisierbarem Hotelbau. Da wird von einer Stagnation keinesfalls die Rede sein. Abschließend darf ich nochmals zusammenfassend feststellen, daß unter den derzeitigen Gegebenheiten die Mitarbeit des Gemeinderates der Stadt Steyr in der Fremdenverkehrskommission hinreichend gegeben erscheint, daß ein eigener Fremdenverkehrsausschuß aus der Mitte des Gemeinderates installiert, nur Parallelarbeit, aber keinesfalls andere Arbeit auf Grund der bisherigen Gegebenheit leisten könnte und daß auch die Stagnation des Fremdenverkehrs in unserer Stadt nicht eingetreten ist. Aus diesen Überlegungen heraus darf ich Ihnen empfehlen, diesem Antrag nicht beitreten zu wollen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sie haben den Bericht und die Antragstellung gehört. Wünscht dazu jemand das Wort? Kollege Ing. Fahrnberger.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG FAHRNBERGER:

Wir haben diesen Antrag bereits das zweite Mal gestellt, und zwar mit der Zielsetzung, daß der gemeinderätliche Fremdenverkehrsausschuß in der selben Form geführt werden sollte wie der Verkehrsbeirat. Also gemeinderätlicher Verkehrsausschuß + Beirat. Dasselbe könnte sein beim Fremdenverkehr. Wenn ich selbst der Meinung wäre, daß wir im Fremdenverkehr in Steyr bisher alles ausgeschöpft haben oder hätten, wenn ich selbst der Meinung wäre, daß der Fremdenverkehr für Steyr eine außerordentlich untergeordnete Rolle spielt, dann hätten wir diesen Antrag nicht gestellt, dann würde ich sogar selbst gegen einen solchen Antrag stimmen. Ich bin aber der Meinung, daß es uns gelingen muß, auf diesem Sektor aufzuholen, noch dazu wo wir in Steyr die Gegebenheiten von der Stadt her haben, nur die Gegebenheiten von der Fremdenverkehrswirtschaft her nicht, von der Bettenkapazität. Deswegen glaube ich, muß ein gemeinderätlicher Fremdenverkehrsausschuß die Initiative ergreifen, um diese Bettenkapazität zu steigern. Ich bitte, den Antrag anzunehmen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sie haben den Antrag gehört. Gibt es eine weitere Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Der Berichterstatter verzichtet auf ein Schlußwort, somit darf ich zur Abstimmung kommen. Wer für den Antrag des Berichterstatters auf Ablehnung der Einrichtung eines Fremdenverkehrsausschusses ist, den darf ich um ein Zeichen mit der Hand bitten? Danke. Gegenprobe?
(Für den Antrag: 2 Stimmen FPÖ; gegen den Antrag: 24 Stimmen SPÖ, 9 Stimmen ÖVP, 1 Stimme KPÖ).

Gegen 2 Stimmen ist der Antrag des Berichterstatters angenommen. Somit ist der Antrag der FPÖ abgewiesen.

Wir kommen zum nächsten Punkt, betreffend Straßenbezeichnung Kegelprielstraße.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Der Antrag an Sie ergeht aus dem Finanz- und Rechtsausschuß und lautet:

9) Bau3-1320/68
Straßenneubau Sierninger Straße - Kegelprielstraße; Änderung der Straßenbezeichnung.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Mag. Abt. XI vom 31. Oktober 1975, wird der laut Lageplan des Stadtbauamtes vom 22. 9. 1975 erforderlichen Änderung der Straßenbezeichnungen in der Form, daß

1. die Führung der Kegelprielstraße an der bisherigen Straßenkreuzung der Sierninger Straße beginnt, über das bisher unbezeichnete Straßenstück zwischen Steinfeldstraße und Kegelprielstraße verläuft und von dort ab unverändert weiterführt.
2. die Führung der Steinfeldstraße ab dem als Einbahn qualifizierten Straßenstück beginnt;

zugestimmt.

Dieser Antrag ist deswegen notwendig geworden, weil durch die Umänderung der gesamten Straßenbauverhältnisse die Einbindung dieses unbenannten Straßenstückes in die Kegelprielstraße vorgenommen werden sollte. Es ist dies ein Formalakt und ich bitte, diesem Ihre Zustimmung geben zu wollen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Sie haben den Antrag und den Bericht gehört. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Ich sehe keine. Darf ich feststellen, ob jemand eine Gegenstimme oder Enthaltung übt? Das ist nicht der Fall. Somit ist der Antrag einstimmig beschlossen. Ich danke für die Berichte. Nächster Berichterstatter Stadtrat Kinzelhofer.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:
Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich habe Ihnen vorerst einen Antrag des Stadtsenates vorzutragen.

10) ÖAG-6114/75
Stadtwerke
Ankauf von duktilen Gußrohren.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Entsprechend dem Amtsbericht der Stadtwerke Steyr vom 4. 11. 1975 wird der Auftrag zur Lieferung von Sphärogußrohren zum Preise von S 940.539,- der Firma Sagro, Linz, übertragen.

Die Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.

Ich ersuche um die Genehmigung dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Zum Antrag eine Wortmeldung gewünscht? Ich sehe keine. Somit darf ich abstimmen. Gibt es gegenteilige Meinungen? Enthaltungen? Keine, somit ist dieser Antrag einstimmig beschlossen.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:
Der nächste Antrag betrifft hydrogeologische Untersuchungen Schottergrube Niedermayr, Mülldeponie und Trinkwasserversorgungsanlage der Stadt Steyr; Vergabe der Trockenschlagbohrungen.

11) Wa-1564/73
Wa-4125/73
Hydrogeologische Untersuchungen Schottergrube Niedermayr, Mülldeponie und Trinkwasserversorgungsanlage der Stadt Steyr; Vergabe der Trockenschlagbohrungen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Auf Grund des Amtsberichtes der Mag. Abt. III vom 1. 12. 1975 wird der Auftrag zur Durchführung der Schlagbohrungen im Zusammenhang mit den hydrogeologischen Untersuchungen im Bereich Schottergrube Niedermayr, Mülldeponie und Trinkwasserversorgungsanlage der Stadt Steyr der Firma Ing. Kuthy und Schober, Linz, zum Anbotpreis von S 314.066,- übertragen.

Die erforderliche Mittelfreigabe bei der Haushaltsstelle 81-91 oH wird im kommenden Rechnungsjahr erfolgen.

Werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Darf ich bei dieser Gelegenheit einige Zahlen unserer Wasserversorgung bekanntgeben. Ich glaube, es ist interessant. Wir fördern im Jahr ca. 3,6 Mill. m3 Wasser. Davon werden 5,5 % an fremde Gemeinden abgegeben, und zwar an die Gemeinden Garsten, St. Ulrich, Ramingdorf und Dietach. Der Wasserverbrauch pro Kopf liegt bei ca. 220 Liter pro Person und Tag. Die Haushalte verbrauchen 46 % der Förderung, das Gewerbe 6 %, die Industrie 30 %, Landwirtschaft 0,5 %, Schulen und Krankenhaus 8 %, Springbrunnen 1 %, ca. 3 % Eigenverbrauch und ca. 5,5 % fremde Gemeinden. Das Rohrnetz unserer Versorgung beträgt zur Zeit 156 km und wird im Jahre 1976 selbstverständlich auf Grund der im Investitionsprogramm vorgesehenen Ausbauten noch länger werden. Vielleicht noch eine Zahl. Der Stromverbrauch pro m3 ist 0,5 kW, das heißt, 2,2 Mill. kW das ganze Jahr für die Versorgung. Wir glauben, daß unsere Versorgung mit Wasser gut ist. Wir kennen das Wasser und wir können nur wünschen, daß diese Untersuchungen unseren Wasserstrom so ergeben, daß wir in Zukunft keine Sorge haben brauchen. Ich ersuche Sie, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Wortmeldungen gewünscht? Das ist nicht der Fall. Gegenstimmen oder Enthaltungen? Ebenfalls nicht vorhanden. Der Antrag ist somit angenommen.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:
Der nächste Antrag betrifft die Wasserwerksgenossenschaft Gründberg und lautet:

12) ÖAG-1053/73
Wasserwerk
Wasserwerksgenossenschaft Gründberg; Übernahme des Verteilungsnetzes und Herstellung der Anschlußleitung.

Der Gemeinderat wolle beschließen :
Entsprechend dem Amtsbericht der Stadtwerke vom 4. 11. 1975 wird das angeschlossene Übereinkommen, abgeschlossen zwischen der Stadt Steyr und der Wasserwerksgenossenschaft Gründberg, genehmigt.

Gleichzeitig wird der Auftrag zur Ausführung der erforderlichen Tiefbauarbeiten der Firma Drössler zum Anbotspreis von S 148.509,- übertragen, wobei festgestellt wird, daß diese Kosten an die Wasserwerksgenossenschaft Gründberg weiterverrechnet werden. Entsprechend dem eingangs angeführten Übereinkommen wird der Auftrag zum Einbau der Straßenabsperrventile und des Großwasserzählers dem städtischen Wasserwerk zum Preise von S 127.000,- übertragen.

Die Mittel sind von den Stadtwerken aufzubringen.

Schließlich wird dem Entfall der Anschlußgebühren und der Bewilligung von Ratenzahlungen bei der Einhebung der Wassermessereinbaukosten in besonderen Härtefällen zugestimmt. Die Ratenzahlungen dürfen sich höchstens über ein Jahr (12 Monatsraten) erstrekken. Auf die Vorschreibung eines Finanzierungszuschlages wird verzichtet.

Ich möchte dazu folgendes sagen, daß im Jahre 1973 bereits die Wasserwerksgenossenschaft an die Stadtwerke bzw. Gemeinde herangetreten ist, um die Anlagen samt Versorgungsverpflichtung zu übernehmen. Soweit ich von Herrn Bürgermeister Bescheid weiß, ist jetzt ein Schreiben ergangen an die Wasserrechtsbehörde und wenn die ihre Zustimmung gibt oder keine Bedenken äußert, hier die Übernahme bzw. der Ausbau erfolgen soll. Es wurden bereits in einem Schreiben vom 17. 7. 1975 von Herrn Landeshauptmann die Bedenken zerstreut, wo er in seinem Schreiben ausführt, daß er keine Bedenken hat und er glaubt, daß die Wasserrechtsbehörde ohne weiteres der Auflösung der Wasserwerksgenossenschaft zustimmen könnte.

Ich ersuche Sie, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Wünscht dazu jemand das Wort? Herr Kollege Treml bitte!

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Werter Herr Bürgermeister, werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich hoffe, daß ich mit meinen kürzeren Ausführungen, wie ich das gemacht habe bei der Finanz- und Rechtsausschußsitzung, keine große Debatte auslösen werde. Ich möchte doch den gesamten Gemeinderat darüber informieren, daß seit Jahren Unstimmigkeiten der Wasserwerksgenossenschaft Gründberg im Bezug der Auflösung dieser bzw. des Anschlusses an das städtische Wasserleitungsnetz bestehen. Schon wie erwähnt wurde vom Berichterstatter, wurde im Jahre 1973 eine Abstimmung dieser Wasserwerksgenossenschaft Gründberg satzungswidrig durchgeführt und die OÖ. Wasserbehörde hat diese Abstimmung für ungültig erklärt. Es wurde neuerdings im April 1975 eine Abstimmung darü-

ber durchgeführt, wobei zu bemerken ist, daß es in dieser Wasserwerksgenossenschaft 171 Mitglieder gibt. Abgestimmt haben allerdings 180. Das Ergebnis hat folgend gelautet: 124 für den Anschluß bzw. die Auflösung der Wasserwerksgenossenschaft, 40 dagegen. Dieses Ergebnis ist dadurch verfälscht, daß 3 Eigentümer und Mitglieder mit je 2 Stimmen abgestimmt haben und 2 Eigentümer bzw. Mitglieder mit je 3 Stimmen. Selbst der Stimmzettel, der Text des Stimmzettels, war verwirrend und es wurden 8 Stimmen für ungültig erklärt. Gegen die Abstimmung läuft eine Beschwerde bzw. ein Einspruch beim zuständigen Amt der OÖ. Wasserbehörde von den Anschlußgegnern, und zwar nicht nur von einer Person, sondern dieser Einspruch und diese Beschwerde wurde namentlich meines Wissens nach unterzeichnet vom Obmann des Siedlervereines Gründberg, der 131 Mitglieder vertritt, Ing. Otto Petzka, Herrn Pohl und Hölbling. Die Entscheidung über den Einspruch ist bisher noch ausständig. Die Stadt als öffentliche Körperschaft sollte die Entscheidung der Wasserrechtsbehörde der OÖ. Landesregierung abwarten, da es zu einer neuerlichen Wiederholung der Abstimmung über den Anschluß kommen kann. Daher wäre eine Zurückstellung dieses Antrages meiner Meinung nach angezeigt. Noch dazu wo keine dringende Notwendigkeit besteht, weil die Quellwasserkapazität für die Wasserversorgung der Gründbergsiedlung ausreichend ist und die Wasserqualität als überdurchschnittlich gut zu bezeichnen ist. Diese Feststellung geht aus einem Schreiben des Obmannes des Siedlervereines Petzka an den werten Herrn Landeshauptmann Wenzl eindeutig hervor, in dem er auch die Abstimmung als manipuliert bezeichnet. Außerdem, meine Damen und Herren, soviel ich weiß, hat letzten Sonntag ein Gespräch stattgefunden zwischen den Anschlußgegnern Ing. Petzka, Hölbling und andererseits mit Gemeinderat Köhler. Vielleicht könnte er über dieses Gespräch den Gemeinderat kurz informieren.

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Herr Gemeinderat Köhler bitte!

GEMEINDERAT WALTER KÖHLER:
Ich danke für die freundliche Einladung, die mir Kollege Treml gibt, dazu Stellung zu nehmen. Ich möchte die Gelegenheit wahrnehmen, einige Klarstellungen hinsichtlich der Argumentation, wie sie von der KPÖ getroffen wurde, zu geben. Und zwar werden in dieser Gegend, in der wir beide sozusagen Gemeinderat sind, öfters Tatsachen verdreht und da der Großteil der hier Anwesenden angesprochen wurde, mit Ausnahme der beiden Freiheitlichen, möchte ich kurz zu den Methoden einiges sagen.

Ich verurteile Ihre Flugblattmethoden auf das Schärfste, denn sie dienen nicht der Information sondern der Irreführung der Bevölkerung und ich möchte Ihnen das sofort beweisen. Sie und Ihre Mitarbeiter benützten in Ihrem Flugblatt vom August Wörter wie Schlachthof und Fleischfabrik, obwohl Sie genau wissen, daß davon nie die Rede war. Es ist dies eine reine Erfindung Ihrerseits, obwohl Sie durch die Bauausschußsitzungen, in denen Sie anwesend sind - wohl ohne Stimme - genauestens informiert sein müßten. Sie vermeiden absichtlich den Namen Amon und sagen nicht, daß der Fleischverarbeitungsbetrieb auf seinem Privatgrundstück gebaut werden soll, sondern reden dauernd vom Wohngebiet Steinfeld, um ein möglichst großes Gebiet zu verunsichern. Die Bevölkerung wußte anfangs nicht einmal wer an eine Betriebsgründung denkt. Sie stellten das - und Ihre Mitarbeiter -

so dar, als würde anstelle der alten aufgelassenen Berufsschule ein Schlachthof errichtet werden. Genau zu dem Zeitpunkt wurde über die zukünftige Verwendung der alten Berufsschule von allen Bewohnern der Umgebung heftig diskutiert. Sie nützten diesen Umstand, um mit völlig falschen Angaben die Bewohner zu beunruhigen. Es ist dies meiner Meinung nach ein ganz simpler Versuch gewesen, um vor der Nationalratswahl noch rasch auf Stimmenfang zu gehen. Daß Ihnen das nicht gelungen ist, haben Sie bereits im Wahlergebnis zur Kenntnis nehmen müssen. Aber in Ihrem Flugblatt ist noch etwas unrichtig, und zwar die Darstellung mit der Garage. Sie wissen ganz genau, daß Herr Amon durch die Straßenverbreiterung seine Garage in seinem Haus verloren hat und daher ein Neubau auf seinem Grund und Boden notwendig war. Wie unangenehm das ist, können Sie wahrscheinlich nicht verstehen, da Sie ja meines Wissens über keinen cm2 Grundbesitz verfügen und Ihnen daher auch nichts weggenommen werden kann. Außerdem möchte ich Ihnen sagen, daß der einzige unmittelbar Getroffene, der Herr Trauner, schriftlich deponiert hat, daß er nichts gegen die Betriebsgründung einzuwenden hat. Aber nicht genug der lieben Flugblätter, werde ich neuerdings auch in der Neuen Zeit erwähnt. Sie und Ihre Gesinnungsfreunde werfen mir vor, ich hätte mich nicht um die Belange der Bevölkerung gekümmert. Ich kann Ihnen aber beweisen, obwohl ich das nicht müßte, daß ich mit Bewohnern der Steinfeldstraße mehrere Betriebsbesichtigungen durchgeführt habe. Wir waren unter anderem im Betrieb Konsum auf der Ennsleite, wo fast ähnliche Verhältnisse herrschen, wie in dem geplanten Projekt. Die Besucher waren alle restlos begeistert, begeistert vor allem über die mustergültige Betriebsführung und es ist dies auch von Herrn Amon zu erwarten, da er ja dort sein eigenes Wohnhaus hat. Wir stellen die Leute nicht, so wie Sie es in der Neuen Zeit und Ihre Mitarbeiter es angedeutet haben, als Analphabeten hin, sondern wir sind für eine richtige Information und Aufklärung. Zum Abschluß, was das Schulmeisterliche betrifft. Ich nehme an, daß Sie da mich angesprochen haben und gebe Ihnen und Ihren Mitarbeitern einen schulmeisterlichen Rat. Vermeiden Sie in derartigen Artikeln Rechtschreibfehler, die auf dem Niveau der Grundschule liegen. Damit Sie für ein Rechtschreibbuch keine Auslagen haben, nehmen Sie eines der Gratis-Schulbücher, die Ihre Kinder von der Sozialistischen Bundesregierung bekommen. Das zur Klarstellung zu den Methoden. Nun zur Gründbergsiedlung und zu den Wasserangelegenheiten. Ich habe und das stimmt, eines der wenigen Dinge oder vielleicht überhaupt das Einzige, was er gesagt hat, mit vielen Leuten draussen in der Gründbergsiedlung Kontakt aufgenommen, habe stundenlang mit den Leuten gesprochen, insbesondere mit dem Obmann Braunwieser und dem Gegner des zu tätigenden Anschlusses, Herrn Hölbling. Kurz die Vorgeschichte. Seit die Haushalte modernisiert wurden, wie etwa durch Anschaffung von Waschmaschinen, Geschirrspülern und Einbau von Bädern, gibt es mit der Wasserversorgung in der Gründbergsiedlung gewisse Schwierigkeiten. Bei Höchstbeanspruchung sinkt der Wasserdruck, ja sogar Totalzusammenbrüche des Versorgungsnetzes haben sich schon ergeben, besonders in den höher gelegenen Wohnungen und Häusern. Bei der Wasserversorgung ist der Gasthof Mayrpeter nicht zu übersehen, desgleichen die Waschanlage der ARAL-Tankstelle, ein Kühllager für Gemüse, der Elektrobetrieb Kiesenhofer, das Espresso Poxleitner, um nur einige zu nennen. Es ist völlig klar, daß die zur Gründungszeit völlig ausreichende Wasser-

versorgung durch den zunehmenden Fortschritt und durch diverse Betriebsgründungen bei einer längeren Trockenheit nicht immer voll gewährleistet war. Daher der verständliche Wunsch, an unser städtisches Wassernetz angeschlossen zu werden. Wie überall gibt es natürlich auch hier keine einhellige Meinung und es bildete sich eine Gegengruppe, angeführt von Herrn Hölbling, der der Ansicht ist, Wasser sei genügend vorhanden, man muß aber um objektiv zu sein sagen, daß Herr Hölbling in den niederen Gegenden sein Wohnhaus hat und daher der Wasserdruckverfall bei ihm kaum spürbar ist. Die Gegner stoßen sich außerdem an den etwa S 1.400,- betragenden Kosten, obwohl die Stadtgemeinde Ratenzahlungen eingeräumt hat und eine spezielle Anschlußgebühr nicht vorgesehen ist. Es fand eine Abstimmung statt - es fanden mehrere statt, ich zitiere aber die letzte - bei der eine 2/3. Mehrheit sich für den Anschluß aussprach. Die Gegner gaben sich aber damit nicht zufrieden und fochten das Ergebnis mit allen möglichen und ich muß sagen auch unmöglichen Gründen an. Von den Verunglimpfungen der Behörden und Beamten möchte ich gar nicht reden. Ich kann und will die Ausdrücke, die da gebraucht wurden und mit denen die Herren betituliert wurden, nicht wiedergeben. Es wurde die Kripo eingeschaltet, die Stimmzettel wurden angefochten. Von Manipulation war die Rede und ist noch die Rede. Es wurde bei jenen, die mehr als eine Grundparzelle besitzen, das Mehrfachstimmrecht - das sind insgesamt 7 Stimmen - angezweifelt. Alle Anschuldigungen erwiesen sich aber letztlich als haltlos. An der Zweidrittelmehrheit würde sich auch bei Abzug dieser heute bereits zweimal zitierten 7 Mehrfachstimmen nichts ändern. Berechnungen, wie sie von der Wasserrechtsbehörde erwünscht wurden, nämlich nach dem Wasserverbrauch, ergeben einen noch eindeutigeren Prozentsatz, nämlich von über 76 % für einen Anschluß an das städtische Wassernetz.

Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte nicht verheimlichen, daß mir die Argumentation des Herrn Hölbling menschlich sehr nahe geht. Er steht hier in einam Alter, fast doppelt so alt wie ich, erhebt die Hände und bittet, daß man ihn versteht. Er stellt alles so dar, daß er in seinem ganzen Leben nur der Verfolgte war, er stellt das so dar, daß alle diese Entscheidungen ich-bezogen sind und persönlich muß ich sagen, geht es jedem nahe. Damit können aber die Wünsche und Forderungen der Mehrheit, der Zweidrittelmehrheit, nicht aus der Welt geschafft werden. Ich kam daher zu dem Schluß, daß die Wünsche der Mehrheit der Bevölkerung durchaus gerechtfertigt sind. Noch ein Wort zu einigen anderen. Ein Querulant ist noch lange kein Hydrant, aus dem Wasser kommt. Ich gebe auch zu bedenken, daß die Kosten bei einer längeren Verzögerung für beide Seiten sicherlich steigen werden und bin nach Prüfung dieser Sache für den Anschluß an das städtische Wassernetz.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Wünscht noch jemand eine Wortmeldung zu diesem Antrag? Herr Gemeinderat Treml, das habe ich erwartet.

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Es ist erfreulich, daß Herr Gemeinderat Köhler doch einmal in einer öffentlichen Sitzung das Wort ergreift, wenn es auch zu einem Anlaß ist, um als Kontrahent gegen meine Person aufzutreten. Es freut mich, daß doch die Minderheitsfraktion in seinen Augen eine solche Wertschätzung genießt. Nun vielleicht ich muß doch einiges sagen, wenn es auch nicht zum Tagesordnungspunkt ist, weil es auch Herr Gemein-

derat Köhler so gehalten hat, im Bezug der Bürgerinitiative zum Fleischverarbeitungsbetrieb. Meine Damen und Herren, wenn das so dargestellt wird, das war eine Aktion der bösen Kommunisten im Wohngebiet, wo die SPÖ 95 % der Wählerstimmen hat und einen großen Mitgliederstock, so möchte ich doch ganz kurz feststellen, daß diese Angelegenheit den Bauausschuß einige Male durchgegangen ist, debattiert wurde und der Herr Kollege Köhler, der Herr Schulmeister glaubt, alles zu wissen. Offenbar weiß er nicht einmal, was im Amtsbericht steht, daß im Jahre 1973 sogar dieser Fleischverarbeitungsbetrieb im Wohngebiet Steinfeld im Widerspruch gestanden hätte zum Teilbebauungsplan Kegelpriel und wegen der Befürchtung von Emissionen aus dem Fleischhauereibetrieb für die angrenzenden Wohngebiete. Das geht schon im Jahre 1973 klar hervor. Wenn er dann ein Flugblatt zitiert, mich immer zitiert, obwohl der Herausgeber des Flugblattes ein anderer Herr ist, der zuständig ist für diese Sektion, aber mich für alles, was in der Neuen Zeit steht, verantwortlich macht. Ich stehe dafür und bin immerhin der Bezirksobmann in dieser Stadt, daß im wesentlichen das, was in der Zeitung steht, stimmt. Natürlich passieren auch manche Fehler, die jedem Redakteur passieren können. Aber ich möchte doch hinweisen, daß auch in diesem Flugblatt nie die Rede war, das hat er eben zu wenig gelesen, trotzdem er Lehrer und Direktor ist, daß das Schlachthaus unter Fragezeichen steht. Das müßte er auch wissen, daß das nicht bestimmt ist und die ganze Aktion, die geführt wurde Ende August, nicht von den Kommunisten, sondern es waren 6 Delegationsmitglieder bei unserem werten Herrn Bürgermeister. Er hat sie empfangen, der Herr Magistratsdirektor und der Referent für die Rechtsabteilung sind dabei gewesen und haben sehen können, daß doch einige andere tätig waren außer Kommunisten. Wenn Sie es genau wissen wollen, es waren davon 2 aus der ÖVP-Ich wußte das nicht, trotzdem ich Delegationsleiter war, weil wir haben sie erst nachträglich bei der Wahl als Beisitzer gesehen. Außerdem waren es 2 Sozialisten, eine Frau, die parteilos war und 2 Kommunisten, die vorgesprochen haben und faktisch über 90 % der dortigen Bevölkerung das Protestschreiben an Herrn Bürgermeister überreichte. Ich möchte es noch einmal zitieren, auch der Herr schulmeisterliche Gemeinderat Köhler müßte das aus der Neuen Zeit lesen, er hat ja den Abschnitt mit, da steht ausdrücklich noch einmal geschrieben, und zwar heißt dieses Protestschreiben, das von 222 Bewohnern dort unterzeichnet wurde, an den Gemeinderat der Stadt Steyr. Er hat es nie bekommen, aber dafür sind der Bürgermeister und der Stadtsenat da. Wir Unterfertigten protestieren gegen die beabsichtigte Errichtung eines Fleischverarbeitungsbetriebes in unserem Wohngebiet Steinfeld und verlangen die Rücknahme der bereits erteilten Baugenehmigung. Weder die Delegationsmitglieder waren irregeführt, die diese Unterschriften hier aufgebracht haben und ließen auch keine Unklarheit beim Herrn Bürgermeister und beim Herrn Magistratsdirektor, daß es nicht um ein Schlachthaus geht, gegen das sie protestieren, sondern ausdrücklich gegen die Errichtung eines fleischverarbeitenden Betriebes. Wenn hier der Name Amon nie erwähnt ist, so soll eben zum Ausdruck kommen, daß es nicht eine persönliche Sache ist, um irgend einem Gewerbetreibenden nahe zu treten, sondern es tatsächlich darum geht um diese Bedenken, die im Amtsbericht 1973 drinnen sind. Wir haben im Ausschuß festgestellt, daß diese Bedenken heute noch aufrecht sind. Das zur Richtigstellung. Ich

möchte nicht mehr weiter ausführen, es würde sich wieder verlängern. Wir haben gesehen, daß im Stadtsenat dieser Antrag der Mehrheit schon durchgegangen ist und wahrscheinlich heute im Gemeinderat beschlossen wird. Daher erspare ich mir weitere Argumentationen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Ich frage, ob es eine weitere Wortmeldung gibt? Das ist nicht der Fall. Darf ich ganz kurz dazu eine Aufklärung geben. Ich habe heute in Linz bei der Wasserrechtsbehörde in dieser Angelegenheit eine Verständigung herbeigeführt und es wurde vom zuständigen Beamten Dr. Pesendorfer erklärt, daß bis heute keine Berufung von irgend einer Seite gegen die Auflösung der Wasserwerksgenossenschaft eingebracht wurde, weil es nicht werden konnte, weil noch kein Bescheid ergangen ist. Es sind nur Einsprüche von mir aus, wenn man sie so bezeichnen will erfolgt, die keine wie immer gearteten Rechtsfolgen nach sich ziehen. Es wurde auch vom zuständigen Referenten erklärt, daß die Abstimmung von der Wasserrechtsbehörde, wie sie jetzt vorliegt, zur Kenntnis genommen wird und zweifellos zu einem Auflösungsbeschluß führt bzw. den Beschluß bestätigen wird. Es ist von Seiten der Wasserrechtsbehörde, sprich der zuständige verantwortliche Beamte hat keine Bedenken gegen die von uns beabsichtigte Vertragsbildung mit der Wasserwerksgenossenschaft, im Gegenteil, das muß ich dem Gemeinderat der Ordnung halber mitteilen, die Wasserrechtsbehörde kann erst einen Bescheid in dieser Frage ergehen lassen, wenn der Gemeinderat der Stadt Steyr, also wenn sich die Gemeinde Steyr verpflichtet, die von der Wasserwerksgenossenschaft aufgelöste Wasserversorgung zu übernehmen. Das soll mit dem heutigen Antrag bewerkstelligt werden, daß wir diese Absichtserklärung geben und auch die nötigen Schritte unternehmen können. Ich habe mich bemüßigt gefühlt, diese Erklärung noch zu geben, weil sie ganz jungen Datums ist und erst heute zu Mittag erfolgen konnte. Ich darf noch hinzufügen, daß ich am Freitag, 12. 12., also vergangenen Freitag, nach einer sehr ausführlichen Diskussion im Finanz- und Rechtsausschuß einen Expreß-Brief an die Wasserrechtsbehörde, zu Handen Herrn Dr. Pesendorfer, abgeschickt habe und dieser Brief unverzüglich noch zur Beantwortung kommt. Ein Vorgriff dazu war das heutige Telefonat und die mündliche Auskunfterteilung.

Das dem Gemeinderat zur Information.

Wir kommen nun zur Abstimmung in dieser Frage. Der Antrag des Berichterstatters geht in die Richtung Übernahme des Verteilungsnetzes und Herstellung der Anschlußleitung. Wer diesem - ich muß der Ordnung halber das umgekehrte Verfahren wählen - Antrag beitritt, den bitte ich, mit einem Zeichen der Hand die Zustimmung zu geben? Danke. Gegenteilige Meinungen? (1 Gegenstimme - KPÖ-Fraktion).

Somit ist dieser Antrag beschlossen. Ich danke dem Berichterstatter. Als Nächsten bitte ich Herrn Stadtrat Wallner.

BERICHTERSTATTER STADTRAT MANFRED WALLNER:
Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich darf Ihnen je einen Antrag des Stadtsenates und einen des Finanz- und Rechtsausschusses vorlegen. Der erste hat folgenden Wortlaut:

13) Bau3-5512/72
Ergänzung des GR-Beschlusses, betreffend den Ausbau der Zirerstraße; Grundeinlösungen.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Mit Beschluß des Gemeinderates vom 26. 11. 1974 wurde für Grundein-

lösungen im Zusammenhang mit dem Ausbau der Zirerstraße ein Betrag von S 240.000,- bewilligt. Von diesem Betrag wurden erst rund S 216.000,-- ausbezahlt.

Zur Auszahlung des Restbetrages von rund S 24.000,- und zur Abrechnung von Mehrkosten, entstanden durch zusätzlich eingelöste Grundflächen, wird entsprechend dem Amtsbericht der Mag. Abt. III vom 20. 11. 1975 eine außerplanmäßige Ausgabe in Höhe von

S 89.100,--
(Schilling neunundachtzigtausendeinhundert)

bei VP 664-941 aoH. bewilligt. Die Deckung hat durch Aufnahme von Darlehen zu erfolgen.

Ich bitte um Annahme dieses Antrages.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Sie haben den Antrag gehört. Wünscht jemand dazu zu sprechen? Das ist nicht der Fall. Gibt es dazu Gegenstimmen oder Enthaltungen? Auch nicht, der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT MANFRED WALLNER:
Der zweite Antrag kommt vom Finanz- und Rechtsausschuß und hat folgenden Wortlaut:

14) Bau2-4204/74
Übernahme des Weggrundstückes Nr. 14/3 der KG. Hinterberg in das öffentliche Gut.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Der kostenlosen und lastenfreien Übernahme des Grundstückes Nr. 14/3, KG Hinterberg, im Ausmaß von 2.027 m2 nach Maßgabe der Teilungspläne des Dipl. Ing. Franz Herunter Steyr, vom 5. Juli 1971, GZ 5566/71, 18. April 1973, GZ 6115/73 und 17. Juli 1974, GZ 6410/74, je KG Hinterberg in das öffentliche Gut wird zugestimmt.

Ich darf auch hier um Annahme bitten.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Ich frage, ob es einen Diskussionsbeitrag gibt? Das ist nicht der Fall. Gegenteilige Meinungen oder Enthaltungen? Es werden keine vorgebracht. Dieser Antrag ist einstimmig beschlossen. Ich danke dem Berichterstatter. Nun Herr Stadtrat Wippersberger.

BERICHTERSTATTER STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:
Meine Damen und Herren!
Ich habe einen Antrag zu unterbreiten. Er kommt vom Stadtsenat und hat folgenden Wortlaut:

15) GHJ1-2966/74
Ankauf einer mittleren Datenverarbeitungsanlage.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Im Grunde des Aktenvermerkes der Magistratsdirektion vom 18. 11. 1975 wird der Auftrag zur Lieferung einer mittleren Datenverarbeitungsanlage der Firma Unidata zum Preise von S 1,453.132,- übertragen.
Da die Lieferung der Anlage erst im Jahre 1976 erfolgen wird, werden die erforderlichen Mittel erst in diesem Rechnungsjahr freigegeben werden.

Gemeinderat Schwarz verläßt während des Tagesordnungspunktes 15) wegen Befangenheit den Saal.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Bevor ich frage, ob es dazu eine Diskussion gibt noch eine Mitteilung. Herr Gemeinderat Schwarz verläßt gemäß § 12 unserer Geschäftsordnung wegen Befangenheit in dieser Angelegenheit den Saal und bittet um Ver-

ständnis für seine Entfernung.

Meine Frage an Sie, ob dazu jemand das Wort wünscht? Bitte Herr Stadtrat Wallner.

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Es war zwar noch nicht davon die Rede gewesen, Herr Bürgermeister, ich nehme aber an, das kommt noch, daß 1 1/2 Stunden vor Eröffnung der GR-Sitzung - bitte ich will nicht vorgreifen - die anbietende Firma Burgholzer aus der Bahnhofstraße oder eine Bieterfirma einen Nachlaß von weiteren S 500.000,- gewährt hat, wenn diese von ihr angebotene Anlage an diese Firma vergeben würde. Wir haben uns selbstverständlich kurz vor der Sitzung mit diesem Problem befaßt. Meiner Fraktion sind leider Gottes nur 1 1/2 Stunden zur Verfügung gestanden, aber wir haben selbstverständlich oder wir werden selbstverständlich auch mit dieser Situation fertig und ich darf vorausschicken, daß wir uns selbstverständlich die Entscheidung nicht leicht gemacht haben. Erstens wegen des Preisnachlasses in einer Größenordnung von einer halben Million und zweitens deshalb, weil es auch uns selbstverständlich lieber gewesen wäre, einer ortsansässigen Firma den Auftrag zu erteilen. Trotzdem bin ich ermächtigt, im Namen meiner Fraktion die Erklärung abzugeben, daß wir uns dem Antrag, die Unidate-EDV-Anlage anzuschaffen, vollinhaltlich aus folgenden Gründen anschließen: Erstens die Verwendbarkeit aller angebotenen EDV-Anlagen wurde, das geht aus dem umfangreichen Amtsbericht sehr deutlich hervor, von den zuständigen Organen des Magistrates objektiv geprüft und aus den im Amtsantrag vom 18. 11. 1975 genannten Gründen der Ankauf dieser Unidata-Anlage empfohlen, und zwar wenn ich sie kurz noch einmal wiederholen darf, wegen Entsprechung aller Anforderungen an diese EDV-Anlage, wegen Verwendung der Unidata-Anlage in bisher 161 österreichischen Gemeinden bzw. öffentlichen Dienststellen und wie es - wenn ich die 2 Zeilen aus dem Amtsbericht zitieren darf - hervorgeht, durch diese Firma die beste Gewähr für die ordnungsgemäße Durchführung der Programmpflege, der Wartung und Umstellung der einzelnen Arbeitsgebiete gegeben ist. Wertmäßig gesehen ist die Firma Unidata auch Bestbieter, da die Unidata-Anlage im Vergleich zur Burgholzer-Anlage zusätzlich über einen Konsol-Kartenleser und einen Drucker verfügt.

Zweitens darf ich bitte vorwegnehmen daß ich glaube sagen zu müssen, wäre meine Fraktion unglaubwürdig oder würde sie unglaubwürdig werden, weil immer wieder bei bisherigen Vergaben - das werden Sie mir bitte gerne bestätigen - Preisnachlässe nach Anboteröffnung von uns aus strikt abgelehnt wurden und drittens hat, wie Sie wissen, meine Fraktion im heurigen Jahr den Entwurf einer Vergabeordnung eingebracht, in welcher die Bestimmungen der Önorm unter anderem vollinhaltlich übernommen worden sind und nach diesen Bestimmungen, wenn ich sie kurz zitieren darf bzw. Ihnen sagen darf, ist ein nachträglicher Preisnachlaß nach Anboteröffnung unzulässig.

Das war bitte die Erklärung meiner Fraktion.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Eine weitere Wortmeldung? Herr Gemeinderat Treml dazu.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Werter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Mir scheint diese Erklärung sehr überraschend. Wir haben im Amtsbericht andere Darstellungen gehabt in der Richtung, auf Grund der Änderung des Preisnachlasses und ich glaube, daß in der derzeitigen tristen Finanz-

situation in unserer Stadt - darüber haben wir heute am Schluß unserer Tagesordnung zu befinden - es wir uns nicht so leicht machen können, daß wir zwar bestimmte Grundsätze haben, das ist richtig und gut, aber wenn es sich bei dieser Datenverarbeitungsanlage von einer Steyrer Firma handelt, die allen Anforderungen entspricht, daß man hier nicht so ohne weiteres sagen kann, wir greifen nicht dieses Anbot auf, wobei wir uns als Gemeinde S 500.000,- ersparen. Das 2. ist, daß es sich offenbar bei der Firma Burgholzer, wie erwähnt wurde, um eine Steyrer Firma handelt und wir wohl interessiert sind, Steyrer Firmen zu berücksichtigen bei solchen großen Vergaben, weil es auch einen bestimmten Rückfluß gibt nämlich als Steuerzahler. Ich würde vorschlagen für meine Partei, daß man auf Grund der Situation nicht ad hoc, wie es oft so schön heißt, heute entscheidet, sondern von der Tagesordnung absetzt und neu überprüft. Das wird jetzt kaum in einer Debatte möglich sein, ob diese Anlage von Burgholzer allen Anforderungen gerecht wird gegenüber Unidata, wie der Vorschlag lautet. Ich kann auf Grund dieser Erklärung des Stadtrates Wallner nicht die Zustimmung dem Amtsvorschlag geben.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS: Meine Damen und Herren!

Ich glaube, ich halte es für an der Zeit, Ihnen diese Mitteilung zu machen. Ich wollte, aber Stadtrat Wallner hat mir vorgegriffen.

Heute um 12.30 Uhr, als ich in mein Büro zurückkam, lag auf meinem Schreibtisch ein Anbot der Firma Burgholzer mit dem Inhalt, den Stadtrat Wallner schon angezogen hat, nämlich über eine Datenverarbeitungsanlage Logobax, Modell 4600, anstelle eines Preises von S 1,045.600,- um S 545.600,-, also einen Preisnachlaß von S 500.000,- anzubieten.

Ich muß dazu folgendes sagen. Es gehört dies zur Information des Gemeinderates und ich stelle fest, daß der Firmenchef, Herr Burgholzer, im Raum anwesend ist. Ich darf aber gleich hinzufügen, sollte er es nicht wissen, daß er sich als Zuhörer nicht an der Diskussion beteiligen darf. Damit das klargestellt ist. Daß solche Vorgänge eine sehr bedeutende Verunsicherung der gesamten Auftragssituation durch die Stadt Steyr mit sich bringen, wenn uns vor jeder Sitzung unmittelbar vorher mit 50 %igen Preisnachlässen mehr oder weniger auf den Tisch flattern. Ich muß ehrlich sagen, so sehr ich aus Gründen, die Gemeinderat Treml gesagt hat und aus Ersparnisgründen seiner Meinung beitreten möchte, so kann ich es aber nicht aus der Sicht einer geordneten Abhandlung von Anträgen, die immerhin gerade in dieser Richtung sachlich sehr lange schon in Behandlung stehen, ich glaube über ein Jahr, der Herr Burgholzer auch bei mir einmal vorstellig wurde wegen seiner Sache und wir in dieser Frage, ich glaube darin auch nicht eine Beschneidung zu erblicken des Gemeinderates wenn ich sage, daß das eine Frage der zuständigen Fachbeamten auch in der Beurteilung und der Behandlung der Anlage sein muß, denn sie müssen auch verantworten, wenn sie nicht zurechtkommen. Das habe ich den Beamten bei dieser Sachdiskussion im Hause mitgeteilt. Ich möchte sagen, es sind mir von den Fachbeamten auch einige Dinge in Erinnerung gerufen worden, die mit der Beschlußfassung zur Überlegung gehören. Eines hat schon Kollege Wallner erwähnt. Es würde dies ein sehr bedeutender Verstoß gegen die bestehenden Regeln unserer schon heute geltenden Vergabeordnung sein, unserer Vergabebestimmungen, es ist von den Fachzuständigen erklärt worden, daß hier eine zu geringe kommunale Erfahrung besteht, die Gemeinde Sier-

ning hat andere Grundlagen, die Stadt Steyr kann nicht mit Sierning verglichen werden, von der Größenordnung und vom Aufgabengebiet her. Es sollen die Programme zu wenig erprobt sein, das kann ich aus eigenem nicht bestätigen, hier muß ich mich auf die Fachmeinung verlassen. Es besteht kein Datenerfassungsgerät dazu, es ist keine Mehrphasenbuchhaltung, es ist keine kostenlose Unterstützung beim Aufbau der Dateien gegeben und keine Gewähr, daß innerhalb kürzester Zeit die Arbeitsgebiete umgestellt werden können. Es sind keine Angaben über Programmkosten im neuen Anbot. Das ist etwas, was sehr wesentlich scheint. Ich kann daher sagen, daß es verlokkend ist, hier eine halbe Million einsparen zu können, das muß ich ehrlich sagen, aber es wäre dies ein Durchbruch aller bisher üblichen Modalitäten bei derartigen Anlässen, die in ganz Steyr und darüberhinaus einen Bruch mit den Ordnungen, die wir auf dem Gebiet immerhin herbeiführen könnten, bedeuten würden. Ich muß diese Bedenken anmelden, weil sie sich letzten Endes im Magistratsgeschehen niederschlagen. Ich darf verweisen, daß hier nicht beabsichtigt ist, einer Steyrer Firma - hier der Fa. Burgholzer - eine Arbeit vorzuenthalten, ich darf sogar hinzufügen, daß die Fa. Burgholzer, so wie andere bei verschiedenen Anboten von Büromaschinen immer wieder berücksichtigt wird, insofern es im Stadtsenat bzw. hier entschieden wird und die Fa. Burgholzer auch weiterhin so wie bisher als Anbotsteller auftreten wird und dann die Berücksichtigung findet, wenn die Firma Bestbieter ist. In dieser Frage mit einer 50 %igen ad-hoc-Ermäßigung, das scheint mir doch etwas bedenklich zu sein.

Ich gebe das vor der Abstimmung als Erklärung ab.

Herr Gemeinderat Fuchs bitte!

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Dieses uns erst seit einigen Minuten konkret bekannte Problem bringt uns doch in Schwierigkeiten. Wir haben, soviel ich mich erinnere, am 18. 11. 1975 auch einen ähnlich gelagerten Fall gehabt, nicht dem Inhalt nach, der dann mit einer Zurücknahme dieses Tagesordnungspunktes durch den Fraktionsführer der SPÖ endete. Ich muß sagen, wir sind in echter Verlegenheit, wenn man Derartiges 5 Minuten vor 12, um es so auszudürcken, vorgesetzt bekommt und ich darf in diesem Zusammenhang verweisen auf meinen vorjährigen Beitrag, wo es darum ging, im Rahmen der zwischengemeindlichen Zusammenarbeit der Städte Linz, Steyr und Wels, daß man hier monatliche Beiträge zu leisten hat, die im Jahr - und zwar jahrelang - über S 300.000,- ausgemacht haben und ich damals schon verwiesen habe, daß ein rechtzeitiger Ankauf einer stadteigenen Datenverarbeitungsanlage sinnvoll wäre. Auch dieser Beitrag und diese Rückkoppelung nützt nichts in der derzeitigen Situation, aber ich würde ersuchen, daß man zumindest geschäftsordnungsmäßig eine Unterbrechung dieser Sitzung beantragt, um noch einmal interfraktionell über dieses Problem eine Beratung vonstatten gehen zu lassen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Meine Damen und Herren!

Es ist ein Wunsch geäußert worden. Ich kann Wünsche geschäftsordnungsgemäß schwer behandeln.

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:
Das ist ein geschäftsordnungsmäßig eingebrachter Antrag.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Also ein geschäftsordnungsmäßig eingebrachter Antrag auf Unterbre-

chung der Sitzung, den muß ich natürlich befolgen. Man könnte damit gleich das verbinden, was wir sowieso vorgehabt haben, eine Unterbrechung nach Ablauf der normalen Tagesordnung vor der Voranschlagsberatung. Dem Antrag komme ich gerne nach. Wir setzen mit dem Tagesordnungspunkt im Anschluß daran fort. Die Sitzung ist für eine Viertelstunde unterbrochen.

Beginn der Unterbrechung: 16.10 Uhr
Ende der Unterbrechung: 16.30 Uhr

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS: Meine Damen und Herren, wir setzen nach dieser Erfrischungspause unsere Beratungen fort. Wir sind immer noch beim Tagesordnungspunkt, den Kollege Wippersberger vorgetragen hat.

Ich frage nunmehr um weitere Wortmeldungen?

Herr Kollege Fritsch hat noch eine Äußerung abzugeben.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER KARL FRITSCH:

Durch die Unterbrechung bedingt war es möglich, mit den Mitgliedern meiner Fraktion in der hier beantragten Angelegenheit nochmals Rücksprache zu pflegen. Ich gebe namens der Fraktion der ÖVP folgende Erklärung und Stellungnahme ab:

Es wäre verlockend für uns als Gemeindemandatare, der Stadt und damit den Bürgern eine Ausgabe in der Größenordnung von einer halben Million zu erpsaren. Es wäre weiters auch verlockend dann, wenn echte Vergleiche über die Leistungsfähigkeit des einen oder anderen Gerätes vorlägen, hier diesem Reduktionsantrag nähertreten zu wollen. Ich möchte ausdrücklich erklären und betonen, daß wir keinesfalls etwas gegen die anbietende Firma haben, daß wir von der Güte und Qualität ihrer Erzeugnisse bzw. jener Erzeugnisse, die sie vertritt, jederzeit überzeugt sind, muß aber eindeutig feststellen, daß von unserer Warte aus gesehen die Beschlüsse im Gemeinderat auf Grund bestehender Rechte und auf Grund bestehender Rechtsnormen erfolgen müssen. Daß gerade für Auftragsvergaben heranzuziehen ist die Bestimmung der Önorm A 2050 und daß die entsprechenden Bestimmungen dieser Önorm sowohl Bieter als auch Auftragsvergeber a) bekannt und b) sich daran zu halten haben, bewußt ist. Nachdem die gesamte Arbeit im Gemeinderat auf rechtlicher Basis sich bewegt, würden wir ex lege handeln, würden wir uns diesbezüglich sicherlich einer entsprechenden Rüge seitens der Aufsichtsbehörde anteil lassen wollen. Daher auf Grund der rechtlichen Basis, unter nochmaliger Betonung keinesfalls hier ein Urteil über eine Firma oder über deren Erzeugnisse abgeben zu wollen, würden wir dem Antrag in der ursächlichen Form die Zustimmung geben.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS: Herr Kollege Ing. Fahrnberger!

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG FAHRNBERGER:
Herr Bürgermeister!

Ich danke Ihnen für die gehabte Unterbrechung. Mir ist jetzt noch unwohler zumute als vorher. Es war vorher sehr schwierig, es ist jetzt sehr schwierig und ich kann mich der Argumentation der ÖVP nur zum Teil anschließen. Ich sehe keinen Widerspruch zur Önorm, weil die Firma Burgholzer als ansässige Firma immer noch als Billigstbieter auf der Liste steht. Ich weiß aber aus anderen Gesprächen, daß dem Magistrat diese Anlage von Unidata besser entspräche. Ich bin aber nicht in der Lage abzuwägen, inwieweit jetzt der Preisunterschied und die etwas schlechtere Situation für den Magistrat ausreicht, eine Entscheidung zu treffen. Ich bin daher auch

nicht in der Lage, heute hier eine Entscheidung darüber zu fällen und beantrage daher die Vertagung dieses Punktes.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS: Meine Damen und Herren!

Gemäß § 23 unserer Geschäftsordnung habe ich einen Antrag auf Zurückstellung des Tagesordnungspunktes und ich muß ohne Diskussion den Antrag zur Behandlung bringen. Ich muß Ihnen dazu allerdings eine Empfehlung geben, daß ich mich dieser Meinung nicht anschließen kann. Ich bitte, wer dem Antrag auf Zurückstellung des Tagesordnungspunktes, der zur Diskussion steht, plädiert, den bitte ich, ein Zeichen mit der Hand zu geben?
Für die Zurückstellung: 2 FPÖ- und 1 Stimme KPÖ-Fraktion;
gegen die Zurückstellung: 24 SPÖ- und 9 Stimmen ÖVP-Fraktion).

Damit ist der Zurückstellungsantrag abgewiesen worden. Wir schreiten in der Diskussion zu diesem Punkt fort. Ich frage Sie, ob noch jemand dazu das Wort wünscht? Es ist das nicht der Fall. Ich möchte mir nur einen kleinen Hinweis gestatten. Dieser Antrag ist in der vorliegenden Fassung im Finanz- und Rechtsausschuß entschieden worden, er ist im Stadtsenat entschieden worden zur Weiterleitung an den Gemeinderat und ich muß noch einmal darauf hinweisen, daß derartige Überraschungen unmittelbar vor der GR-Sitzung uns zweifellos nicht nur in Schwierigkeiten bei allen künftigen Sachanträgen bringen würden, vor allem aber eines ganz sicher ist, daß und das wundert mich eigentlich von den Herren der Freiheitlichen Partei, gerade der Rechnungshof den Gemeinderat - hier zitiere ich Ihre Meinung - bzw. vor allem den Bürgermeister zur Verantwortung ziehen würde, nachdem am 1. 9. die Anboteröffnung war, die nötigen Vorbehandlungen wie gesagt abgeschlossen sind und gerade der Herr Präsident Dr. Kandutsch als Präsident des Rechnungshofes, der Ihrer Partei angehört, auf die exakte Durchführung von Entscheidungen besonderen Wert legt bei den Prüfungen. Ich muß hier doch diese Meinung noch zum Ausdruck bringen, wobei ich anschließend erkläre, so liebend gerne jeder der Gemeinderäte die Behandlung des Antrages mit der Ermäßigung annehmen würde, gestattet es aber die Seriosität des Magistrates und des Gemeinderates nicht, auf diese Art und Weise Vorgänge zu tätigen. Ich komme nun zur Abstimmung und muß Sie bitten, wer dem Antrag des Kollegen Wippersberger zustimmt, in der von ihm vertretenen Auffassung, ein Zeichen mit der Hand zu geben? Danke. Gegenstimmen? Enthaltungen?
Für den Hauptantrag: 24 SPÖ- und 9 Stimmen ÖVP-Fraktion;
gegen den Hauptantrag: 1 Stimme KPÖ-Fraktion;
Enthaltungen: 2 Stimmen FPÖ-Fraktion.

Der Antrag ist somit beschlossen. Wir sind gleichzeitig am Ende der Tagesordnung, ausgenommen den Tagesordnungspunkt, der uns um diese Zeit jährlich zusammenführt, nämlich die Behandlung des Voranschlages für das kommende Jahr.

Zu diesem Tagesordnungspunkt bitte ich nun den Finanzreferenten, Stadtrat Fürst, an das Rednerpult.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF FÜRST:
Sehr geehrte Damen und Herren!

Der Gemeinderat ist laut Statut der Stadt Steyr § 49 verpflichtet, für das kommende Jahr 1976 einen Haushaltsvoranschlag zu erstellen. Laut Absatz 2 desselben Paragraphen sind dem Voranschlag angegliedert der Wirtschaftsplan der Städtischen Unter-

nehmungen, die Fonds der Stadt, denen keine Rechtspersönlichkeit zukommt, der Dienstpostenplan, die Wirtschaftspläne des Städtischen Wirtschaftshofes, der Krankenfürsorgeanstalt der Stadt Steyr sowie der Wirtschaftsplan der Gemeinnützigen Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr.

Der Voranschlag wurde unter strikter Beachtung aller Termine den Fraktionen des Gemeinderates zur Beratung übermittelt und am 13. 11. 1975 vom Stadtsenat eingebracht. Formalrechtlich sind somit die Voraussetzungen für die Beschlußfassung des Haushaltsvoranschlages 1976 durch den Gemeinderat gegeben. Die öffentliche Auflage des Voranschlages erbrachte weder Einwände noch Erinnerungen. Soweit die Aussage über die Bereiche, die der Voranschlag erfaßt und seine rechtliche Begründung.

Sehr verehrte Damen und Herren!

Die Voraussetzungen zur Erstellung des Haushaltsvoranschlages, der über die ganze Zeit seiner Geltungsdauer, den finanziellen Möglichkeiten aber auch seiner Zielsetzung nach den realen Gegebenheiten möglichst entspricht, sind für die damit befaßten Personen nicht günstiger geworden. Orientierungshilfen, ganz allgemein, in Form von langfristigen Wirtschaftsprognosen stehen tauglich nicht zur Verfügung, da die Verfasser solcher ihre Aussagen kurzfristig im Laufe des Jahres mehrmals korrigieren. So gesehen muß zur Beurteilung der Einnahme-Entwicklung im kommenden Jahr die Vorsicht als die Maxime des Handelns gelten. Eingebettet in eine, in allen Industriestaaten der Welt parallel verlaufende negative Wirtschaftsentwicklung, liegt eine erste echte Schrumpfung des österreichischen Nationalproduktes und eine, wenn auch nicht allzugroße Zahl von Arbeitslosen im Jahre 1975. Diese Entwicklung wird, wenn auch mit Verzögerung, unsere Einnahme-Entwicklung negativ beeinflussen.

In dieser Situation stellt der Haushaltsvoranschlag 1976 den Versuch des Ausgewogenseins zwischen vernünftiger Sparsamkeit und überlegter, wenn auch mit Krediten finanzierten Ausgaben im Interesse der Sicherung von Arbeitsplätzen, der Verbesserung der Infrastruktur und damit auch der Sicherung von Steuereinnahmen dar. Da Ihnen, geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates, der eingebrachte Haushaltsvoranschlag 1976, jedem Einzelnen vorliegt, brauche ich - Ihr Einverständnis vorausgesetzt - nicht in kleinste Details eingehen und kann mich bei meinen Ausführungen auf wesentliche Fakten beschränken. Danke für Ihr Verständnis.

Der ordentliche Haushalt ist ausgeglichen, der außerordentliche Haushalt schließt jedoch mit einem Abgang, was im Einzelnen folgendes Bild ergibt:

Gesamteinnahmen	Gesamtausgaben
Ordentlicher Haushalt	
S 257,102.900	S 257,102.900
Außerordentlicher Haushalt	
S 79,109.300	S 102,500.000
S 336,212.200	S 359,602.900
Abgang des außerordentl. Haushaltes	
S 23,390.700	-
S 359,602.900	S 359,602.900

Durch Ausscheiden der im ordentlichen Haushalt enthaltenen Vergütungen zwischen den Verwaltungszweigen ergeben sich die Reineinnahmen bzw. Reinausgaben des Gesamthaushaltes. Die Summe der Vergütungen zwischen Dienstzweigen beträgt S 17,435.500,-, sodaß Reineinnahmen von S 318,776.700,- und Reinausgaben von

S 342,167.400,- verbleiben.

Der Vergleich mit dem Vorjahr zeigt folgende Entwicklung:

Voranschlag 1976	Voranschlag 1975 (mit Nachtrag)
Finanzertrag der Gebarung	
301,563.400	303,117.100
Wirksamer Aufwand	
332,712.100	309,117.100

Der Finanzertrag der Gebarung für das Jahr 1976 ist gegenüber dem Nachtragsvoranschlag 1975 um rund 1,5 Mill. Schilling niedriger. Diese Senkung ist aber nur scheinbar, da der außerordentliche Haushalt 1976 mit einem Abgang von rund 23,4 Mill. Schilling ausgewiesen wurde. Für diesen Betrag müssen erst Darlehensgeber gefunden werden, während im Vorjahr ausgeglichen budgetiert wurde. Bei gleicher Darstellung würde der Finanzertrag 1976 gegenüber 1975 um 21,9 Mill. höher sein. Der wirksame Aufwand, welcher mit 332,7 Mill. Schilling veranschlagt ist, hat eine Erhöhung um 23,6 Mill. Schilling erfahren.

Die Entwicklung auf der Einnahmenseite verdient natürlich größte Beachtung und vergleichend mit den Vorjahren ergibt sich folgendes Bild:
Ordentlicher Haushalt, Einnahmen, aufgeschlüsselt nach Art und Herkunft:

Voranschlag 1976	Voranschlag 1975 (mit Nachtrag)
Eigene Steuern (ohne Verwaltungsabgabe)	
76,845.000	72,482.000
Gebrauchsabgaben, Gebühren und sonstige Gemeindeabgaben	
13,915.000	14,679.000
Abgabenertragsanteile	
100,000.000	90,000.000
Zuweisungen, Zuschüsse und Beiträge von Gebietskörperschaften	
7,233.200	10,824.600
Mieten und Pachten	
3,682.700	3,837.100
Verwaltungsstrafen	
2,550.000	3,250.000
Zinsen für Guthaben und Forderungen	
3,500.000	7,345.000
Einnahmen aus Verträgen	
3,600.000	3,510.000
Rückflüsse von Darlehen	
2,300.000	2,850.000
Ersätze und sonstige Einnahmen	
24,681.500	20,522.600

Soweit die Einnahmen, welche die Millionengrenze übersteigen. Die größte Einnahmepost "Eigene Steuern" wird wie folgt aufgegliedert:

Grundsteuer A	
165.000	155.000
Grundsteuer B	
5,000.000	4,950.000
Gewerbesteuer	
21,000.000	20,000.000
Lohnsummensteuer	
39,000.000	36,000.000
Getränkesteuer	
10,500.000	10,200.000
Lustbarkeitsabgabe	
460.000	450.000
Hundesteuer	
100.000	107.000
Ankündigungsabgabe	
140.000	140.000
Anzeigenabgabe	
480.000	480.000
76,845.000	72,482.000

Das Steueraufkommen für 1976 kann im Vergleich zu 1975 als leicht steigend, im Vergleich zu 1974 aber als konstant bezeichnet werden. Innerhalb der einzelnen Steuerarten sind hinsichtlich des Aufkommens jedoch bedeutende Verschiebungen eingetreten. So konnte der Ausfall bei der Gewerbesteuer nur durch ein Mehraufkommen bei der Getränkesteuer (Einbeziehung des Bieres in die Abgabepflicht) ausgeglichen werden. Das Aufkommen an Gewerbesteuer wurde auf Grund der Meßbetragsübersichten für 1975 angenommen. Falls keine Gewerbesteuernachveranlagungen bedeutender Firmen für vergangene Jahre erfolgen, ist für 1976 mit einer Reduzierung des veranschlagten Betrages zu rechnen.

Die Abgabenertragsanteile wurden mit 100 Mill. Schilling veranschlagt. Dieser Betrag entspricht dem etwas erhöhten Aufkommen des Jahres 1975. Eine andere Veranschlagung war nicht möglich, da die Voranschlagsätze des Landes OÖ. zur Zeit der Budgeterstellung für die Stadt noch nicht bekannt waren.

Die Position Ertrag aus Beteiligungen und Wertpapieren, welche im Jahre 1975 noch mit über 3 Mill. zu Buche stand, ist auf S 26.000,- gesunken, da die Einlösung der Kassenscheine, welche seinerzeit im Zuge der Stabilisierungsmaßnahmen des Bundes gekauft werden mußten, in Wegfall kommen.

Soviel zu den wesentlichsten Positionen der Einnahmenentwicklung im ordentlichen Haushalt.

Nun zu den Ausgaben - ordentlicher Haushalt. 96,6 % der Ausgaben im ordentlichen Haushalt betreffen im wesentlichen reine Pflichtausgaben und nur 3,4 % oder 8,7 Mill. betreffen einmalige Anschaffungen. Bei den Pflichtausgaben rangiert als größte Einzelposition die Ausgabe für das Personal. Der Personalaufwand in der Höhe von S 115,224.000 oder 44,8 % Anteil am ordentlichen Haushalt ist gegenüber 1975 um 0,3 % Anteil, ziffernmäßig aber um 12,9 Mill. gestiegen. Diese Erhöhung stellt eine zwingende Vorsorge für eine 1976 zu erwartende Bezugsregelung dar. Die Stadtgemeinde beschäftigt derzeit außer den nebenberuflich Tätigen und Teilbeschäftigten 77 pragmatisierte Bedienstete, 533 Vertragsbedienstete und 19 Kollektivvertragsarbeiter. Ein Personalaufwand von 44,8 % Anteil am Haushalt bewegt sich, verglichen mit anderen Städten unserer Größenordnung, in einem eher bescheidenen Rahmen. Budgetanteile für den Personalaufwand von 50 % und darüber sind keine Seltenheit mehr. Daß die Bediensteten der Stadt die gestiegenen Aufgaben ohne Personalvermehrung bewältigten, stellt diesen ein gutes Zeugnis aus. Eine Erhöhung von S 105.000,- bei den allgemeinen Amtserfordernissen berücksichtigt nur die allgemeine Teuerung.

Bei den Gebäudeerhaltungs- und -benützungskosten ist eine Senkung von S 990.000,- eingetreten. Letztere beruht im wesentlichen auf der Umstellung der Heizanlage im Altersheim auf Gas.

Der sonstige Sach- und Zweckaufwand in der Höhe von 102,2 Mill. ist gegenüber 1975 um 7,9 Mill. gestiegen. Es handelt sich hiebei wesentlich um reine Pflichtausgaben. Die Zuführung an die Rücklagen erfolgt in der Höhe der Abschreibungen für die betriebsähnlichen Einrichtungen und der Einnahmen für die Darlehenstilgungen und Rückzahlungen und des Zuschlages für die Reinhaltung des Grund- und Quellwassers.

Die Zuführung an den außerordentlichen Haushalt kann nur in der Höhe erfolgen, als Mittel des ordentlichen Haushaltes hiefür übrig bleiben.

Die Vergütungen zwischen den Verwaltungszweigen ist infolge der erhöhten Material- und Lohnkosten auch dementsprechend höher in Voranschlag gebracht.

In den Ausgaben des ordentlichen Haushaltes sind rund 135 Mill. Zuschußbedarf an die einzelnen Verwaltungszweige enthalten, deren größte Einzelposten vergleichend mit dem Vorjahr betrachtet werden sollen.

Der Zuschußbedarf der allgemeinen Verwaltung von S 27,078.900 für 1976 stieg gegen 1975 um S 5,363.100. Diese Erhöhung ist im wesentlichen auf die Erhöhung der Gehälter, Löhne und Ruhe- und Versorgungsgenüsse zurückzuführen, welche in diesem Abschnitt zur Verrechnung gelangen. Derzeit hat die Gemeinde 52 Ruhegenuß- und 32 Versorgungsgenußempfänger.

Eine geringfügige Erhöhung des Zuschußbedarfes auf S 4,1 Mill. für

öffentliche Ordnung und Sicherheit betreffend Personalkosten, Vergütungen an die Tierärzte und die Gebühren für die Tierkörperverwertung.

Der Zuschußbedarf für die Schulen stieg um nicht ganz 1,3 Mill. auf 27,803.100, eine Erhöhung die ebenso in der Regulierung der Gehälter und in der allgemeinen Preiserhöhung zu sehen ist.

Die Schulen, soweit es nicht Pflichtschulen betrifft, also die Handelsschule, die Fachschule für Damenkleidermacher und wirtschaftliche Frauenberufe, die Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen und die Handelsakademie erfordern auch 1976 einen Zuschuß von S 5,4 Mill. Hier tritt gegenüber 1975 eine Einsparung von 1,6 Mill. ein.

Die Kindergärten und Horte bedürfen immer noch eines Zuschusses von S 6,8 Mill. In diesem Zusammenhang richte ich den Appell an das Land OÖ., endlich die gesamten Personalkosten für die Kindergärten, Kindergärtnerinnen und Hilfspersonal, zu übernehmen. Vom Bau neuer Kindergärten abgesehen, würden die laufenden Sachleistungen und die Gebäudeerhaltung seitens der Stadt immer noch, mit Stand von heute, 1,5 bis 2 Mill. Zuschußleistung erfordern.

Dieser Appell stellt auch kein mutwilliges Ansinnen an das Land OÖ. angesichts unserer finanziellen Situation dar, sondern basiert auch auf der Überlegung, die sich aus einer Untersuchung des Finanzministeriums ergibt, welche aussagt, daß die Durchschnittsverschuldung in den Voranschlägen der Länder 11 %, der des Bundes 40 % und der Städte 60 % ausmacht.

Nun zum Kulturwesen. Im Zuschußbedarf von S 7,957.100, der eine nicht ganz 700.000,- Schilling betragende Erhöhung erfuhr, ist auch der Zuschußbedarf von S 981.000, für den Betrieb des Theaters enthalten. Gegen das Vorjahr erhöhte Zuschüsse bedürfen auch die Musikschule mit 1,598.000 und die Zentralbücherei mit 1,106.800. Hingegen verminderte sich der Bedarf der Volkshochschule durch Einsparungen um S 69.000,- auf S 881.000,-. Alle diese Summen sind im Gesamtbetrag Zuschußbedarf Kultur enthalten, ebenso der Bedarf des Heimatmuseums mit S 768.000,-, welcher durch Einsparungen über S 20.000,- niedriger gehalten werden konnte.

Die Sozial- und Jugendhilfe zeigt einen markanten Anstieg des Zuschußbedarfes von S 23,5 1975 auf S 28,3 Mill., also 4,8 Mill. Schilling. Diese Erhöhung resultiert aus dem ständigen Anstieg der Sozialrichtsätze und der besonders personalintensiven Heim- und Anstaltskosten. In diesem Trend und auch in der allgemeinen Sachpreiserhöhung liegt auch der gestiegene Zuschußbedarf des Altersheimes unserer Stadt mit S 10,684.000,-, das ist eine Steigerung um mehr als S 2 Mill., der in der Summe des Kapitels Sozial- und Jugendhilfe enthalten ist.

Das Gesundheitswesen und die körperliche Ertüchtigung bedürfen eines Zuschusses von S 11,736,600,-, welcher somit nur eine geringe Erhöhung aufweist und welcher im wesentlichen durch die Erhöhung des Krankenanstaltenbeitrages auf 7.4 Mill. verursacht wird.

Am Sportanlagesektor traten mit Ausnahme beim Sportplatz Rennbahn, der eine geringfügige Erhöhung des Zuschußbedarfes von S 9.000,- aufweist, durchwegs Senkungen beim Zuschußbedarf ein, so beim Sportheim Münichholz, Ennsleite und der Sporthalle am Tabor.

Der Zuschußbedarf des Bau-, Wohnungs- und Siedlungswesens beträgt S 10,883.500 und der Zuschußbedarf für Öffentliche Einrichtungen und Wirtschaftsförderung beträgt S 9,482.200 und erfuhr von den Personalkosten her eine Erhöhung. Hinter diesen Haushaltsansätzen verbergen sich sehr personalintensive Einrichtungen, wie Asphaltierung von Gemeindestraßen, das Feuerwehrwesen,

die Stadtgärtnerei und der Städtische Wirtschaftshof. Bei einzelnen Unterabschnitten hat sich der Zuschußbedarf durch Bereitstellung von Mitteln für einmalige Ausgaben erhöht. Es beträgt der Zuschußbedarf innerhalb dieser Haushaltsgruppen der Bedarf 1976 für die Feuerwehr S 1,580.500 gegen 1,195.100 und der Bedarf für 1976 für die Stadtgärtnerei, Park- und Gartenanlagen, S 3,899.400 gegen S 3,540.000 und der Zuschußbedarf für 1976 für den Wirtschaftshof S 474.000,- gegen S 125.000,- im Jahre 1975.

Die Wirtschaftlichen Unternehmungen der Stadt Steyr, auf deren Wirtschaftsplan gesondert eingegangen wird, hat durch die höheren Vorjahresverluste des Stadtbades und der Kunsteislaufbahn einen Zuschußbedarf von S 2,454.000,-, das ist eine Erhöhung von S 141.000,-.

Eine nicht unbeträchtliche Ausgabenpost des ordentlichen Haushaltes ist die unter Zugrundelegung der Finanzkraft 1975 veranschlagte Landesumlage in der Höhe von S 17,000.000,-.

Auch der Zinsendienst, die Kredittilgungen und der Schuldendienst, Anmerkungsbeträge vergangener Zeiten, fallen heute aber schon ins Gewicht. Der Schuldendienst beträgt mit 31. 11. 1975 S 105,233.011,- und wird fiktiv mit 31. 12. 1975

S 110,000.000,- erreicht haben.

Der Zinsendienst per 1976 wird S 11,500.000,- betragen, die Tilgung S 3,000.000,-, das sind Annuitäten in der Höhe von S 14,500.000,-, dazu kommen 1,4 Mill. Kaufpreisraten aus Liegenschaftsankäufen. Sollte sich bereits am Beginn des neuen Jahres aus dem aoH ein größerer Kreditbedarf ergeben, wird der Zinsendienst den präliminierten Betrag übersteigen.

Auf das Thema Kredite und Verschuldung darf ich bei der Besprechung des außerordentlichen Haushaltes noch zurückkommen.

Der ordentliche Haushalt wäre unvollständig dargestellt, würden nicht wenigstens die größten Summen in den einmaligen Ausgaben erläutert. So ist für die Turnplatzsanierung Taschlried im Pflichtschulsektor ein Betrag von S 300.000,- vorgesehen. Im Kulturbereich erfordert unser Heimathaus bzw. Museum die Bereitstellung von S 275.000 für die Dachbodenbeleuchtung und Brandmeldeanlage (Rate) sowie kleinere Anschaffungen. Die verschiedenen Hilfsaktionen im Kapitel Soziales und Jugendhilfe, wie die Brennstoffaktion, die Säuglingswäschepaketaktion und Essen auf Rädern, um nur einige namentlich aufzuzählen, finden mit der Bereitstellung von S 1,337.000,- ihre Erwähnung, wenngleich sie keine einmaligen Ausgaben sind.

Als letzte einmalige Ausgabenpost in der Höhe von S 1,000.000 sei noch die Anschaffung einer Buchungsmaschine erwähnt.

Soweit, meine Damen und Herren, meine Ausführungen zum ordentlichen Haushalt.

Der außerordentliche Haushalt.

Zum Kapitel .außerordentlicher Haushalt darf ich vorerst bemerken, daß ich bereits eingangs meiner Ausführungen, in der finanziellen Übersicht über den Gesamthaushalt die Finanzierung dieses Teiles des Voranschlages genau besprochen habe. Das Resümee dieser Ausführungen war, der aoH kann nur durch Aufnahme neuer Kredite, wenn man von der geringfügigen Zuführung aus dem ordentlichen Haushalt absieht, realisiert werden. Da sämtliche Mittel, die im aoH ausgegeben werden, mit Ausnahme der Mittel für Liegenschaftsankäufe, das Rathaus als Aufträge an die gewerbliche Wirtschaft und die Industrie verlassen, stellen sie einen wesentlichen Faktor zur Sicherung der Arbeitsplätze in unserem Raum dar. Es liegt an der

Leistungsfähigkeit der Wirtschaft in unserer Stadt, sich diese Aufträge zu sichern. In diesem Sinne ist die Aufnahme von Krediten durchaus vertretbar, wenn auch die Obergrenze einer tragbaren Verschuldung immer zu wahren sein wird. Der Stand der Verschuldung der Stadt kommt dieser Grenze aber noch nicht zu nahe. Es kann auf die Dauer aber nicht die Regel sein, den aoH der Stadt fast ausschließlich mit Krediten zu finanzieren. Es geht der Appell der Städte heute schon an den Städtebund, dort Vorsorgen zu treffen, damit spätestens beim nächsten Finanzausgleich den Städten ein Zuwachs an den gemeinsamen Bundesabgaben erwächst.

Ebenfalls in einer Statistik des Finanzministeriums ist zu ersehen, daß die größten Städte Österreichs mit nur 36,7 % Anteil an der Gesamtbevölkerung hingegen 53 % des Brutto-Nationalproduktes erarbeiten. Die Stadt also und in einer Industriestadt wie Steyr trifft dies noch in verstärktem Maß zu, bringt verhältnismäßig den größten Zuwachs zum Nationalprodukt, muß erwiesenermaßen die größten kommunalen Aufgaben bewältigen. Die dringenden Aufgaben der Infrastrukturverbesserung und des Umweltschutzes lassen den Finanzbedarf der Stadt in Zukunft noch unverhältnismäßig hoch ansteigen und daher muß ihr Ruf nach einer dementsprechenden verstärkten Zuteilung von Bundesmitteln im nächsten Finanzausgleich bereits heute laut erschallen.

Der außerordentliche Haushalt läßt auch heute leicht Schwerpunkte erkennen und ich darf sie nach Größe des Finanzbedarfes aufzählen:
1. Der Schulbau mit rund 32,5 Mill.,
2. der Straßenbau mit 29,75 Mill. - also rund 30 Mill. Schilling,
3. der Kanalbau mit rund 12 Mill. und
4. der Wohnungsbau und das Siedlungswesen mit 10 bzw. 1,1 Mill., zusammen also 11 Mill. Schilling. Das sind die 4 großen Gruppen.

Der Schulbau als solcher benötigt für das derzeit teuerste Bauvorhaben der Stadt, die Errichtung der HAK, HASCH und Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen S 28 Mill. in diesem Jahr. Von den S 4,450.000,- für Pflichtschulen erfordert die Erweiterung der Promenadeschule allein S 4 Mill.

Auch dem kulturellen Gebiet der Stadt sind für 1976 bedeutende Mittel zugeordnet. Für die Denkmalpflege, Altstadterhaltung und Fassadeninstandsetzung sind 3 1/4 Millionen und für Maßnahmen im Zusammenhang des 1.000jährigen Bestehens der Stadt sind S 1,5 Mill. veranschlagt.

Nach Klärung verschiedener Umstände ist für die Realisierung eines Veranstaltungsraumes im Stadtteil Münichholz eine Rate von S 1 Mill. vorgesehen.

Für das Wohnungswesen ist der Betrag von S 10 Mill. im Voranschlag ersichtlich. Ich bitte Sie aber zu bedenken, welch gewaltige Summen zusammen mit den Fondsmitteln dadurch auf dem Neubausektor von Wohnungen aktiviert werden. Die Mittel für das Siedlungswesen teilen sich eigentlich in 2 Gruppen, und zwar für 3 Posten á 200.000,-, zusammen S 600.000,- für private Siedlungsprojekte und eine Post mit S 500.000,- für die Projektierung und Aufschließung des städtischen Siedlungsvorhabens Waldrandsiedlung Nord. Wenn man diese S 500.000,- zusammen mit den S 5 Mill. des Straßen- und der 3 Mill. für den Kanalbau sieht, dann erst wird dieser Schwerpunkt kommunaler Investition in diesem Gebiet klar zu erkennen sein.

Im Straßenbau mit fast einem Drittel Anteil im aoH finden sich als Schwerpunkt alle Maßnahmen zur Fortführung des Ausbaues des innerstädtischen Verkehrsringes. Nach Überwindung verschiedenster Koordinationsschwierigkeiten dürfte der Bau-

beginn des Autobusbahnhofes, der mit einer Million hier bedacht ist, 1976 Realität werden. Als Spitze eines finanziellen Eisberges darf man getrost die eine Million für die Bauvorbereitung in Zwischenbrücken sehen. Die volle Größe und Schwere der finanziellen Belastung, welche heißt "Neubau beider Brücken" in den kommenden Jahren, wird bei allen Planungen dieses Zeitraumes sich als nicht zu übersehende Dominante erweisen.

Der Kanalbau ist wie im Vorjahr mit S 12 Mill. dotiert, er kostet nicht nur viel Geld, sondern er wird auch, wie die Betrachtung der Einzelvorhaben erkennen läßt, manche Erschwernisse verkehrsmäßiger Art bringen.

Für die Verbesserung der Ausrüstung der Feuerwehr und damit auch der Erhöhung ihrer Einsatzbereitschaft ist der Betrag von S 1,850.000,- gewidmet.

Unser schönes Stadtbad kommt auch in die Jahre, wie man zu sagen pflegt und damit auch manches Gebrechen. Für eine Beckenreparatur im Freibad muß mit einer Million für 1976 vorgesorgt werden und für alle, die schon einmal mit über 30 Saunafreunden die Kabine der Sauna teilten, wird die Kunde der Dotation von S 800.000,- für die Erweiterung der Sauna und Bau eines Lehrschwimmbeckens als 1. Baurate ein Hoffnungsstrahl sein.

Für die Förderung der gewerblichen Wirtschaft ist unverändert wieder ein Betrag von S 500.000,-- bereitgestellt und für eventuelle Liegenschaftsankäufe S 5,5 Mill.

Aber gestatten Sie mir, meine Damen und Herren, noch einmal auf die Förderung der gewerblichen Wirtschaft zurückzukommen. Ich glaube, hier muß man einmal auf die Tatsache hinweisen, die klar in Ziffern noch nie ausgesprochen wurde. Sie wissen, daß die Stadt in den vergangenen Jahren die Ortsschutzklausel immer zur Anwendung gebracht hat, das heißt, daß Firmen, wenn sie gegenüber einem Auswärtsbieter unter 5 % teurer waren, den Zuschlag bekamen. So wurde auch eine echte Wirtschaftsförderung dem Gewerbe gegenüber geleistet. Ich erinnere mich, daß hier oft die Feststellung getroffen wurde, es wurde - das möchte ich unterstreichen, es war nicht das letzte Jahr, es hat die Zeiträume früherer Jahre betroffen - daß zu wenig für die Wirtschaftsförderung getan wird. Aber diese Beträge, die eine echte Wirtschaftsförderung waren, sind hier noch nie erwähnt worden und bei Überlegung dieser Summe habe ich es wohl für Wert gefunden, diese in das Fenster zu stellen, wenn Sie so wollen.

Ich komme nun langsam zum Ende der Ausführungen über den aoH. Die Einnahmen stammen mit rund S 5,5 Mill. aus Mitteln des oH und S 12 Mill. aus Rücklagenentnahmen, S 1 Mill. aus Liegenschaftsverkäufen und mit S 61 Mill. aus Darlehensaufnahmen, wovon S 1 Mill. auf ein Darlehen des Wasserwirtschaftsfonds entfällt. Die Deckung des Abganges muß natürlich durch Aufnahme weiterer Darlehen gefunden werden.

Soweit meine Ausführungen zum Budget 1976.

Ich darf Ihnen nun die Berichte bringen, als ersten den Wirtschaftsplan der Städtischen Unternehmungen, die dem Anhang des Voranschlages zugeordnet sind. Der Erfolgsplan für 1976 weist Aufwendungen in der Höhe von S 47,260.000,- auf. Zur Deckung der Verluste beim Stadtbad und der Kunsteisbahn sind an Gemeindezuschüssen insgesamt S 2,1 Mill. veranschlagt (Stadtbad S 1,700.000,- und Kunsteisbahn S 450.000,-). Ein weiterer Verlust mit S 400.000,- betrifft den Verkehrsbetrieb.

Im Finanzplan sind Investitionen in der Höhe von rund S 9,6 Mill. vorgesehen. Hievon entfallen u. a. S 2,5

Mill. als Rate für den Bau eines Hochbehälters in der Waldrandsiedlung, S 2,6 Mill. für den Ausbau und die Erneuerung des Gasrohrnetzes. Desweiteren sind Beträge für Ankäufe von Fahrzeugen und Geräten, für Instandhaltungs- und Aufforstungsarbeiten vorgesehen.

Die Finanzierung der Investitionen ist buchmäßig mit Eigenleistungen und aus Abschreibungen und Rücklagen ausgewiesen.

Der Voranschlag der Krankenfürsorgeanstalt der Stadt Steyr. Der Voranschlag ist mit Einnahmen und Ausgaben in der Höhe von S 1,4 Mill. ausgeglichen.

Voranschlag der Dr. Wilhelm Groß-Stiftung. Das Vermögen der Dr. Wilhelm-Groß-Stiftung in der Höhe von S 226.400,- ergibt einen Zinsenertrag von rund S 10.000,-, welcher an Stipendiaten zur Verteilung gelangen kann.

Der Dienstpostenplan. Einschließlich der Städtischen Unternehmungen ist der Personalstand wie folgt vorgesehen. Zum Vergleich wird der derzeitige Iststand angegeben.

Soll 1. 1. 1976	Ist 1. 10. 1975
Pragmatische Bedienstete	
120	77
Vertragsbedienstete	
553	533
Kollektivvertragsarbeiter	
19	19
Summe der Vollbeschäftigten:	
692	629
Nebenberuflich Beschäftigte:	
13	13
Teilbeschäftigte: 17 Nebenlehrer	
77 weitere Bedienstete	
94 (entsprechen 61 vollbeschäftigten Vertragsbed.)	
705	703

Der Sollstand hat sich gegenüber 1975 um 11 Bedienstete verringert, der Iststand um 4 Bedienstete. Der Personalstand konnte durch die Übernahme des gesamten Lehrerpersonals der HAK und HASCH durch den Bund per 1. 1. 1976 gesenkt werden.

Gemeinn. Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr. Erträge und Aufwendungen sind mit S 37,400.000,- ausgeglichen. Die jährliche Umsatzsteigerung ist auf die laufende Fertigstellung und Vergabe von Wohnungen zurückzuführen. Der Finanzplan sieht Wohnungsbauten in der Höhe von S 59,8 Mill. vor. Sehr geehrte Damen und Herren!

Ich darf Ihnen nun am Ende meiner Übersicht über den Voranschlag 1976 den Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat zur Verlesung bringen:

16) Ha-3700/75

Antrag auf Feststellung des Voranschlages der Stadt Steyr für das Jahr 1976. (BEILAGE A)

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1976 wird im ordentlichen Haushalt in den Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen mit je

S 257,102.900

der außerordentliche Haushalt bei den Ausgaben mit S 102,500.000 und bei den Einnahmen mit

S 79,109.300

daher mit einem Abgang von

S 23,390.700

festgestellt, im Einzelnen mit den Beträgen, die in den vorliegenden Einzelvoranschlägen ausgewiesen sind.

Der außerordentliche Haushalt ist nur in dem Maße durchzuführen, als eine Bedeckung gegeben ist bzw. durch Darlehensaufnahme, Einsparungen oder Mehreinnahmen gefunden wird.

Als gegenseitig deckungsfähig werden die mit den Sammelnachweisen zu verrechnenden Ausgaben erklärt, ferner die Ausgaben des Städtischen Wirtschaftshofes in dessen unbe-

schränkter Anordnungsbefugnis, in gleicher Weise die Ausgaben des Altersheimes und schließlich die Ausgaben für Berufsschulen.

Für die Ausführung des Voranschlages gelten die Bestimmungen der Dienstvorschrift Zl. 5209/1948 in der anliegenden Fassung.

Weiters werden genehmigt:
Der Wirtschaftsplan der Städt. Unternehmungen, im Erfolgsplan in den Aufwendungen und Erträgen ausgeglichen mit je S 47,260.000 und im Finanzplan in den Erfordernissen und der Bedekkung ausgeglichen mit je S 9,560.000, der Voranschlag der Krankenfürsorgeanstalt der Stadt Steyr in Einnahmen und Ausgaben mit je S 1,430.000 ausgeglichen sowie der Voranschlag der Stiftung und der Dienstpostenplan.

Die ausschließlichen Gemeindeabgaben werden wie folgt erhoben. Die Hebesätze betragen:

Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe	500 v. H.
Grundsteuer B für andere Grundstücke	420 v. H.
Gewerbesteuer nach dem Gewerbeertrag und Gewerbekapital	150 v. H.
Lohnsummensteuer	1000 v. H.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Ich danke dem Berichterstatter Herrn Stadtrat Fürst für seinen Bericht. Wir kommen nun zur Diskussion über diesen Bericht. Ich habe hier, wie üblich um diese Zeit bei dieser Budgetdebatte, die Meldungen der Fraktionsvorsitzenden zu ihren Erklärungen. Ich darf den üblichen Vorgang auch heuer wählen, daß wir die Fraktionssprecher der Reihe nach zu Wort kommen lassen und ich bitte als ersten Stadtrat Kinzelhofer als Sprecher der Sozialistischen Fraktion. Dann Bürgermeister-Stellvertreter Fritsch für die ÖVP, Gemeinderat Fahrnberger für die Freiheitliche Partei und Gemeinderat Treml für die Kommunistische Partei.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:
Sehr geehrter Herr Bürgermeister!
Werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Unser stadträtlicher Finanzreferent, Kollege Fürst, hat uns den Voranschlag für das Jahr 1976 vorgelegt. Ich möchte für die Sozialistische Fraktion einige Gedankengänge zu diesem Budget zum Ausdruck bringen.

Es ist in letzter Zeit üblich geworden, im politischen Leben ein Rechnungswerk gleich im vorhinein durch eine Kurzbezeichnung zu qualifizieren. Aus dem Parlement hört man Ausdrücke wie Krisenbudget, Bankrottvoranschlag und ähnliches. Früher wurde das Budget der Stadt Steyr als übervorsichtig erstellt qualifiziert und es ergab sich auch immer ein Unterschied zwischen erwarteten Einnahmen und Ausgaben und den dann tatsächlich zur Verrechnung gelangten Einnahmen und Ausgaben. Es ist dies kein Idealzustand, das wissen wir alle, aber selbst die größten Fachleute haben auf diesem Gebiet der Vorhersagen schon Enttäuschungen hinnehmen müssen. Es ist jedoch zweifellos angenehmer, im positiven Sinne enttäuscht zu werden als zugeben zu müssen, zu optimistisch Geld ausgegeben zu haben. Niemand kann in die Zukunft blicken, niemand kann daher schon mit Sicherheit voraussagen, wie sich der Voranschlag 1976 abwickeln wird.

Zu einer Feststellung fühle ich mich aber im Rahmen meiner Fraktion berechtigt: Unser Voranschlag ist ein solides Rechnungswerk, solide in mehrfacher Hinsicht, einmal bei der Beurteilung der Einnahmen, denn gerade jetzt wäre es falsch, jeden Silberstreif am Horizont zum Anlaß zu nehmen, die Ausgabenseite, so wie dies vielleicht zweckmäßig wäre und im Interesse der Bevölkerung wünschenswert, noch mehr auszuweiten. Daher auch solid bei den Vorhaben, die wir in diesen Voranschlag aufgenom-

men haben, im wesentlichen doch wohl abgewogen Investitionen, die den dringendsten Bedürfnissen der Bevölkerung für eine allgemeine Besserung der Lebensqualität in unserer Stadt Rechnung tragen.
Solid aber auch noch auf einem der wichtigsten Gebiete, nämlich auf dem Personalsektor. Wir wissen alle, daß unser Personalstand nicht gleichzusetzen ist mit der Zahl der Schreibtische. Unsere sozialen Dienste haben wir schrittweise so verbessert, wie es dem Wunsch der Bevölkerung entspricht, wie es aber auch im Einklang mit unseren finanziellen Mitteln vertretbar ist.

Gestatten Sie mir hier auch eine Mitteilung dem Gemeinderat zu unterbreiten. Im Rahmen der Ausweitung unserer sozialen Dienste, bei Einführung der Aktion Essen auf Rädern, hat sich die sozialistische Fraktion bereitgefunden, S 31.300 zu spenden, um dafür Geschirr für diese Einrichtung ankaufen zu können, sozusagen als Starthilfe für diese Aktion. Das möchte ich dem Gemeinderat mitgeteilt haben.

Und trotz der Einführung vieler neuer Aufgaben auf sozialem Gebiet konnten wir den Personalstand im wesentlichen unverändert beibehalten. Ein Vergleich mit anderen Städten unserer Größenordnung bestätigt dies. Wir brauchen daher auch heute nicht feierlich einen Personalstop beschwören, denn wir haben ihn bereits ohne dies zu demonstrieren seit Jahren eingehalten. Wir müssen aber auch nicht mit Personaleinschränkungen drohen, wie es zum Teil in anderen Städten geschieht, denn der Personalstand ist bei uns ausgewogen, sodaß dies nur mit einer Verringerung der sozialen Leistungen möglich wäre, was wir aber sicherlich alle nicht wollen, im besonderen nicht die Sozialistische Fraktion.

Solide ist unser Voranschlag aber auch deshalb, weil es uns gelungen ist, die Ausgaben des ordentlichen Haushaltes noch immer mit den ordentlichen Einnahmen abzudecken und sogar noch einen bescheidenen Überschuß für den außerordentlichen Haushalt vorzusehen. Damit halten wir uns an die Grundsätze der kommunalen Budgetpolitik, ohne daß uns die Umstände zwingen, hier über unseren Schatten springen zu müssen. Das alles kann aber nicht das Werk eines Jahres sein. Es ist doch das Ergebnis einer jahrzehntelangen Kommunalpolitik, wie sie hier in diesem Haus praktisch immer von den Gemeinderatsfraktionen getragen wurde, dabei war es sicherlich nicht immer leicht, auch in Zeiten des Überflusses jene Nüchternheit zu bewahren, wie sie eben der Umgang mit anvertrauten Steuergeldern erfordert.

Die Sozialistische Gemeinderatsfraktion sagt daher auch vorbehaltlos ja zum vorliegenden Budgetentwurf 1976, weil es eben ein Voranschlag der Solidität und der Realität ist. Wenn man diese Aussage macht, muß man aber auch zugeben, daß viele Wünsche offen geblieben sind. Es sind dies Wünsche, die wir alle wissen und die wir uns nicht immer gegenseitig vorhalten müssen. Aber das zählt eben auch zu den Aufgaben des Gemeinderates, wohlüberlegte Entscheidungen zu treffen. Solche Entscheidungen verlangen aber wieder eine Gesamtübersicht, denn nur so wird es möglich sein, Einzelinteressen den allgemeinen hintanzustellen und ihnen die nötige Rangordnung beizumessen. Ich bin jedoch fest überzeugt, daß all das, was getan werden muß, so wie in den vergangenen Jahren auch 1976 geschieht. Und gerade bei der Budgetsitzung soll man es aussprechen: Es wird nicht nur geschehen, sondern auch bezahlt werden können. Ich glaube, auch die Wirtschaft weiß es zu schätzen, in der Stadt Steyr noch immer einen zahlungskräftigen Geschäftspartner zu haben, der seinen Verpflichtungen stets zeitgerecht nachkommt. Dieses Vertrauen ist gerade heute besonders wichtig und der Gemeinderat sollte be-

strebt sein, beim Beschluß über den Voranschlag 1976 diesem besonderen Partnerschaftsverhältnis zwischen Wirtschaft und Stadt ebenfalls Beachtung zu schenken.

Mit einer überlegten Budgetierung und einer der Wirtschaftskraft der Stadt angemessenen Verschuldung und einem damit noch verkraftbaren Zinsendienst leisten wir für die Steyrer Wirtschaft den besten Beitrag zur Sicherung der Auftragslage und damit aber auch der Beschäftigungslage für viele unserer Mitbürger. Gerade in Zeiten der Abschwächung der Konjunktur kommt dieses gegenseitige Vertrauensverhältnis am Stärksten zum Ausdruck.

Es freut mich daher auch feststellen zu können, daß die Vergabe von Aufträgen an unsere heimischen Firmen und Gewerbebetriebe von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, praktisch immer einvernehmlich erfolgt. Trotz Konkurrenzkampfes und verschiedener Wettbewerbsbedingungen ist es immer noch gelungen, eine vertretbare Auftragslage quer durch unsere Wirtschaft beizubehalten.

Wenn das Bedürfnis bestehen sollte, diese nach den geltenden Ö-Normen und Erlässen abzuwickelnde Vorgangsweise noch durch eine eigene Vergabeordnung zu regeln, wodurch sich jedoch in der praktischen Abwicklung keine Änderungen ergeben werden, sind wir hier gesprächsbereit.

Es liegen bereits Entwürfe, sowohl aus dem Kreis des Gemeinderates, als auch aus dem Amte vor. Wichtig wird es jedoch dabei immer sein, den Steyrer Wirtschaftstreibenden den ihnen zukommenden Anteil an den Aufträgen dieser Stadt zu sichern. Ich möchte mich jetzt auch nicht im Namen meiner Fraktion mit Einzelheiten dieses Budgets zu sehr beschäftigen. Die Sozialistische Gemeinderatsfraktion hat sich mit den verschiedenen Entwürfen, die letztlich zu dieser Vorlage führten, sehr eingehend beschäftigt, sodaß wir zu jedem Kapitel, wenn es notwendig ist, unsere Aussage machen können. Ich wollte lediglich zu Beginn der Budgetdebatte, die sicherlich noch länger dauern wird, unsere grundsätzliche Haltung darlegen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich aber auch den beamteten Mitarbeitern im Haus den Dank meiner Fraktion für die Vorbereitung und Abwicklung der Arbeiten zum Ausdruck bringen. Ich darf namens meiner Fraktion allen Mitarbeitern der Stadtgemeinde Steyr, im besonderen aber den leitenden Beamten versichern, daß wir ihnen volles Vertrauen entgegenbringen. Ich wiederhole nochmals die grundsätzliche Zustimmung der Sozialistischen Fraktion zu dem vom stadträtlichen Referenten vorgetragenen Budgetentwurf 1976.

Nach meinen kurzen Ausführungen erlaube ich mir, Ihnen Herr Bürgermeister, allen Damen und Herren des Gemeinderates, aber auch den Beamten und Mitarbeitern der Stadtgemeinde Steyr die besten Wünsche für ein frohes und besinnliches Weihnachtsfest und ein glückliches und erfolgreiches Jahr 1976 zu wünschen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Ich danke für diese Erklärung. Als Nächster spricht Kollege Fritsch namens der Österreichischen Volkspartei.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER KARL FRITSCH:
Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Lassen Sie mich heute meine Ausführungen - ich verspreche Ihnen daß sie kurz sein werden - mit Dankesworten beginnen. Dank ergeht an alle, die durch ihre Vorarbeiten und Sachkenntnis die Erstellung dieses Voranschlages sowie dessen Vorlage an den

Gemeinderat ermöglichten. Einen Dank - wenn auch in etwas reduzierter Form - an die Mehrheitspartei und an den Finanzreferenten, die es uns ermöglichten, unsere Vorschläge und Vorstellungen zum Budget rechtzeitig vorzutragen und diese auch größtenteils hier ihren Niederschlag finden.

Nun zum Voranschlag selbst. Ich möchte ohne weitere Präambeln gleich in medias res gehen. Er scheint uns realistisch erstellt, das Bemühen um Budgetwahrheit im oH auf der Einnahmeinseite ist erkennbar. Allerdings ist nicht zu übersehen, daß dieser Voranschlag stagnierende Tendenzen aufweist. Einige Zahlen mögen diese Behauptung beweisen:

So erhöht sich das Präliminar 1976 im oH im Vergleich zum Nachtragsvoranschlag 1975 nur um 1,03 %, die gleichen Gegenüberstellungen im aoH ergeben 3,68 % Erhöhung. Das bedeutet, daß nicht einmal die für 1976 zu erwartende Inflationsrate im Voranschlag ihren Niederschlag findet. Bedenklich - und das nicht nur in Steyr - stimmen die ständig steigenden Personalkosten der öffentlichen Körperschaften. So betragen laut Sammelnachweisen die Ausgaben für Personalkosten, allgemeine Amtserfordernisse sowie die Gebäudeerhaltungs- und -benützungskosten, die für die gesamte Verwaltungsarbeit einzubezie - hen sind, rund S 128 Mill. oder genau 49,78 % der Gesamteinnahmen bzw. 53,4 % der Reineinnahmen. Die reinen Personalkosten in Relation zu den Gesamt- bzw. Reineinnahmen gestellt, erreichen 44,8 % bzw. 48 %. Dieser den ordentlichen Haushalt unter Umständen einschränkenden, ja gefährdenden Entwicklung muß Einhalt geboten werden. Nur durch sorgfältige Planung auf lange Sicht und durch zielgerichtete Einsparungsmaßnahmen können diese Tendenzen aufgefangen werden. Die Fraktion der ÖVP - ich freue mich konform zu gehen mit den Ausführungen des Herrn Vorredners - vertritt daher mit allem Nachdruck die Auffassung, daß im nächsten Jahr keine Erhöhung des Personalstandes eintreten sollte. Ausnahmen davon dürften nur bei unbedingt notwendigen Ersatzaufnahmen sowie bei den Sozialdiensten und auf dem Schul- und Kindergartensektor nach erfolgter Prüfung des Sachverhaltes getätigt werden.

Der Appell, Einsparungen vorzunehmen, wo es nur irgendwie möglich ist, veranlaßt meine Fraktion auch heute zu einer Stellungnahme bezüglich der immer wieder auftauchenden und im Raum geisternden Frage einer Pensionsleistung an die Stadtsenatsmitglieder, noch dazu mit rückwirkendem Effekt! Die ÖVP Steyr ist derzeit auf Grund prinzipieller und finanzieller Überlegungen nicht bereit, Vorgespräche und Vorverhandlungen diesbezüglich zu führen und erklärt bereits jetzt, einem eventuellen Antrag zur aufgezeigten Problematik die Zustimmung zu versagen. Ausgenommen davon ist die statutarische Regelung für den Bürgermeister.

Ein Beispiel am Rande, wie man Einsparungen, wenn auch in kleinem Umfang, vornehmen könnte, möchte ich hier kurz erläutern. Unsere Anfrage sowie deren Beantwortung durch den Herrn Bürgermeister betreffend die Altreifenaktion ist ja noch in Erinnerung. Da durch ein Versäumnis die Bevölkerung Steyrs durch das Amtsblatt infolge Redaktionsschlusses nicht mehr in der besagten Angelegenheit informiert werden konnte, mußte ein eigenes Verständigungsblatt gedruckt und an 17.000 Haushalte, wenn auch verspätet, postalisch versandt werden. Das verspätet bezieht sich vorwiegend auf die Ankunft dieser Druckschrift in den Haushalten. Die dafür auflaufenden Kosten von S 10.000,- hätte man unserer Bevölkerung ersparen können, wenn der entsprechende Schriftverkehr evident gehalten und die vorzunehmen-

den Arbeiten termingerecht erledigt worden wären.

Nun, sehr geehrte Damen und Herren, einige Auszüge aus der gesamten Budgetkonstruktion. Nachdem unser Finanzreferent Sie mit entsprechendem Zahlenmaterial mit den Motivationen dafür versorgt hat, wäre es unfair, nochmals entsprechende Angaben, zahlenmäßig untermauert, wiederholen zu dürfen. Ich darf mir nur ein paar Sektoren zu einer allgemeinen Betrachtung herausgreifen. Anfangs wende ich mich dem Schulsektor zu.

Ich stehe nicht an hier zu erklären, daß viel auf diesem Sektor geschehen ist und daß alle Anstrengungen und alle Ausgaben diesbezüglich von uns begrüßt werden, möchte nicht eine Wiedersummation vornehmen da ich weiß und sicher annehme, daß der zuständige Referent Kollege Schwarz dazu seine Darstellungen geben wird. Auch zahlenmäßig untermauert. Eines darf ich hier nochmals mit Freude feststellen und möchte fast sagen mit Genugtuung, daß durch die Verbundlichung der HAK, die wir lange Zeit gefordert haben, endlich einmal diese Ausgabenpost aus unserem Stadtsäckel, wenn auch zuerst vorbelastend durch die entsprechende Darlehensgewährung, verschwinden wird. Ich darf aber nicht an dem gesamten Schulbereich vorbeigehen, ohne wiederum meine diesbezüglichen Ausführungen in der GR-Sitzung vom 12. 12. 1974, also zu dem zur Beschlußfassung des hier bald ablaufenden Budgets nochmals aufrecht zu erhalten, und zwar betrifft das und ich glaube alle, die Sie damit zu tun haben und damit befaßt sind, den Sektor des Neubaues der Volks- und Hauptschule Gleink. Ich wiederhole meine Ausführungen nicht, sie sind uns ja alle miteinander auf Grund gewisser Gegebenheiten immer wieder in Erinnerung gebracht worden. Ich stelle hier aber das dringende Ersuchen anheim, gerade diesem Schulbau nach Abwicklung des Zubaues Promenadeschule ein erhöhtes Augenmerk schenken zu wollen. Vielleicht auch nur im Zusammenhang und hier gebe ich nicht wieder etwas an Sie weiter, was ich in einer diesbezüglichen Beschlußfassung im Stadtsenat sagte. Es ist Jahr für Jahr eine Forderung von uns, das Präliminar, das vorgesehene Präliminar für die Lehrmittel an unseren Pflichtschulen auszuschöpfen und ich komme wiederum darauf zurück, wie die Rechnungsabschlüsse uns beweisen, ist das bisher nicht der Fall gewesen. Ich bitte also jene Verantwortlichen, auch diesem Voranschlagsposten im Bezug auf restlose Ausschöpfung unter Einbeziehung der entsprechenden Forderungen beziehungsweise Anträge und Wünsche der Schulen erhöhtes Augenmerk zu schenken.

Denken Sie bitte daran, daß das Präliminar S 600.000,- für Lehrmittel auf 24 Pflichtschulen bezogen, im Jahr S 25.000,- im Schnitt beträgt und daß diese Ansatzpost seit Jahren gleich geblieben ist. Ich glaube auf Grund der gesamten Preissituation ist es sicherlich vertretbar, im Jahre 1977 und ich bin bewußt etwas vorausschauend, diese Ansatzpost einer Erhöhung in entsprechendem Ausmaß unterziehen zu wollen. Ein weiteres Kapitel kurz gestreift ist das des Sektors Verkehr. Wir wissen und das ist aus den Voranschlägen, aus den Rechnungsabschlüssen jeweils ersichtlich, daß große finanzielle Aufwendungen für die Lösung des Verkehrsproblems gemacht wurden und daß man auch versucht und bestrebt war, optimale und preislich vertretbare Lösungen zu schaffen. Wenn man nun der Verkehrslösung in unserer Stadt weiterhin das Wort redet, muß ich eines feststellen. Im Voranschlag des kommenden Jahres ist ein Betrag von S 1 Mill. für den Ausbau bzw. für die Neugestaltung der Brücken Zwischenbrücken vorgesehen. Es ist begrüßenswert, daß diesbezüglich ein

Anfang gemacht wurde. Wir wissen, daß selbstverständlich in einem Jahr nicht horrende Summen verbaut und gleichzeitig das Bauproblem aus der Welt geschafft wird. Aber es gehört dazu und den Berichten nach wird er erstellt, ein zukunftsgerechter Plan für diese Brückenneubauten. Im Zusammenhang damit steht der Ausbau des Flösser-Hafens zu einem Parkplatzersatz für den Stadtplatz, so man weiterhin bestrebt ist, diesen weitestgehend autofrei zu gestalten. Unbedingt notwendig aber im Bezug auf die Verkehrssicherheit der Bürger unserer Stadt erscheint uns die eheste Verampelung unfallträchtiger Kreuzungen. Ich erwähne nur Schwimmschulstraße - Wehrgrabengasse, Wiesenberg, Sierninger Straße, Seifentruheneinmündung. Dringendste und nachhaltige Urgenzen seitens der Stadt bei den zuständigen Ministerien sind nötig, um eine eheste Verampelung des Ennser Knotens, die ja bereits geplant ist, jetzt aber wieder auf die lange Bank geschoben wurde, in die Wege zu leiten. Die Verkehrssituation, das wissen wir alle, die wir dort als Verkehrsteilnehmer tätig sind, ist derzeit zu Stoßzeiten unerträglich geworden. Damit im Zusammenhang wäre sicherlich auch mit zu lösen die bessere Regelung der derzeitigen Ausfahrt vom Pluskaufhaus. Ich weiß, daß dies nicht einzig und allein in die Agenden des Gemeinderates der Stadt Steyr fällt, sondern daß entsprechende Gremialorgane diesbezüglich Beschluß fassend und entscheidend mitzuwirken haben. Die derzeitigen Nachteile dieser Ausfahrt sind uns alle miteinander sattsam bekannt. Ich brauche sie nicht extra zu wiederholen und die berechtigten Forderungen der Anrainer und der dort direkt Betroffenen sind uns alle miteinander geläufig. Vielleicht trägt auf diesem Gebiet, allerdings nur zur steigenden Sicherheit des Fußgängerverkehrs, wie wir heute hörten, der in absehbarster Zeit zu eröffnende Übergang in der Blümelhuberstraße bei. Ich möchte dazu meine weiteren Stellungnahmen Ihnen nicht unterbreiten, Sie kennen Sie alle.

Wenn wir von Verkehrssicherheit reden, darf man desgleichen aber auch nicht vergessen, daß auch andere Möglichkeiten bestehen, unsere Umwelt etwas schöner zu gestalten. Ich denke daran, sei es auf unsere Kinder, daß man lange Zeit den Ausbau des Spielplatzes im Stadtbad in den Voranschlägen beinhaltete, daß sie derzeit aber nicht beinhaltet sind. Vielleicht kann ich da noch Aufklärung bekommen, warum man diese Ansatzpost, das letzte Mal S 600.000,-, reduziert hat auf S 10.000,- und derzeit nicht existent gestrichen hat. Eine Bitte auch noch und diese ergeht an unseren Verkehrsreferenten. Ich wiederhole mich da bewußt. Die Anschaffung von Großmüll-Containern würde ja in die Wege geleitet werden, wie es mir versprochen wurde. Vielleicht bestehen Überlegungen, Planungen diesbezüglich in weitestgehendem Umfang. Vielleicht könnte man hier zur entsprechenden Umweltsaubergestaltung ein kleines Scherflein beitragen.

Nun noch ein Wort, sehr geehrte Damen und Herren, zur Vergabeordnung. Der Anlaß dafür mag vielleicht der vorhergehende Antrag, dessen Beschlußfassung, sein. Gleichzeitig aber auch noch für meine Stellungnahme dazu die Worte des Fraktionsvorsitzenden der SPÖ. Sie wissen, daß wir und da meine ich die ÖVP, einer Erstellung, Beschlußfassung und Praktizierung der Vergabeordnung immer das Wort geredet haben, daß wir in letzter Zeit, da meine ich jetzt das ablaufende Jahr, entsprechende Initiativen ergriffen haben, die ÖVP im Bezug auf Vergabeordnung also ständig am Drücker war. Ich freue mich, aus den Ausführungen des Herrn Stadtrates Kinzelhofer entnehmen zu können, daß

in dieser Angelegenheit auch die Mehrheitspartei wie bisher dies unter Beweis gestellt, gesprächsbereit sei. Ich gebe aber und gerade - ich komme nochmals darauf zurück - der vorher zur Beschlußfassung anliegende Tagesordnungspunkt gibt mir recht, die Vergabeordnung muß und wird ein brauchbares Instrument für uns alle werden, um entsprechenden Anträgen, entsprechenden Vergabeanträgen nach normierten Bestimmungen, die wir uns selbst in Anlehnung an die Ö-Normen gegeben haben, durchführen zu können. Ich bin überzeugt, daß in diesem gemeinsamen Zusammenwirken und gemeinsamen Wollen aller im Jahre 1976 auch diese Vergabeordnung in der Stadt Steyr Wirklichkeit werden wird.

Nur eine Erwiderung sei mir gestattet zu den Ausführungen des Herrn Stadtrates Kinzelhofer, wo er unter anderem - Entschuldigung es war Herr Stadtrat Fürst - die 5 %ige Ortsschutzklausel als wirtschaftsfördernd in Erwägung gezogen hat. Ich glaube, da liegt sicherlich ein Denk- und ein Trugschluß vor. Denn 5 %ige Ortsschutzklauseln sind nicht wirtschaftsfördernde Maßnahmen von Seiten der Stadt dadurch, daß man diesen Betrag zahlt, sondern im Gegenteil der Stadt Steyr unter Umständen einen entsprechenden Betrag erspart. Aber ich glaube das sei nur am Rande als gewisse Richtigstellung vermerkt.

Mein kurzer Streifzug - ich habe versprochen, daß er nicht sehr lange sein wird - durch den Voranschlag 1976, der sich größtenteils mit den Vorstellungen meiner Fraktion deckt, gipfelt in dieser Erklärung. Wir werden aus diesem Grund diesem Präliminar die Zustimmung geben, ohne dabei die positive Stellungnahme bei der Beschlußfassung einzelner Anträge, die sich mit unseren Vorstellungen nicht decken, präjudizieren zu wollen.

Dem gesamten Gemeinderat, insbesonders dem Herrn Bürgermeister, allen Beamten, Angestellten und Arbeitern des Magistrates die besten Wünsche für ein frohes Weihnachtsfest im Kreise ihrer Angehörigen sowie für ein gesundes, erfolgreiches und glückliches Jahr 1976!

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Ich danke Herrn Kollegen Fritsch für die Wünsche, die er dem Gemeinderat, den Beamten und auch mir persönlich gewidmet hat und für seine Stellungnahme, aus der ersichtlich war, daß die Fraktion der ÖVP die Zustimmung geben wird.

Als Nächster Herr Kollege Fahrnberger bitte!

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG FAHRNBERGER:
Wertes Präsidium, werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Vor einem Jahr haben wir Freiheitlichen dem Budget 1975 zugestimmt und gleichzeitig Kritik dazu geäußert. Kritik, die sich auf Details bezog, aber besonders auf Grundsätzliches abzielte. Wir haben bildlich das Budget, den Haushaltsvoranschlag mit einem monetären Fahrplan der Gemeinde verglichen und der Hoffnung Ausdruck verliehen, es mögen 1975 weniger Bürger der Stadt Steyr umsonst an Stationen auf Erfüllung des Budgetfahrplanes warten, als dies 1974 der Fall war.

Was ist aber eingetreten? Das Gegenteil! 1975 wurden mehr Positionen des außerordentlichen Haushaltes nicht erledigt als 1974. Das Wort "Budgetwahrheit" dafür zu verwenden, ist fast schon eine Wortverdrehung. "Budgetunwahrheit" müßte es fast heißen. Es braucht uns aber bei dem System der Kameralistik, einem System, das kein längerfristiges Planen erzwingt, gar nicht wundern, daß bei der "Hand in den Mund-Politik" so viele Fehlansätze getätigt werden. Ein einziges Mal wurden wir vom Land aufgefordert, an-

satzweise längerfristig zu planen. Was ist dabei herausgekommen bzw. wie weit stimmen die nachfolgenden Haushaltsvoranschläge damit überein? Die Antwort darauf kann sich jeder selbst leicht geben. Der Grad der ansatzmäßigen und ziffernmäßigen Verwirklichung ist so gering, daß der damals einstimmig gefaßte Beschluß bereits zur Farce geworden ist und eigentlich schon lange aufgehoben gehörte. Außerdem werden wir uns überlegen müssen, noch einmal einem so kurzfristig erstellten Werk die Zustimmung zu geben. Mein Fraktionskollege Fuchs wird sich noch etwas näher damit befassen.

Aber warum ist dieser mittelfristige Budgetansatz eigenstlich so schwer einzuhalten? Ich glaube, das liegt daran, daß einfach Vorhaben, die wir bereits als irgendwie notwendig erkannt haben, aufgezählt wurden und ohne besonders auf Prioritäten zu achten, die mutmaßlich vorhandenen Mittel auf die einzelnen Jahre verteilt wurden. Dazu möchte ich hier, wie schon mehrere Male, noch einmal unsere Meinung festhalten. Zur erfolgreichen Führung einer Gemeinschaft, ob sie auf Gewinn abzielt oder nicht, braucht man langfristig gesetzte Ziele. Diese langfristigen Ziele müssen vom "Status quo" ausgehen, steuerbare und nicht steuerbare Tendenzen beinhalten, um so rechtzeitig planen und agieren zu können, denn reagieren kommt immer teurer als agieren. In diesem Zusammenhang möchte ich auch noch einmal auf den rechten Brückenkopf der Schönauerbrücke hinweisen. Wir sind nach wie vor der Meinung, diese Kreuzungsanlage hätte in zwei Ebenen und ohne Verampelung geführt werden müssen, noch dazu, wo sie sich geländemäßig geradezu angeboten hat. Vor kurzem führte ich ein Gespräch mit einem leitenden Beamten dieses Hauses, dessen Meinung es war, daß wir über den späten Bau der Hundsgrabenumfahrung froh sein könnten. Bereits in den Dreißiger Jahren wurde die sogenannte Hundsgrabenumfahrung konzipiert, aber nur mit 6 m Breite. Was würden wir also heute mit einer 6 m breiten Schönauerbrücke anfangen, war der Schluß aus der etwas eigenartigen Einstellung.

Ich frage Sie heute, wann wird die Kombination von den verampelten Kreuzungen Leopold - Werndl - Straße - Schönauerbrücke und der Kreuzung am rechten Brückenkopf dem noch wachsenden Verkehr nicht mehr gewachsen sein? Wir sollten alles nur Erdenkliche unternehmen, um am innerstädtischen Verkehrsring bei steigender Sicherheit der Kreuzungsbereiche den Verkehr flüssig zu halten. Dazu gehören halt einmal Fahrbahnen in zwei Ebenen sowie Fußgängerüber- und -unterführungen. Ampeln sind zwar, von Ausnahmen abgesehen, die sicherste Lösung. Wenn sie aber in zu kurzen Abständen folgen und bei kanalisierten T-Knoten verwendet werden, auch die verkehrshemmendsten. Deshalb sollte der Beschluß des Bundes, den Ennser Knoten zu verampeln, von uns noch einmal untersucht werden und eine eventuelle Abänderung erzwungen werden. Das könnte unserer Meinung nach so geschehen, daß die Ampelfunktionen durch mit Funk verbundene Verkehrspolizisten erfüllt werden. Dieser Versuch könnte am besten im Weihnachts- und Werksstoßverkehr durchgeführt werden. Untersucht sollte werden, wie leistungsfähig diese mit einem Programm gesteuerte Kreuzung ist und wie sich die Verampelung auf einen eventuellen Rückstau im Werksverkehr auswirkt. Wenn das Ergebnis negativ ist, müßte vom Bund mit allen zu Gebote stehenden Mitteln eine andere Lösung verlangt werden, z. B. als weitestgehende Lösung eine Unterführung mit einer nahegelegenen Fußgängerüber- oder -unterführung. Der Platz für ein solches Vorhaben, aber auch für einen

Kreisverkehr, der sicher besser funktionieren würde als der jetzige T-Knoten, wäre vorhanden. Der wirtschaftliche und gesundheitliche Schaden, der bisher bei Verkehrsunfällen entstanden ist, würde sicherlich bereits als makabre Bedeckung für dieses Vorhaben ausreichen.

Und weil ich gerade beim Verkehrsgeschehen innerhalb der Stadt bin, möchte ich auch auf den Automobilverkehr außerhalb der Stadtgrenzen etwas näher eingehen und mich, neben unseren eigenen Anschauungen, auf das Wirtschaftskonzept der Kammer der Gewerblichen Wirtschaft für Oberösterreich stützen. Aus diesem Wirtschaftskonzept geht eindeutig hervor, daß innerhalb des Ballungsraumes Linz - Wels - Steyr, in unmittelbarer Nähe um diese Städte, die höchste Verkehrsfrequenz auftritt. Und zwar bei allen drei Städten gleich mit 5.000 - 9.000 Fahrzeugen täglich. Nur eine Verbindungsstraße von Wels nach Linz liegt über 9.000 Fahrzeugen pro Tag. Bei Betrachtung der Straßenbreite z. B. bei der West- und Nordeinfahrt Steyrs mit denen der anderen Städte oder beim Vergleich der Straßenführung kann schon eindeutig die Benachteiligung unserer Stadt und des Umlandes erkannt werden. Dazu kommt noch die ungünstige geographische Lage zur Autobahn und zur Landeshauptstadt sowie die äußerst schlechte Verbindung in den Süden Österreichs. Man kann mit Fug und Recht behaupten, daß die Verkehrsverbindungen, inklusive der Bahn, die schlechtesten innerhalb Österreichs und darüber hinaus im deutschsprachigen Raum sind, die zu einer selbständigen Bezirkshauptstadt in der Größe Steyrs führen. Daß das auf die Wirtschaft einen starken Einfluß hat, liegt auf der Hand. Die Freiheitliche Fraktion stellt daher einen Zusatzantrag laut § 18 der Geschäftsordnung zum Budget und hofft, daß Sie, meine werten Damen und Herren des Gemeinderates, diesem die Zustimmung geben werden.

Der Antrag, den ich mündlich übermittle, lautet:
Der Gemeinderat wolle beschließen, daß der von der Freiheitlichen Fraktion eingebrachte Vorschlag für den Text einer Willenskundgebung des Gemeinderates der Stadt Steyr zur endgültigen Formulierung und späteren Beschlußfassung durch den Gemeinderat dem zuständigen gemeinderätlichen Ausschuß zugeleitet wird. Der Vorschlag für den Text der gemeinsamen Willenskundgebung wurde den Fraktionsführern vor der Sitzung übergeben und ich glaube, ich kann mir hier den Inhalt ersparen und ihn nicht mehr vortragen. Die Gründe für diesen Vorschlag liegen darin, daß 1. die Fertigstellung der B 42 nur schleppend vor sich geht, 2. eine Anfrage des Nationalratsabgeordneten Helmut Jossek beim Bautenminister Moser bezüglich der S 37 ergeben hat, daß ein Baubeginn bzw. die Trassenführung noch ungewiß sind. 3. Die Umfahrung Sierning bzw. die Westeinfahrt Steyrs wieder auf die lange Bank geschoben werden sollen. 4. Die Verbesserung der Straßenführung nach Sattledt, wie sie auch im Wirtschaftskonzept der Kammer gefordert wird, noch nicht einmal gedanklich fertig ist. 5. Die Voralpenautobahn Sattledt - Steyr - Amstetten über den Projektgedanken nicht hinausgeht und 6. zumindest die Punkte 2 - 5 für Steyr mit einer Städteautobahn Steyr - Linz Mitte gelöst werden könnten. Selbst der Weg nach Wels wäre über diese Städteautobahn oder Schnellstraße kürzer als zur Zeit, aber auf jeden Fall sicherer und zielführender. Wir wollen aber nicht unbedingt auf unserem Gedanken beharren, sondern ihn nur als einen unter mehreren zur Diskussion stellen. Und wir werden dann auch eine gemeinsame gefundene Meinung uns zu eigen machen und nach außen hin vertreten. Die

Wichtigkeit und Größe dieses Problems kann unter anderem aus dem Vergleich der eigenen Steuern mit den Bundesertragsanteilen und Bedarfszuweisungen abgelesen werden.

Bei den eigenen Steuern trat der letzte größere Zuwachs von 1973 auf 1974 ein, wobei sich dieser Zuwachs von rund S 11 Mill. zu 50 % auf eine höhere Lohnsummensteuer und zu 50 % auf die neu eingeführte Biersteuer verteilte. 1975 wird sogar ein Rückgang über 2 Mill. zu erwarten sein, der erst wieder 1976 mit einem Zuwachs um ca. S 5 Mill. aufgefangen werden wird.

Interessant ist auch, daß der früher größte Brocken, die Gewerbesteuer, stagniert, ja prozentuell am Gesamtsteueraufkommen stark zurückgeht, während die Lohnsummensteuer stetig und stark anwächst. Das Verhältnis Gewerbesteuer zu Lohnsummensteuer war 1972 noch 1 : 0,79. 1976 wird es laut Voranschlag bereits 1 : 1,85 lauten. Also, ein fast umgekehrtes Verhältnis. Das zeigt, daß wir Arbeitnehmer, Gott sei Dank, ganz gut verdienen in Steyr, Das zeigt aber auch, daß bei unserer Wirtschaft etwas nicht stimmt und die Stadt sehr stark von einem Betrieb abhängig ist.

Bei den Bundesertragsanteilen ist es ähnlich, 1971 waren sie noch um S 2 Mill. geringer als unsere gesamten eigenen Steuern. 1976 werden sie aber laut Voranschlag bereits um 12 % höher sein als diese. Ein weiterer Beweis, daß die Gesamtwirtschaft Österreichs stärker steigt als die unserer Stadt. Wir müssen daher versuchen, die Wirtschafts- und Infrastruktur zu verbessern. Und ein sehr wichtiger Teil der Infrastruktur sind einmal die Straßenverbindungen Steyrs und die sind schlecht in der Umgebung von und zu Steyr und das scheint in nächster Zeit so zu bleiben. Deshalb müssen wir uns wehren und am besten alle zusammen.

Und nun zu einem weiteren Problem. Die Stadt baut um viele Millionen Schilling Abwasserkanäle mit dem Ziel, die Umwelt von der ökologischen Belastung durch diese zu befreien. Und wie es scheint, sollen zuerst alle Kanäle fertiggebaut werden, ehe an den Bau der Zentralkläranlage gedacht wird. Es ist da von "In den nächsten 15 Jahren nicht" die Rede, von dem ich nur hoffe, daß das nicht wahr sein kann. Es wird da zwar die Stadt von den Abwässern befreit. Diese Abwässer werden aber dann konzentrierter als jetzt an einigen Punkten in die Enns geleitet. Kein Fluß wird das verkraften können, schon gar nicht die schon jetzt stark belastete Enns. Wir verlangen daher, daß die Kläranlage samt den nötigen Zubringerkanälen früher gebaut wird. Wir verlangen weiters, daß die Kläranlage so konzipiert wird, das sie stufenweise ausgebaut und daher auch im Teillastbereich gefahren werden kann.

Weiters verlangen wir die Rücknahme der Kanalanschlußverpflichtung von jenen Gebäuden, die über eine funktionierende Feststoffabscheidevorrichtung und eine geeignete Sickergrube verfügen. Noch dazu, wenn genügend Verwendungsmöglichkeiten für die Jauche als natürliches Düngemittel besteht.

Und zwar verlangen wir die Rücknahme bis zu dem Tage, an dem die Kläranlage funktioniert. Es wäre meiner Meinung nach geradezu verwerflich, die bestehende Möglichkeit auszulassen und die ungeklärten Abwässer in die Enns zu leiten, die ohnehin von jenen über Bedarf belastet wird, die diese Möglichkeit nicht haben.

Und nun noch zu einigen Einzelziffern im Budget. Sie wurden schon sehr stark strapaziert. Sie kennen sie alle. Unserer Meinung nach ist das Budget realtiv vorsichtig geplant und wir werden daher nur einige Punkte davon herausgreifen, wie mein Vorredner Vizebürgermeister Fritsch auf die-

se S 100.000,- "Alle Jahre wieder"-Planungskosten Volks- und Hauptschule Gleink hinweisen und sie als lächerlich hinstellen, genau so wie die Planungskosten für den Knoten in Gleink. Diese ist noch nicht einmal konzipiert, folglich hätte man die Planungskosten, die schon einige Jahre drinnen sind, auch weglassen können.

Völlig fallen gelassen wurde der Sandmairsteg bzw. die Überfuhr. Dafür wird aber einmal im Bereich Resthof eine Schule gebaut werden müssen, während die Punzerschule nicht ausgelastet ist. In einigen Jahren wird sich aber dann auch am Resthof die Bevölkerungsstruktur wieder ändern, sodaß auch dort dann weniger Kinder sein werden. Ein Ausgleich könnte da nur von Nutzen sein.

Bei den Personalkosten fällt auf, daß unsere Bezüge, die Bezüge der Gemeindemandatare, über das Maß stark steigen und wir uns hier auch etwas die Zügel anlegen könnten. Es erscheint uns eine Steigerung vom Voranschlag 1975 zum Nachtragsvoranschlag 1975 um ungefähr 12 % und weitere 18 % vom Nachtragsvoranschlag 1975 zum Voranschlag 1976, also von 1975 ausgehend bis zum Voranschlag 1976 eine Steigerung von ungefähr 33 % als nicht angebracht.

Freuen tut uns hingegen, daß die Mehrheitsfraktion dem im Vorjahr niedergestimmten Antrag auf Erhöhung der Gewerbeförderungsmittel heuer von selbst Rechnung getragen hat.

Und noch eines. Als wir in der Verkehrsausschußsitzung, in der die jetzige Verkehrsregelung beschlossen wurde, verlangt haben, daß die beiden alten Eisenbrücken ehest erneuert werden müßten, hat man nur ein mildes Lächeln dafür übrig gehabt und war dagegen. Wir freuen uns, daß die Mehrheit eingesehen hat, daß zur Verbindung der betroffenen Stadtteile diese Brücken notwendig sind.

Insgesamt zum Budget kann wieder einmal gesagt werden, daß vor allem die Einnahmen wieder einmal eher vorsichtig geschätzt wurden. Und nachdem gewohnterweise viele Vorhaben des aoH gar nicht erst begonnen werden, wird auch der budgetierte Abgang von S 23,390.700,- wahrscheinlich gar nicht erst eintreten.

Die Freiheitliche Fraktion wird auch dem vorgelegten Voranschlag 1976, wie den Voranschlägen bisher, ihre Zustimmung geben.

Zum Abschluß darf ich Ihnen allen für das relativ gute Klima danken, das trotz der oft sehr verschiedenen Anschauungen besteht und Ihnen allen sowie allen Beschäftigten in diesem Hause und der auch stets anwesenden Presse ein frohes Weihnachtsfest sowie für uns alle ein gutes und gesundes Jahr 1976 wünschen. Danke.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Ich danke auch Kollegen Fahrnberger für seine Erklärungen, die auch pro zum Budget Stellung nehmen und bitte als Nächsten Gemeinderat Treml zu Wort.

GEMEINDERAT OTTO TREML:
Werter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Die Lage und das Budget unserer Stadt kann nicht isoliert von der wirtschaftlichen und politischen Situation betrachtet werden, wie es eingangs unser Finanzreferent Kollege Fürst tat. Ein Kennzeichen der allgemeinen Situation in den kapitalistischen Ländern ist die Tatsache, daß weder konservative noch sozialdemokratische Regierungen imstande sind, die Inflation zu verhindern, ein Wirtschaftswachstum und die Vollbeschäftigung zu sichern. Der Einfluß der Krise des kapitalistischen Systems wird in unserem Land und auch in unserer Stadt nur dadurch gemildert, daß wir nach den sozialistischen Staaten eine bedeutende Steige-

rung unseres Exports verzeichnen können.

Das große Geschäft, besser gesagt der Kooperationsvertrag mit Polen, mit einem Volumen von rund 5 Milliarden Schilling und einem Abwicklungszeitraum von ca. 15 Jahren ist daher ein äußerst wichtiger Beitrag zur Sicherung der Arbeitsplätze und sichert auch gleichzeitig die steuerlichen Einnahmen für die Stadt. Wie Sie wissen, wurde gerade in diesem Saal im Monat September in Anwesenheit des österr. Bundeskanzlers und des Ministerpräsidenten der Volksrepublik Polen dieser Kooperationsvertrag dementsprechend gewürdigt. Ohne diesen Großauftrag hätte es in den Steyr-Werken, dem entscheidenden Betrieb unserer Stadt, mit über 10.000 Beschäftigten, Massenkündigungen gegeben, das möchte ich heute ganz offen aussprechen.

Aber auch der zweitgrößte Betrieb unserer Stadt, die GFM, mit rund 900 Beschäftigten, ist durch einen Auftrag der SU in der Höhe von 1,2 Milliarden bis zum Jahre 1978 abgesichert. Wenn diese beiden Großaufträge weitgehend die Arbeitsplätze in Steyr sichern und dadurch den weiteren Ausbau unserer Stadt ermöglichen, so nicht deswegen, weil sich hier etwa die Politik der SPÖ-Regierung durchgesetzt hätte. Im Gegenteil, durchgesetzt hat sich mit diesen bedeutsamen Verträgen für unsere Stadt die Politik der Kommunisten, die seit vielen Jahren immer wieder erklärten, daß der Handel mit den krisenfesten sozialistischen Staaten für uns lebensnotwendig ist und noch bei weitem nicht alle Möglichkeiten ausgeschöpft wurden. Erst gestern präsentierte Handelsminister Staribacher die Außenhandelsbilanz der ersten 10 Monate 1975, die beweist, daß der Osthandel der Rettungsanker der heimischen Wirtschaft und auch im Bezug der Arbeitsplatzsicherung in Österreich ist. Der Export in die EWG-Länder ging um 4,5 % zurück. Die Ausfuhr in die EFTA reduzierte sich um 16,6 %. Hingegen wurde in die sozialistischen Länder um 11,5 % mehr exportiert. Nichtsdestoweniger möchte ich aber feststellen, daß aber im allgemeinen auch bei uns das Wirtschaftswachstum zurückgeht. Und diese Situation widerspiegelt sich vor allem in der finanziellen Lage der Gemeinden. Für alle Gemeinden gilt, daß der derzeit in Kraft stehende Finanzausgleich, der seit 1. Jänner 1973 wirksam ist, die Gemeinden gegenüber dem Bund und den Ländern wesentlich benachteiligt. Wie Sie alle wissen, erhalten die Gemeinden nur etwa über 17 % der Anteile am Ertrag der gemeinsamen Bundesabgaben, während die öffentlichen Investitionen zu 58 % von den Gemeinden getragen werden. Das heißt, daß die Investitionstätigkeit der Gemeinden in erster Linie durch eine Verbesserung des Finanzausgleiches zugunsten der Gemeinden erhöht werden kann.

Daher ist meine Partei der Auffassung, daß man nicht bis zum Ablauf des Gesetzes 1978 warten soll, sondern sofort mit der Ausarbeitung eines neuen FAG beginnt, das zugunsten der Gemeinden abgeändert wird und für dessen Durchsetzung auch entschieden eintritt. Nur davon reden und auf das kommende FAG zu vertrösten, das wird der Gemeinde teuer zu stehen kommen. Daß eine andere Politik als die der Schonung der Reichen und der Benachteiligung der Gemeinden durch den Finanzminister notwendig ist, beweist handgreiflich die Steuerstatistik vom August dieses Jahres, wo die Einnahmen aus der Lohnsteuer 16,4 Milliarden Schilling ausmachen, die damit höher sind als die der Einkommensteuer, Körperschaftssteuer und Vermögenssteuer zusammengenommen. Wie das Steuerunrecht im Bezug auf die Besitzenden aussieht, zeigt deutlich das Beispiel der Einkommensteuer, die gegenüber 1974 um fast eine

Milliarde zurückgegangen ist, obwohl die Steuervorschreibung vorwiegend die Hochkonjunkturjahre 1973/74 betraf. Die Besitzenden zahlten in den letzten 9 Monaten um 14 Milliarden Schilling weniger an Steuern und das ist der wahre Grund des Schuldenmachens durch Finanzminister Androsch und nicht der zur Sicherung der Arbeitsplätze. Dazu kommt, daß sich die Steuerschulden auf über 8 Milliarden Schilling erhöhen. Die Arbeiter und Angestellten müssen diese Schulden mit Zinsen und Zinseszinsen zurückerstatten, nur dadurch weil der Herr Finanzminister die Großunternehmer nur sanft besteuert, die Steuerhinterziehung nicht verhindert und auch nicht bereit ist, mit Nachdruck die Steuerschulden der Reichen einzutreiben. Deshalb fehlen ausreichende Budgetmittel zur Erfüllung der ständig wachsenden Aufgaben auf dem Sektor der sozialen Infrastruktur, wie zum Beispiel für den sozialen Wohnungsbau.

Neben der schweren Belastung durch bundesweite Steuer-, Gebühren- und Tariferhöhungen kommen die werktätigen Bewohner und Pensionisten unserer Stadt ein zweites Mal zum Handkuß. Entweder werden ihnen die nötigen infrastrukturellen Einrichtungen vorenthalten oder sie werden abermals zur Kasse gebeten, als Steuerzahler und als Benützer kommunaler Dienstleistungen, für die kostendekkende Tarife eingehoben werden. Der zur Beschlußfassung vorliegende ordentliche Haushalt ist mit S 257 Mill. ausgeglichen, wovon S 5 Mill. für den außerordentlichen Haushalt vorgesehen sind. Und dadurch ist der außerordentliche Haushalt, der mit S 102 Mill. budgetiert ist, lediglich mit diesen S 5 Mill. gedeckt, während der Großteil auf dem teuren Kreditweg beschafft werden muß, wodurch der Schuldendienst in die bedenkliche Höhe von S 15 Mill. steigt. Der vorliegende Voranschlag 1976 ist ein Beweis für meine eingangs gemachten grundsätzlichen Bemerkungen.

Die besorgniserregende Finanzlage bringt mit sich, daß Investitionsvorhaben, laut mittelfristigem Investitionskonzept nicht realisiert bzw. eingeschränkt werden, die Pflichtausgaben und die Vorhaben, wie die Errichtung der Handelsakademie, der Handelsschule und der Bildungsanstalt für Kindergärtnerinnen sowie der Anbau zur Promenadeschule mit einer Baurate von S 32,4 Mill., der Straßenbau mit rund S 30 Mill. und der Kanalbau mit S 12 Mill., nur mit Hilfe des Schuldenmachens bewältigt werden können. Gleichzeitig wird von der Mehrheit weitgehend mit Erfolg versucht, die Folgen der Inflation und der Wirtschaftskrise zu bewältigen, vor allem durch die Erhöhung von Gebühren und Tarifen bzw. Einschränkungen freiwilliger Leistungen. Z. B. werden die Darlehen für den Wohnungsbau von S 20 Mill. heuer wieder um die Hälfte auf S 10 Mill. reduziert. Oder durch die Progression des Kindergartentarifes werden die Eltern pro Kind und Jahr durchschnittlich um ca. S 800 für die Beaufsichtigung mehr bezahlen. Dazu kommen die erhöhten Ausspeisungsbeträge, wie Sie selbst wissen.

Auch bei der Getränkesteuer erwartet man sich Mehreinnahmen. Vor allem erfolgt diese Mehrbelastung der Bevölkerung durch die Einbeziehung des Volksgetränkes Bier in die Getränkesteuer. Das sage ich ausdrücklich noch einmal für Kollegen Sablik. Weiters wurde ja in der letzten Marathon GR-Sitzung eine Preislawine losgelassen, wie sie Steyr bisher noch nicht gekannt hat. Und diese Gebühren- und Tariferhöhungen zwischen 40 und 60 % beim Hallenbad, im Freibad, der Sauna und Kunsteisbahn sowie der Kanalbenützungsgebühr um 50 % bringen auch einige Millionen Mehreinnahmen. Von Jahr zu Jahr zeigt sich auch in

Steyr unter einer SP-Mehrheit immer mehr, daß das Budget auf vielen Gebieten vom unsozialen Prinzip der Kostendeckung beherrscht wird. Viele Jahre hindurch verlangten nur die ÖVP und FPÖ die Verwirklichung des Prinzips der Kostendeckung wonach jeder, der etwas von der Gemeinde braucht - vom Platz im Kindergarten angefangen über die Wohnung bis zum Grab auf dem Friedhof - neben den Gemeindesteuern auch noch die vollen Kosten bezahlen soll. Dem gegenüber, meine werten Kollegen der sozialistischen Fraktion, steht in Eurem Kommunalprogramm noch die Forderung nach einer "gerechten und sozialen Verteilung der Lasten" und der richtige Standpunkt, "die wirtschaftlich Stärkeren haben einen größeren Anteil an den kommunalen Ausgaben zu übernehmen."

Heute muß ich leider feststellen, ist dieser wichtige Grundsatz durch den Geist der sogenannten partnerschaftlichen Zusammenarbeit verdrängt worden. Ich bin auch der Meinung, daß das Prinzip der Kostendeckung nicht die Finanzprobleme unserer Stadt löst, daher treten wir Kommunisten gegen dieses unsoziale Prinzip bei jeder uns bietenden Gelegenheit entschieden auf. Jahrzehntelang haben die sozialistischen Mandatare mit uns die Auffassung geteilt, daß die Ausübung eines Mandates ein Ehrenamt sei und Funktionsgebühren nur in der Höhe des Ersatzes für einen Verdienstentgang und eventuell auffallender Spesen gerechtfertigt sind. Heute sind es nur die Kommunisten, die gegen die überhöhten Politikerprivilegien und damit gegen die zunehmenden Erscheinungen der Jagd nach Posten und Pfründen auftreten.

Im Hinblick auf den Finanznotstand, in dem sich unsere Stadtverwaltung befindet, fordere ich alle Gemeindemandatare zum Verzicht der Bezugserhöhung im kommenden Jahr auf. Dadurch könnten S 1,250.000,- eingespart und z. B. für den Ausbau bzw. für die Erweiterung der Kunsteisbahn verwendet werden.

Auch die präliminierten S 400.000 für den Schutzraumbau im Resthof könnten gestrichen werden und für diesen sportlich nützlicheren Zweck Verwendung finden. Am Schluß des "Jahres der Frau" würden es sicher tausende Frauen begrüßen, wenn nicht nur die Fristenlösung verteidigt wird, sondern auch in allen öffentlich subventionierten Spitälern, so auch im Steyrer Krankenhaus, dem Gesetz entsprochen würde. Es ist ein unhaltbarer Zustand, daß Frauen von Ärzten abgewiesen werden und damit keine ordnungsgemäße, dem Gesetz entsprechende Behandlung erfahren. Wenn die Stadt laut Budget S 7,4 Mill. für das Krankenhaus leisten muß, so hat die Gemeindevertretung allein schon ein moralisches Recht zu verlangen, daß das Gesetz in einem öffentlichen Krankenhaus durchgesetzt wird.

Auch unsere alten Mitbürger haben das Recht, daß sie im Steyrer Krankenhaus behandelt werden und nicht in das Krankenhaus Sierning abgeschoben werden.

Bezüglich der Kindergärten und Horte erlaube ich mir auch heuer wieder auf unsere Stellungnahme und Forderung hinzuweisen, nach einer Novellierung des oö. Kindergarten- und Hortgesetzes in Richtung einer 100 %igen Vergütung für das gesamte Kindergartenpersonal, worauf unser Finanzreferent einleitend schon hingewiesen hat. Jedem von uns ist bekannt, daß die Stadt allein für den Personalaufwand fast S 10 Mill. ausgeben muß und die Vergütung vom Land nur S 2,6 Mill. beträgt. Es liegt auch in dieser Frage nicht nur an Appellen sondern an der Initiative und Durchschlagskraft der SPÖ-Mehrheit, eine fortschrittliche Politik nicht nur gelegentlich zu beteuern, sondern sie auch

durchzusetzen.

Zum Abschluß eines der wichtigsten Probleme, die Lösung der Wohnungsfrage in unserer Stadt. Es scheint so, als wäre auf dem Wohnungssektor schon alles in bester Ordnung und es gäbe für viele hunderte Steyrer Familien keine Wohnungsprobleme mehr, denn wie schon angeführt, scheinen im aoH seit vielen Jahren immer nur S 10 Mill., mit Ausnahme 1975, für die Wohnbauförderung auf. Obwohl jeder Mandatar wissen muß daß die Wohnbaukosten gigantisch von Jahr zu Jahr steigen. So haben wir in den Jahren 1965 - 1968 über S 53 Mill. Gemeindemittel der Gemeinn. Wohnungsgesellschaft der Stadt Steyr als Wohnbaudarlehen zur Verfügung gestellt. In den Jahren 1973 - 1975 waren es insgesamt nur mehr S 28 Mill. Wenn eine solche Stagnation bzw. Rückgang bei den Politikerbezügen eintreten würde, so müßte man es begrüßen, aber leider trifft dies bei dieser Budgetpost ganz und gar nicht zu. Sie stiegen bekanntlich von 1,7 Mill. im Jahre 1972 auf über S 6 Mill. im Jahre 1976. Also man kann hier eine Verdreifachung feststellen. Als nach dem Krieg die Wohnungsnot überaus drückend war, hat man neben der Reaktivierung des Bundes-, Wohn- und Siedlungsfonds auch den Wohnhauswiederaufbaufonds geschaffen und dabei unter fast völliger Ausschaltung des Privatkapitals Milliardenbeträge für den Wohnbau zur Verfügung gestellt. Das Wesentliche war, daß die Darlehen mit ein bis zwei Prozent verzinst wurden und eine sehr lange Laufzeit, meist bis zu 90 Jahren, hatten. Tatsächlich konnten dadurch auch in unserer Stadt viele Hunderte zu einer irgendwie erschwinglichen Wohnung kommen. Heute kann das Wohnungsproblem trotz Subjektförderung und anderer Maßnahmen nicht annähernd gelöst werden. Mieten von S 30 pro m2 Wohnraum und ein Baukostenzuschuß bis zu einer Höhe von S 60.000,- werden als normal bezeichnet. Der SP-Wohnungsreferent der OÖ. Landesregierung Landesrat Neuhauser wies kürzlich anläßlich einer Wohnungsübergabe in Reichraming darauf hin, daß man beim Wohnbau künftig mehr Rücksicht auf die Geldbörsen der Bevölkerung nehmen soll. Er appellierte auch bei der Generalversammlung der Lawog, tatkräftig und wirksam mitzuhelfen, um auch sozial schwächeren Menschen die Möglichkeit zu bieten, eine familiengerechte Wohnung zu erhalten, die sie sich auch leisten können. Aber mit Feststellungen allein, wie die vergangenen Jahre beweisen und das können auch die Wohnungsausschußmitglieder des Gemeinderates bestätigen, tragen nicht zu einer echten Lösung des Wohnungsproblems in unserer Stadt bei. Wir Kommunisten treten für den echten sozialen Wohnungsbau ein, darunter verstehen wir, daß die Baukosten als "verlorenes Kapital" zu betrachten und nicht auf die Mieter zu überwälzen sind.

Ich bin auch der Meinung, daß nur langfristige Kredite, die weitgehend die Baukosten decken, die Wohnbaukosten und damit auch die Mieten senken können. Das heißt, daß die Objektförderung gegenüber der Subjektförderung Vorrang haben muß, wie auch die junge Generation der SPÖ bei ihrer Länderkonferenz im Juni 1975 einmütig beschlossen hat.

Die junge SPÖ fordert auch die Aufstockung der Wohnbauförderungsmittel unter anderem durch Erhöhung des Beitrages der Unternehmer, durch progressive Besteuerung von Zweitwohnungen und leerstehenden Wohnungen sowie die Schaffung eines Reparaturausgleichsfonds aus den Mitteln der Zinsreserve. Diese Forderungen kann man nur unterstützen, sie entsprechen genau jenen Auffassungen, die ich bereits im Vorjahr hier im Gemeinderat anläßlich der Budgetdebatte vertreten habe. Wir Kommunisten sind der An-

sicht, daß auch in der derzeitigen herrschenden kapitalistischen Gesellschaftsordnung für die Stadt und die arbeitende Bevölkerung Verbesserungen möglich sind, aber nur dann, wenn der Einfluß der Besitzenden und der Großunternehmer zurückgedrängt wird. Ich meine auch, daß die triste Finanzlage unserer Stadt geändert werden könnte, wenn der Finanzausgleich vorfristig beendet würde und durch ein neues Finanzausgleichsgesetz der Aufteilungsschlüssel zugunsten der Gemeinden abgeändert wird. Schließlich müssen den Gemeinden über die verstaatlichten Banken, die derzeit im Geld schwimmen, niedrig verzinste Kredite zur Verfügung gestellt werden. Nur auf dieser Basis sehen wir Kommunisten die Möglichkeit, die großen Aufgaben und die noch fehlenden sozialen, kommunalen Einrichtungen in unserer Stadt, zum Wohle der Bevölkerung ehestens zu erfüllen.

Als Vertreter der Steyrer Kommunisten werde ich, so wie bisher, auch im kommenden Jahr entschieden gegen die Politik der Kostendeckung bei kommunalen Gebühren und Tarifen auftreten. Ich bin überzeugt, daß im Voranschlag 1976 soviel finanzieller Spielraum vorhanden ist, um bestimmte Alternativvorschläge von uns Kommunisten und kleinere Wünsche der Bevölkerung erfüllen zu können. In diesem Sinne werde ich dem Voranschlag für das Jahr 1976, allerdings einbezogen meiner kritischen Feststellungen dazu und der Ablehnung der neuerlichen Erhöhung der Politikerbezüge auf S 5,1 Mill. die Zustimmung geben.

Im Auftrage meiner Partei und natürlich auch persönlich, möchte ich Ihnen, werter Herr Bürgermeister, allen Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, den Beamten und Bediensteten dieses Hauses sowie ihren Familien frohe Festtage und vor allem ein friedliches Jahr 1976 wünschen.

Ich danke schön.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Wir nehmen auch diese Wünsche wieder gerne entgegen und ich werde sie weiterleiten. Wir sind nun in der Rednerliste der einzelnen Fraktionssprecher am Ende. Ich darf eine Reihung der nächsten Vorgemerkten bekanntgeben. Als Nächste wird Frau Stadtrat Kaltenbrunner zu Wort gebeten, dann Stadtrat Wippersberger und als Nächste Frau Gemeinderat Bundesrat Liebl.

STADTRAT ANNA KALTENBRUNNER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Für alle Referenten spiegelt das Budget das Spannungsfeld zwischen Einzelinteressen und Gesamtwohl wider. Es gilt nun heute wieder, einen politischen Konsens über die vielfältigen sozial- und wohlfahrtspolitischen Anforderungen, wie über die finanz- und wirtschaftspolitischen Möglichkeiten und Notwendigkeiten zu suchen. Unserer Gemeinde sind heute sehr große Aufgaben gestellt. Sie hat für den Bau und die Erhaltung von Kindergärten, von Schulen, von Straßen und Brücken zu sorgen. Sie muß mitunter Grundeinlösungen für öffentliche Vorhaben durchführen und sozial Bedürftige unterstützen. Sie baut moderne Kanäle und Wasserversorgungsanlagen und muß für die Reinhaltung der Straßen und die Beseitigung des Mülls aufkommen. Es gibt zahllose Beispiele für die Verpflichtung unserer Gemeinde.

Die Gebühren- und Tariferhöhungen werden im kommenden Jahr unvermeidlich sein, da ja auch immer größere Anforderungen an die Gemeinde gestellt werden. Die Gemeindebürger erwarten von ihrer Gemeinde immer mehr und immer bessere Leistungen. Meistens besteht jedoch nicht die Bereitschaft und auch nicht die Mög-

lichkeit, den Aufwand für diese Leistungen durch kostendeckende Gebühren abzugelten. Seitens der Bevölkerung wird von der Gemeinde im allgemeinen eine sparsame Finanzgebarung erwartet. Aber nach wie vor werden mit großer Selbstverständlichkeit immer neue und größere Ansprüche an die Gemeinschaft gestellt, ohne sich über die Finanzierung Gedanken zu machen. Unsere Gemeinde erbringt auf dem Gebiet der Betreuung unserer alten und kranken Menschen auf Grund freier Initiative sehr große Leistungen, um die uns manche Gemeinde beneidet. Beschlüsse zur Schaffung und Regelung der sozialen Dienste, über die wir uns im Wohlfahrtsausschuß schon lange Gedanken machten, wurden heuer herbeigeführt. Besonders gilt heute der Dank unserem Herrn Bürgermeister, der mit allem Nachdruck die Vorantreibung der sozialen Dienste forderte. In der Sozialfürsorge war es ein gemeinsames Aufbauwerk, welches den Steyrer Gemeinderat in die Lage versetzt, heute durchaus positiv Rückblick zu halten. Ich sage bewußt gemeinsam, weil in den Forderungen zwischen der sozialistischen Mehrheit und den übrigen, im Saal vertretenen Parteien, in diesem Sinn stets eine gemeinsame Auffassung gefunden werden konnte.

Die Bemühungen der Gemeinde in der Betreuung unserer Mitbürger werden aber nur dann erfolgreich und zufriedenstellend sein, wenn wir die Wünsche und Beschwerden unserer Mitmenschen so genau als möglich erkennen. Das primäre Ziel aller Betreuungsmaßnahmen muß es sein, vor allem unseren alten Menschen zu befähigen, so lange als möglich selbständig und unabhängig zu leben und daß sie womöglich in ihrer eigenen Wohnung bleiben können. Unsere Einrichtungen und sozialen Dienste, wie Hauskrankenpflege, Familienhilfe und neuerdings nun unsere Aktion "Essen auf Rädern" sollen auf Sicht gesehen auch an Sonn- und Feiertagen unseren Mitbürgern angeboten werden, da es sicherlich für manchen eine Härte bedeutet, gerade übers Wochenende unversorgt zu bleiben.

Wir sozialistischen Frauen im Gemeinderat waren schon im Jahre 1973 mit dem Thema "Essen auf Rädern" befaßt, weil uns schon damals bewußt war, daß wir mit dieser Einrichtung den kranken und betagten Menschen die Führung ihres eigenen Haushaltes erleichtern können.

Am 1. Juni dieses Jahres wurde der rollende Zustelldienst warmer Mahlzeiten den in Frage kommenden Personen bereits das erste Mal angeboten. Damit ging auch eine alte Forderung des Pensionistenverbandes in Erfüllung. Herr Bürgermeister Weiss richtete einen Appell an die Service-Clubs unserer Stadt, welche zu unserer Freude spontan reagierten und das erste Transportfahrzeug für die Aktion "Essen auf Rädern" unserer Stadt spendeten. Durch Verhandlungen und schließlich Entgegenkommen der Steyr-Werke wird das Essen in der Werksküche gekocht, da unsere Großküche im Zentralaltersheim schon ausgelastet ist. Der Zustelldienst der Mahlzeiten erfolgt in dankenswerter Weise durch das Rote Kreuz. Im Voranschlag 1976 ist für diese Aktion bereits ein Zuschußbedarf von S 432.000,- vorgesehen. Seit Aktionsbeginn mit 1. 6. 1975 bis heute - mit Dezember eingerechnet - wurden bereits 6.900 Portionen geliefert. Der Essenzustelldienst hat sich in diesem Personenkreis, der in den Genuß dieser Aktion kommen kann schon so bewährt, daß er sicherlich in Kürze wesentlich ausgedehnt werden muß, und das zweite Auto, welches unsere Stadt für soziale Dienste vom Forum-Kaufhaus anläßlich ihrer Eröffnung gespendet bekam, wird ehestens seinen Dienst antreten müssen. Wie

unser Fraktionsvorsitzender, Herr Stadtrat Kinzelhofer heute schon berichtete, kann durch die Spende der Sozialistischen Stadtratsfraktion für diese Aktion das Einweggeschirr für ein Jahr gekauft werden. Unsere Stadtverwaltung hat sich schon vor Jahren die Erkenntnis zu eigen gemacht, daß es nicht genüge, unsere älteren Mitbürger nur materiell zu unterstützen, sondern daß daneben auch eine menschlech - seelische Betreuung nötig ist, die nun vor allem auch in unseren Seniorenklubs gegeben ist. Die gesellschaftliche Entwicklung kann mitunter eine Vereinsamung der älteren Menschen zur Folge haben, weshalb es immer Aufgabe der Gemeinschaft ist, hier helfend einzugreifen. Es soll stets unsere vornehmste Aufgabe sein, den älteren Mitbürgern das Gefühl zu geben, daß sie von der Gemeinschaft nicht ausgeschlossen sind. Die Verpflichtung der Gemeinschaft zur sozialen Hilfe umfaßt auch in unserer Gemeinde alle Situationen, die oftmals eine Familie allein nicht bewältigen kann. Es gibt kaum einen Bereich der Sozialarbeit, der nicht in irgendeiner Form der Familie von heute dient.

War einst die Sorge für ein behindertes Kind allein oder zum überwiegenden Teil Sache der Eltern, so bietet sich heute in unserer Gemeinde der Verein "Lebenshilfe" für unsere körperlich und geistig behinderten Kinder an. Doch, verehrte Damen und Herren, die besten Gemeinschaftseinrichtungen werden nicht in der Lage sein, die ihnen zugedachten Aufgaben zu erfüllen, wenn es uns nicht gelingt, die Bereitschaft jedes Einzelnen zu aktiver Mitarbeit im Dienste der Gemeinschaft zu aktivieren.

Wir Sozialisten sehen es als eine unserer Aufgaben an, den Sozialismus und eine Hilfsbereitschaft unserer Bevölkerung, im besonderen auch unserer Jugend, zu fördern. Erlauben Sie mir nun, verehrte Damen und Herren des Gemeinderates, daß ich mich ganz kurz mit einigen Wünschen, die mein Ressort betreffen, befasse.

Bezüglich der Kindergärten liegen wir vor allen vergleichbaren Städten weit an der Spitze. Gegenwärtig sollen aber doch sehr bald einige Probleme gelöst werden, und zwar der Neubau eines Kindergarten-Zentrums im Resthof II, da bei den im Endausbau vorhandenen 1.700 Wohnungen 5.000 - 6.000 Einwohner vorhanden sein werden, für die wiederum 5 - 6 Gruppenräume und eine Tagesheimstätte erforderlich sind. Außerdem ist für die Bundesanstalt für Kindergärtnerinnen die Errichtung eines Lehrkindergartens mit 3 Gruppenräumen durch unsere Stadt Bedingung. Sorgen machte mir auch der Kindergarten Promenade, der immerhin 80 Kinder betreut, aber dem heutigen Kindergartengesetz nicht mehr entspricht. Vom städtebaulichen Standpunkt wird nun noch geprüft, welcher Standort im Stadtgebiet sich als Ersatz für diesen Kindergarten anbietet.

Im Gesundheitswesen bin ich auch mit einigen Sorgen unserer Mitbürger konfrontiert. Es geht einfach nicht an, daß wir in einer so großen Industriestadt wie Steyr, wo alle Minuten ein größerer Augenunfall in den Betrieben passieren kann, keine Augenabteilung im Landeskrankenhaus vorhanden ist. Stundenlang muß ein Patient, der nachts operiert werden muß, um sein Augenlicht bangen, weil früheste Hilfe erst in Linz sichtbar ist. Ich bitte nun die zuständigen Stellen im Land OÖ., daß so rasch als möglich die Augenstation im Landeskrankenhaus wieder reaktiviert wird.

Auch der zahnärztliche Notdienst an Feiertagen sollte in unserer Stadt ausgebaut werden. Mein Bemühen blieb bis heute ergebnislos, da die OÖ. Ärztekammer scheinbar auch nicht einsieht, wie wichtig dieser Notdienst

für eine Stadt ist, die immerhin schon über 40.000 Einwohner zählt und auch hier früheste Hilfe ebenfalls erst in Linz AKH gegeben ist.

Am Ende meiner Ausführungen danke ich Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und erlaube mir, Ihnen Herr Bürgermeister, Ihnen sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates sowie allen Beamten, Angestellten und Arbeitern des Hauses ein frohes Weihnachtsfest sowie ein gesundes erfolgreiches neues Jahr zu wünschen. Ich danke.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke für diese Ausführungen. Ich darf Ihnen, Frau Stadtrat, eine beruhigende Pille mitgeben. Noch diese Woche wird ein Gespräch in Steyr stattfinden mit dem verantwortlichen Vertreter der Gebietskrankenkasse, der Ärztekammer,über die Einführung des zahnärztlichen Notdienstes an Wochenenden und Feiertagen. Das zur Beruhigung zu dieser Ausführung.

STADTRAT ANNA KALTENBRUNNER:

Das wird mich freuen, Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich hoffe, daß es zu einem Ergebnis in dieser Richtung führt. Ich darf noch die weitere Rednerliste erwähnen. Als Nächster spricht Herr Stadtrat Wippersberger.

STADTRAT LEOPOLD WIPPERSBERGER:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, verehrte Kolleginnen und Kollegen!

Gestatten Sie mir, daß ich als Verkehrsreferent unserer Stadt einige prinzipielle Überlegungen über das Kapitel Verkehrswesen und das Budget 1976 zum Ausdruck bringe. Die Lösung der Verkehrsprobleme stellt heute in Anbetracht des explosionsartig angestiegenen und noch immer starkansteigenden motorisierten Verkehrs, vor allem am Pkw-Sektor wohl jede Stadt in unserem Land vor große, schwierige und kostspielige Aufgaben.

Die Lösung der Verkehrsprobleme in unserer Stadt ist aber noch schwieriger und kostspieliger als in den meisten anderen Städten unserer Größenordnung. Und zwar erstens wegen der räumlichen Beengtheit unserer Stadt, zweitens wegen der unbedingten Notwendigkeit der Erhaltung unseres ehrwürdigen alten Stadtkerns der Altstadt und drittens wegen der großen Höhenunterschiede und der beiden Flüsse, die es zu überwinden gilt. Jeder, der nun offenen Auges durch unsere Stadt geht und der die Entwicklung Steyrs am Verkehrssektor auch nur einigermaßen aufmerksam verfolgt, muß bei objektiver Beurteilung mit mir übereinstimmen, daß besonders in den letzten Jahren sehr viel auf diesem Gebiet geschehen ist. So wurden und werden nicht nur neue Wohngebiete straßenmäßig erschlossen, es wurde und wird sehr viel für den Ausbau bestehender Straßen getan und große Mittel dafür verwendet .und es wurde vor allem das Konzept der Errichtung eines innerstädtischen Verkehrsringes rund um unsere Altstadt verwirklicht. Und wir sind nunmehr dabei, nachdem in diesem Jahr mit einem enormen Kostenaufwand die Seifentruhen- Umfahrung und die Hundsgraben-Umfahrung im wesentlichen fertiggestellt werden konnten und auch der Ausbau des rechten Brückenkopfes der Schönauerbrücke bereits sehr weit gediehen ist, die Leistungsfähigkeit dieses Verkehrsringes noch weiter auszubauen. So sind für 1976 wieder beträchtliche Mittel für den weiteren Ausbau des rechten Brückenkopfes und den Ausbau der Dukartstraße vorgesehen. Ich darf bei dieser Gelegenheit auch mit großer Freude und Genugtuung darauf

verweisen, daß der Umbau des rechten Brückenkopfes mit sehr viel Umsicht geführt wurde, sodaß es während der gesamten Bauzeit entgegen der ursprünglichen Meinung der Fachleute zu keinen größeren Verkehrsbehinderungen, vor allem zu Umleitungen, wie sie uns angekündigt waren, gekommen ist. Ich will auf die weiteren für 1976 geplanten und zum Teil auch schon in Angriff genommenen Bauvorhaben am Sektor Straßenbau nicht näher eingehen, sie haben ja die Budgetunterlagen bei sich und können darin einsehen, ich möchte aber doch, nachdem in der Öffentlichkeit sehr viel darüber gesprochen und auch kritisiert wird, zum Problem Parkplätze ein paar Worte sagen.

Auch auf dem Gebiet ist in den letzten Jahren viel geschehen. Schauen Sie sich doch einmal um. Ja sicherlich haben auch wir dabei mit Schwierigkeiten zu kämpfen, aber welche Stadt hat das nicht bei diesem enormen Verkehrszuwachs? Es sei aber auch gesagt, daß ein gewisses Umdenken bei den Verkehrsteilnehmern notwendig sein wird, anders ist dieses Problem wohl kaum zu lösen. Sagen Sie mir nur eine Stadt unserer Größe, die - es wurde ja vor kurzem auch im Amtsblatt darauf hingewiesen - in einer Entfernung von maximal 8 Minuten Gehzeit vom Zentrum nahezu 1100 Parkplätze aufzuweisen hat. Und noch ein paar Worte zum Fußgeherverkehr. Auch auf diesem Gebiet sind wir in den letzten Jahren nicht müßig gewesen. So haben wir z. B. vor etwa einem Jahr gegen anfänglich starken Widerstand und Anfeindungen gewisser Kreise in der inneren Stadt eine neue Verkehrsregelung getroffen, die den motorisierten Verkehr in gewissen Bereichen ganz oder weitgehend bannt. Diese Regelung war vernünftig und hat sich bestens bewährt und selbst die Kritiker von damals müssen das anerkennen. Im Bereich der Hundsgrabenumfahrung und des rechten Brükkenkopfes wurden Fußgeherunterführungen errichtet und am Blümelhuberberg wird nun erstmalig eine Fußgeherüberführung ihrer Bestimmung übergeben. Daß an besonders neuralgischen Punkten unserer Stadt in den nächsten Jahren ebenfalls entsprechende Maßnahmen für die Fußgeher getroffen werden müssen und auch getroffen werden, sei es in Form von Verampelungen oder von Über- oder Unterführungen ist selbstverständlich.

Der Herr Bürgermeister hat eingangs der heutigen Sitzung auch diese Sache bereits angedeutet. Die Verampelung der Wehrgrabengasse - Schwimmschulstraße - Wiesenberg wird nunmehr konkret. Ein entsprechender Antrag wird bei der nächsten Stadtsenatssitzung bereits vorliegen. Ich habe ihn bereits hier und wir werden die Verampelung dieser Kreuzung in allernächster Zeit durchführen. Die Verampelung des Ennser Knotens, auch das ist eine echte Notwendigkeit, wir sprechen schon sehr lange darüber. Ich darf eines sagen. Ich habe es gestern in der Verkehrsausschußsitzung getan. Es ist uns jetzt gelungen, doch vor ungefähr 6 oder 7 Wochen mit dem Bund einen Vertrag abzuschließen, der die kostenmäßige Aufteilung dieser Ampelanlage umschließt. Ich hatte selbst Gelegenheit, vor einigen Wochen mit den zuständigen Herren der Landesregierung zu sprechen, mit dem zuständigen Referenten und er hat mir versichert, daß unser Ansinnen vordringlich behandelt wird, daß unser Antrag - es ist alles fix und fertig, es gibt technisch keinerlei Probleme - nach Wien weitergeleitet wird und daß wir hoffen können, daß er doch im kommenden Jahr Anfang oder Mitte des kommenden Jahres durchgeführt wird.

Wegen der Ausfahrt aus dem Pluskaufhaus, da sind nicht wir allein zuständig sondern das ist Bundesstraßensache. Ich habe gehofft,

gestern Herrn Hofrat Pfaffenbauer anzutreffen, um nochmals diesbezüglich zu sprechen. Es ist sicher, daß wir auch da in allernächster Zeit zu einem positiven Ergebnis kommen werden. Bezüglich Wirtschaftshof, Anschaffung von Großraummülltonnen sei gesagt, daß wir bei künftigem Ankauf eines Müllfahrzeuges selbstverständlich darauf Bedacht nehmen werden.

Zum Herrn Kollegen Fahrnberger, er hat sich auch sehr intensiv mit Verkehrsproblemen beschäftigt. Ich darf wiederholen daß wir - das habe ich schon erwähnt - dabei sind, den innerstädtischen Verkehrsring Zug um Zug auszubauen, um ihn leistungsstärker zu machen.

Heute darüber zu sprechen, daß der rechte Brückenkopf anders hätte werden sollen, ist nicht sinnvoll. Ich weiß, Sie haben auch damals im Gemeinderat sehr intensiv darüber debattiert. Der Gemeinderat ist eben zum Beschluß gelangt, daß der rechte Brükkenkopf so ausgeführt werden soll, wie er sich heute darstellt. Es waren vor allen Dingen finanzielle Überlegungen - die Mehrkosten wären enorm, einen Verkehr auf zwei Ebenen zu führen - die zu diesem Beschluß geführt haben.

Bezüglich der Ennser Kreuzung sei noch gesagt, Herr Kollege Fahrnberger, jetzt noch das zurückzustellen und wieder neue Lösungen zu suchen, ich glaube, das wäre nicht zielführend, daß wir das Ganze wieder auf Jahre hinausschieben. Wir können einfach nicht mehr länger warten. Wir haben jahrelang diesbezüglich mit dem Bund verhandelt. Es war ursprünglich der Plan, den Ennser Knoten vollkommen umzubauen und wir haben schon Zusagen vom Bund gehabt, dann hat sich diese S 37 wieder etwas verschoben und dann ist es wieder zurückgezogen worden. Ich muß sagen, wir müssen trachten, daß die Verampelung Ennser Knoten raschest durchgezogen wird und soviel ich weiß, ist dieser Ennser Knoten frequenzgesteuert. Wir hoffen schon, daß diese Ampelanlagen wirklich das bringen, was wir uns alle erhoffen. Die Verkehrsunfälle werden sicherlich gewaltig zurückgehen.

Was die Verkehrsverbindungen von und nach Steyr anbelangt. Sicher, Sie haben nicht unrecht, es liegen Verschulden unserer Groß- und Urgroßväter vor. Denken wir nur daran, das haben Sie selbst erwähnt, Herr Kollege, daß die Bahnverbindung nach Steyr so schlecht ist. Ich glaube, ich brauche nicht erwähnen, warum diese Verbindung so schlecht ist. Es war eine Art Bürgerinitiative zu Urgroßvaters-zeiten, die dazu geführt hat. Man wollte den Lärm und den Gestank der Eisenbahn nicht nach Steyr bringen und dann ist die Hauptlinie nicht über Steyr, sondern über St. Valentin geführt worden.

Steyr ist straßenmäßig sehr lange Zeit stiefmütterlich behandelt worden, was die Zu- und Abfahrt anbelangt. Wir haben ungefähr ein Vierteljahrhundert gebraucht, bis echte größere Maßnahmen in dieser Richtung vom Bund gesetzt wurden. Ich darf sagen, daß der Bund in den letzten Jahren doch einiges auf diesem Gebiet gemacht hat. Ich erinnere Sie an die Haager Straße, an die Seifentruhenumfahrung, Teilausbau der Sierninger Straße oder z. B. Südausfahrt aus unserer Stadt in das Ennstal. Sie wissen aus dem Budget heraus, daß die Märzenkellerumfahrung auch demnächst realisiert werden wird.

Ihr Antrag bezüglich eines gemeinsamen Vorgehens für die Zu- und Abfahrt von Steyr, Ausbau der Straßen, hiezu darf ich sagen, ich kann diesen Antrag nicht ganz ernst nehmen oder es ist eine Art Propaganda, denn wenn er wirklich ernst zu nehmen wäre, dann hätte doch Ihre Partei die Möglichkeit gehabt, diesen Antrag schon früher einmal vorzubringen, in letzter Zeit, sei

es beim Bürgermeister persönlich. Es gibt immer wieder Obmännerbesprechungen, Fraktionsbesprechungen beim Bürgermeister. Es gibt die Sitzungen des Finanz- und Rechtsausschusses. Nirgends ist bisher dieser Antrag erwähnt worden und heute kommt er so abrupt zu uns. Ich darf sagen, daß wir - ich meine damit auch den Herrn Bürgermeister - sehr bemüht sind und der Herr Bürgermeister ständig beim Bund und beim Land diesbezüglich vorspricht.

Meine Damen und Herren! Als Verkehrsreferent unserer Stadt kann ich mit Genugtuung feststellen, daß auch das Budget 1976 der Lösung der Verkehrsprobleme eine gewisse Vorrangstellung einräumt, ich weiß das klingt gegenüber meinen anderen Kollegen etwas egoistisch, aber ich bin der Überzeugung, daß dies eine echte Notwendigkeit darstellt und daß auch Sie, verehrte Kolleginnen und Kollegen, sich dieser Notwendigkeit nicht verschließen werden und ich kann daher als Verkehrsreferent dem vorliegenden Budget nur beifällig zustimmen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Ich danke Kollegen Wippersberger. Als Nächste auf der Rednerliste ist Frau Gemeinderat Liebl. Anschließend Frau Gemeinderat Derflinger und dann Herr Gemeinderat Fuchs. Weitere Vormerkungen Herr Bürgermeister-Stellvertreter Schwarz, Gemeinderat Köhler, Sablik und Dresl.

GEMEINDERAT OTTILIE LIEBL:

Geehrtes Präsidium, geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Die Frau Stadtrat als zuständige Referentin hat schon das meiste von der Gruppe 4 gesagt. Gestatten Sie mir, meine Gedanken hiezu zu geben.

Die Bevölkerung unserer Stadt hat in den letzten 70 Jahren eine noch nie dagewesene Steigerung ihrer Lebensjahre erreicht. Die Steigerung der Lebenserwartung ist eine permanente Erscheinung unserer Gesellschaft und die wird sich laut wissenschaftlicher Erkenntnisse weiter steigern.

Wie die Frau Stadtrat gesagt hat, haben wir über 40.000 Einwohner, von diesen 40.000 sind 11.680 Pensionisten. Im Jahr der Frau gestatten Sie mir, daß ich diese Pensionisten in männliche und weibliche aufteile. Es sind 6.300 Frauen und 5.380 Männer, über 75 Jahre alt sind 1.300 Frauen und 650 Männer, im Alter von 70 - 75 Jahren sind 1.050 Frauen und 900 Männer, 65 - 70 Jahre 1.300 Frauen und 1.200 Männer, 60 - 65 Jahre 1.400 Frauen und 1.200 Männer, 55-- 60 Jahre 1.250 Frauen und 1.430 Männer. Unsere älteren Bürger mit ihren Problemen sind nicht nur der Zahl nach eine besondere Aufgabe für uns Gemeinderäte, sondern unsere Obsorge für sie ist eine menschlich moralische Verpflichtung. Sie sind die Bürger, die durch ihre Steuerleistung in den Jahren ihrer Erwerbstätigkeit, die Grundlage für unseren heutigen Wohlstand geschaffen haben. Es geht nicht nur darum, die Lebenserwartung zu verlängern, sondern daß diese Jahre für viele Menschen noch lebenswert und sinnvoll bleiben auch dann, wenn sie länger als ein Jahrzehnt in Pension sind. Die Gesellschaft muß dem alten Menschen seine Würde bewahren, das Altern muß menschlich bleiben. Der ältere Mensch hat ein Recht auf dauernden Kontakt mit allen Bürgern. Er muß im gesellschaftlichen Leben einbezogen bleiben, einen eigenständigen Wert in der Gesellschaft behalten, um nicht zu vereinsamen. Eine von den vielen Aufgaben der Kommunalpolitik ist eine differenzierte Altenpolitik. Eine schwere Aufgabe, Fürsorge und Sozialarbeit allein können diese Aufgaben und Probleme nicht optimal lösen. Der vorhandene Idealismus und das Enga-

gement der Funktionäre privater Organisationen und Vereine muß durch Unterstützung der öffentlichen Hand noch viel mehr aktiviert werden, um die Betreuung unserer betagten Bürger in den Griff zu bekommen, so wie es Frau Stadtrat Kaltenbrunner erwähnt hat.

Die Interessen, der Bildungsstand, der unterschiedliche Gesundheitszustand der Mitbürger muß berücksichtigt werden, um dadurch von vornherein manche Konfliktsituation auszuschalten. Alle politischen Parteien unserer Stadt und die von ihnen in die Kommunalpolitik entsendeten Mandatare nehmen für sich in Anspruch alles zu tun, um den älteren Menschen ein Alter in Würde, ohne Angst und Not zu bieten.

Wir bauen Altenheime, Pensionistenwohnungen, stellen Gemeinschaftseinrichtungen zur Verfügung, um ihr Leben lebenswert zu gestalten. Zu Gruppe 4 Altersheim gestatte ich mir folgende Feststellung. Im Altersheim leben 398 Bewohner, davon 147 Pflegefälle. Die Heimbewohner sind fast alle mit der Betreuung und Obsorge des Pflegepersonals zufrieden und dankbar, daß sie ein Obdach haben. Störend empfinden manche Heimbewohner, aber auch die Angehörigen den Übereifer einiger Funktionäre, die nicht immer geschickt durch Mundpropagande für ihre Partei werben. Manche ältere Heimbewohner sind dadurch in schwere Gewissenskonflikte geraten. Mit Wohnungen und Heimplätzen Parteipolitik zu betreiben - das habe ich bereits voriges Jahr gesagt - ist inhuman und abzulehnen. Aussprüche von Heimbewohnern wie: Wo sollen wir dann hin, wenn sie uns nicht behalten, wir haben doch unsere Wohnung dem Magistrat zurückgegeben? Wir haben doch unsere Renten nur dem Herrn Bundeskanzler zu verdanken. Solche Aussprüche geben zu Bedenken Anlaß.

Auf Grund mehrfacher solcher Aussagen verschiedener Personen, wo man immer die Angst um den Heimplatz herausspürte, war ich auf das Nationalratswahlergebnis im Zentralaltersheim sehr gespannt und habe bei der durchgeführten Wahlanalyse den Sprengel Zentralaltersheim genau studiert. Darf ich Ihnen, meine Damen und Herren des Gemeinderates, das Ergebnis kurz in Erinnerung rufen:

Nationalratswahl 1971

SPÖ	ÖVP	FPÖ	KPÖ
550 Wahlberechtigte, 153 Männer, 397 Frauen - 499 gültige Stimmen			
367	105	13	14

Nationalratswahl 1975

507 Wahlberechtigte, 130 Männer, 377 Frauen - 474 gültige Stimmen			
396	66	12	-

Dieses Wahlergebnis ist die Bestätigung der zitierten Aussprüche der Heimbewohner. Die ÖVP-Fraktion wird in Zukunft mit erhöhter Wachsamkeit die Vorkommnisse im Altersheim verfolgen.

Eine begrüßenswerte Einrichtung für unsere alten oder kranken Mitbürger unserer Stadt ist die Aktion Essen auf Rädern. Für S 22,- bekommen sie das Essen ins Haus geliefert, was besonders in der Winterszeit für die alten Leute sehr angenehm ist. Derzeit beziehen 50 Personen das Essen auf Rädern. Der Betrag von S 100,-, den die Rotkreuzschwester für die tägliche Zustellung erhält, ist sicherlich sehr niedrig gehalten. Sie muß immerhin zu 50 Personen gehen und für einen Tag ist das von der Rotkreuzschwester sehr anständig. Nachdem wir für das Rote Kreuz auch sehr viel schon getan haben, machen sie das dem Magistrat zuliebe.

Die Steyr-Werke stellen das Essen zum Preis von S 19,44 pro Menü zur Verfügung. Dem ist gegenüberzu-

stellen, daß eine Anzahl von alleinstehenden Werkspensionisten das Mittagessen zum Preis von S 7,- in der Kantine des Hauptwerkes einnehmen können. Diese Gelegenheit nehmen etwa 50 Steyrer Werksrentner in Anspruch. Wenn der Fall eintritt, daß durch die Aktion "Essen auf Rädern" ein ehemaliger Werksrentner zu beliefern ist, so hat dieser den dreifachen Preis zu bezahlen. Ich bitte die Herren vom Präsidium, mit dem Steyr-Werk zu verhandeln, damit das unterbunden wird. In Anbetracht der Tatsache - das wurde auch heute schon erwähnt - daß neben den Steyr-Werken in Steyr ein anderer Großbetrieb nicht Fuß fassen konnte und nur ein Großbetrieb in der Lage ist, derartige soziale Zugeständnisse zu machen, wäre es wohl angebracht, auch den anderen Hilfsbedürftigen, die diese Aktion in Anspruch nehmen, auf ähnliche Weise entgegenzukommen.

Auf Grund des OÖ. Sozialhilfegesetzes und dem dringenden Bedarf wurden in Steyr die Hauskrankenpflege, die Familienhilfe - auch das wurde schon gesagt - und die Hilfe zur Weiterführung des Haushaltes eingerichtet. Durch die Einführung der Hauskrankenpflege wäre nicht jeder alleinstehende Kranke gezwungen, ein Spitalsbett in Anspruch zu nehmen. Es würden genügend Betten für Akutfälle, wie Herzinfarkt, Gehirnschlag u. v. a. zur Verfügung stehen, es würden enorme Kosten der öffentlichen Hand erspart bleiben, wenn die Mag. Abt. V zusätzlich eine Krankenschwester und eine Familienhelferin einstellen würde. Leider richtet sich weder die Krankheit noch das Gebrechen der alten Bürger nach der wohlverdienten 40 Stunden-Woche der Arbeitnehmer. Tatsache ist, daß Hilfeleistungen auch während der Nacht, Samstag und Sonntag zu erbringen sind. Ich kann nur unterstreichen, was die Frau Stadtrat gesagt hat.

Besonders klagen tag- und nachtdiensthabende berufstätige Frauen, die mit einem Elternteil im gemeinsamen Haushalt leben. Sie können es physisch und psychisch nicht mehr verkraften zu wissen, daß sie weder vom Magistrat noch von einer anderen Institution eine Familienhelferin zugewiesen bekommen können, während sie ihrer Arbeit nachzugehen haben. Es nützt das beste Sozialhilfegesetz nichts, wenn nicht das nötige Personal hiefür aufgenommen wird.

Ich danke.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Ich danke für diesen Beitrag. Als Nächste Frau Gemeinderat Derflinger.

GEMEINDERAT MARIA DERFLINGER:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Gestatten Sie auch mir einige Worte, und zwar von der Warte der im Gemeinderat vertretenen sozialistischen Frauen her gesehen, an Sie richten zu dürfen.

Die Kolleginnen meiner Fraktion stimmen mit mir sicher überein, daß wir uns darüber freuen können, daß gerade in letzter Zeit am Sozialsektor viele seit Jahren auch von uns Frauen vorgebrachte Wünsche und Zielsetzungen verwirklicht werden konnten. Ich denke hier nur an die Errichtung einer Familienberatungsstelle, die wir mit dem Land OÖ. auch in Steyr etablieren konnten, aber auch an die vielen weiteren sozialen Einrichtungen, auf die meine Kollegin Kaltenbrunner bereits eingegangen ist. Alle diese Einrichtungen sind echte Serviceleistungen für viele Familien unserer Stadt, aber auch für Alleinstehende, für hilfebedürftige Menschen, die durch Schicksalsschläge, Krankheit oder sonstige Nöte in Bedrängnis geraten. Diesen unseren Mitmenschen mit Rat und Tat zu helfen, ist neben

unserer großen Aufgabe, an der kommunalen Verwaltung unserer Stadt mitzuwirken, wohl ein besonderes Anliegen von uns Frauen.

Aber auch durch die Förderung des Vereines Lebenshilfe konnte in unserer Stadt im Zusammenwirken mit unserem Landesrat Ing. Reichl im Rahmen des OÖ. Sozialhilfegesetzes eine neue Sozialeinrichtung geschaffen werden die es verdient, besonders hervorgehoben zu werden. Die in der Industriestraße vor kurzem ins Leben gerufene Tagesheimstätte für körperlich und geistig Behinderte gibt derzeit bereits 20 Jugendlichen im Alter von 15 Jahren aufwärts nicht nur die Möglichkeit einer Betreuung und Geborgenheit, einer Eingliederung in die menschliche Gesellschaft, sondern vor allem eine gezielte Arbeitstherapie und damit Selbstbestätigung, deren Wert gar nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Gerade für diese, vom Schicksal so schwer Betroffenen, die meist von Geburt an schon an einem Gebrechen leiden und bisher sehr oft, was blieb anderes übrig, im Familienverband von der Umwelt isoliert so recht und schlecht ihr Leben fristen mußten, wurde mit dieser Tagesheimstätte eine Voraussetzung geschaffen, die auch ihr Leben lebenswerter macht. Aber auch deren Eltern, die durch das Schicksal ihres Kindes eine schwere Bürde zu tragen haben, ist das eine große Hilfe und Entlastung. Diese Einrichtung auch weiterhin bestmöglichst zu fördern und auszubauen, wird uns daher ein besonderes Anliegen sein müssen.

Besonders erwähnen möchte ich aber auch die bereits seit vielen Jahren bestehende Einrichtung des Säuglingswäschepaketes, welches von den Müttern stets mit Freude entgegengenommen wird. Wenn auch gerade im Zusammenhang mit der auf Regierungsebene geschaffenen und erhöhten Geburtenbeihilfe in Bezug auf die Beibehaltung des Säuglingswäschepaketes Für und Wider aufgetreten sind, freue ich mich umsomehr heute feststellen zu dürfen, daß sich der Städtebund erst vor wenigen Wochen dahingehend entschieden hat, daß 13 Städte bzw. Gemeinden, denen überwiegend ein sozialistischer Bürgermeister vorsteht, für die Beibehaltung des Wäschepaketes ausgesprochen haben, während nur 3 für eine Auflassung waren und 6 keine Stellung bezogen haben. Dabei möchte ich das Säuglingswäschepaket gar nicht sosehr vom Sachwert her betrachten, obwohl dieses sicherlich nach wie vor für viele Mütter und Familien eine willkommene Hilfe ist, sondern vielmehr darin auch den ideellen Wert sehen, die Aufmerksamkeit der Gemeinde dem neuen Erdenbürger gegenüber bzw. dem damit verbundenen freudigen Ereignis in der Familie.

Ich stelle daher anerkennend fest, daß unser Budgetvoranschlag 1976 für die Beibehaltung des Säuglingswäschepaketes wiederum die notwendigen Mittel vorsieht und daß auch der Stadtsenat bereits wieder den Ankauf von 400 Paketen beschlossen hat.

Darüberhinaus sind noch viele weitere Einrichtungen, über die wir ebenfalls positiv berichten können, natürlich - wie könnte es anders sein - mit weiteren Zielsetzungen verbünden. Sei es das Kindergartenwesen mit dem Ziel "Jedem Kind einen Kindergartenplatz", unsere Leistungen in Bezug auf die Schulen, ich denke aber auch an die tariffreie Benützung unserer Kunsteislaufbahn während der Semesterferien, unsere Kinderspielplätze, an die Schulwegsicherung, die Studienförderung und noch vieles mehr. Daß neben den allgemeinen Aufgaben kommunaler Art aber auch der Sport und das kulturelle Leben unserer Stadt nicht vernachlässigt wurden, möchte ich ebenfalls nicht unbeachtet lassen.

Zusammenfassend darf ich sagen, daß auch wir Frauen im Gemein-

derat - erfreulicherweise gehört seit einem Jahr auch eine Frau dem Stadtsenat an, und eine weitere Kollegin konnte erst vor kurzem in den Gemeinderat nachrücken - unsere ganze Kraft in den Dienst unserer gemeinsamen, großen und auch verantwortungsvollen Aufgaben stellen. In diesem Sinne dürfen wir mit Zuversicht und viel Wollen auch der Arbeit im neuen Funktionsjahr entgegensehen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Ich danke Frau Gemeinderat Derflinger für ihren Beitrag. Den Vorsitz darf ich vorübergehend an Kollegen Fritsch abgeben.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER KARL FRITSCH:
Als Nächster in der Reihenfolge hat sich Herr Kollege Fuchs gemeldet. Ich darf ihn bitten, mit seinen Ausführungen zu beginnen.

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:
Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Auch ohne Präambel möchte ich meine Ausführungen gleich dem Voranschlag 1976 zuordnen. Es wurden zum heute zu beschließenden Voranschlag 1976 bereits derart viele Argumente, Ziffern und Wünsche von den Vorrednern verlautet, daß ich mir diesmal erlaube, zu einigen wenigen, aber mir wichtig erscheindenden Kriterien der Budgetierung Stellung zu beziehen. Zur Budgetwahrheit wurde heute bereits einiges von meinem Fraktionsfreund Fahrnberger vorgebracht. Ich darf die Ressortverantwortlichen ersuchen, es mit der Realisierung der heute für das Jahr 1976 präliminierten Vorhaben besonders im aoH doch endlich ernst zu nehmen.

Laut Nachtragsvoranschlag 1976 gibt es leider derart viele Differenzen zwischen Voranschlag 1975 und Nachtragsvoranschlag, besonders im aoH, daß man diesen Appell nicht oft genug wiederholen kann. Wir dürfen uns selbst und die Bevölkerung doch nicht an der Nase herumführen, wenn wir Budgetprojekte und Ausgabenziffern dafür verlauten und am Ende eines Budgetjahres feststellen müssen, daß vom Budgetgrundsatzbeschluß 1975 nur etwa 60 % der einstimmig beschlossenen Vorhaben realisiert worden sind und 40 % entweder gar nicht in Angriff genommen wurden oder auf die lange Bank geschoben wurden.

Daß z. B. für den Titel Tausendjahrfeier im Jahr 1975 eine Million Schilling bereitgestellt wurde und dann schließt man mit einem Betrag von S 4.000,- ab, ist doch mehr als problematisch. Diesmal sind für die Tausendjahrfeier, für die Denkmalpflege und Altstadterhaltung sowie für den Titel Tausendjahrfeier insgesamt S 4,5 Mill. veranschlagt, davon 3 Mill. für die Denkmalpflege und Altstadterhaltung und S 1,5 Mill. für die Tausendjahrfeier. Das klingt recht schön und läßt einiges erwarten. Aber wofür werden diese Beträge konkret Verwendung finden, darüber gibt es vorläufig keine Auskunft. Vielleicht könnte man die Begriffsverwendung für diese Ausgabenposten etwas näher interpretieren, Herr Bürgermeister. Es ist jedenfalls erfreulich, daß für diese Maßnahmen 1976 ein derart hoher Betrag veranschlagt wurde. Es wäre für unsere Stadt z. B. günstig, wenn die Förderungsmittel für die Fassadenaktion kräftig im Hinblick auf die Tausendjahrfeier im Jahre 1980 erhöht werden könnten. Und es wäre ratsam, wenn diese Fassadeninstandsetzungsarbeiten auf alle Stadtteile, nicht nur auf den innerstädtischen Kern ausgeweitet würden. Vielleicht sind hiefür große Teile der insgesamt S 4,5 Mill. vorgesehen. Eine konkrete Auskunft und Aufschlüsselung der Verwendung dieser Beträge gibt ja der Voranschlag nicht. Aber der Titel ist hier und wir wollen

hoffen, daß diese Mittel tatsächlich am Ende des Jahres 1976,des Budgetjahres, angewendet werden. Empfehlenswert wäre auch, wenn die Inangriffnahme der Revitalisierung und Restaurierung des alten Stadttheaters mit Teilen dieser Mittel aus der VP 354 im aoH im Jahre 1976 erfolgen könnte. Wir haben heute absichtlich oder besser gesagt um uns einen Vorwurf des Lizitierens zu ersparen, keine besonderen Zusatzprojektwünsche bereitgelegt, weil wir der Auffassung sind, daß die im aoH bekanntgegebenen Ausgabensummen von S 102 Mill. derart viel sind, daß wir alle Anstrengungen und Arbeiten im Gemeinderat im Jahre 1976 auf die restlose Realisierung dieser gewaltigen Vorhaben zu investieren haben, sodaß für weitere größere Wünsche nicht nur keine Zeit mehr bleibt, sondern vor allem die Bewältigung der Finanzierung dieser Vorhaben bereits in Frage steht.

Auch das wurde bereits vom Herrn Finanzreferenten verlautet, daß trotz einer geplanten Darlehensaufnahme in der Höhe von S 60 Mill. - vorläufig - die im aoH bekanntgegebenen Vorhaben nur zu 77 % gedeckt sind, das heißt, die Finanzierung von 23 % der Budgetprojekte im aoH, das sind mehr als S 23 Mill., noch in Frage steht. Wir wollen dabei hoffen, daß die sicherlich von Seiten des Herrn Finanzreferenten vorhandene Hoffnung sich erfüllen möge, nämlich die Hoffnung, daß die sicherlich bei einigen Einnahmenposten weit zu niedrig angesetzten Einnahmenposten im oH tatsächlich um S 23 Mill. am Ende des Jahres 1976 höher ausfallen werden, damit durch eine Überführung von Einnahmen im oH an den aoH die restlose Finanzierung der außerordentlichen Projekte gesichert werden kann. Nun kurz zurück zum mittelfristigen Investitionsprogramm, das heute auch bereits angezogen wurde. Das im April 1974 nach einigen Sitzungen, nach Informationssitzungen des Gemeinderates und interfraktionellen Gesprächen beschlossen wurde und ein Vergleich des aoH 1976 dazu. Die damaligen Beschlüsse sind nach Durchsicht des aoH 1976 zu höchstens 50 % sichtbar verankert. Aber der Herr Bürgermeister hat ja bereits am 18. November 1975 erklärt, daß es sich hier um nicht durchführbare Wünsche handelt, die der Landesgemeindereferent von damals zwar, von allen 445 oö. Gemeinden anforderte, sein Nachfolger aber offensichtlich als Wünsche an das Christkind abtat. Dies ist meines Erachtens eine unwürdige Vorgangsweise und zeigt keinen kooperativen Charakter der Landesregierung. Das Fazit dieses mittelfristigen Programmes lautet: Umsonst getagt.

Aber auch ohne restlose Einhaltung dieses Programmes auf mittelfristiger Ebene hat die Stadt Steyr von der ursprünglich für die Verwirklichung dieses mittelfristigen Programmes notwendigen Summe von einer halben Milliarde, das war damals die Endziffer dieses 4 oder 5-Jahresprogrammes, bis zum Jahre 1980 sicherlich S 400,000.000 für anstehende Projekte wie Kanalbau mit der Zentralkläranlage u.a. aufzuwenden. Ansätze dafür gibt es ja beim diesjährigen Budget deshalb, weil wir, um auf die 400 Mill. Ausgaben für den aoH zu kommen, bereits S 102 Mill. für das kommende Budgetjahr veranschlagt haben.

Wie schaut die Budgetierung des Haushaltes 1976 und das ursprüngliche mittelfristige Programm für 1976 aus? Waren für die Volks- und Hauptschule Gleink noch S 10 Mill. für 1976 vorgesehen, so sind es nun im aoH 1976 nur S 100.000,-. An Aufschließungskosten für Wohnbauvorhaben waren S 4 Mill. für 1976 vorgesehen. Jetzt sind es S 1,1 Mill. Für die Sanierung des Hauses Ennskai 23 waren S 4 Mill. präliminiert, jetzt findet man unter diesem Titel überhaupt nichts. Für Kindergärten war eine Summe von S 3 Mill. vor-

gemerkt im mittelfristigen Programm für 1976. Jetzt weist der aoH dafür nur S 1,2 Mill. aus. Noch immerhin ein beträchtlicher Betrag, aber wir haben ursprünglich Pläne bei einer solchen Konzeptierung nicht ausreichend dotieren können.

Das Sportzentrum Rennbahn war mit S 6 Mill. für das Jahr 1976 veranschlagt, jetzt kommen wir mit der Summe von S 200.000,- aus.

Für Lehrschwimmbecken und Saunaerweiterung im mittelfristigen Investitionsprogramm war der Betrag von S 3,5 Mill. vorgesehen, jetzt sind S 1,8 Mill. vermerkt. Für die Zeugstätte Christkindl ist das Verhältnis S 1 Mill. zu jetzt S 200.000,-. 1976 sollten für das Kanalisierungsprogramm S 25 Mill. aufgewendet werden, wir wenden laut diesem Voranschlag S 12 Mill. auf. Auch die Grundkäufe wurden um die Hälfte auf nun S 5,5 Mill. gestutzt.

Diese Liste könnte fortgesetzt werden, aber Sie alle merken, daß auf Grund dieser vorgebrachten Beispiele von ursprünglichen Beschlüssen nicht einmal 50 % der damaligen Wünsche verblieben sind. Wir wollen jedoch hoffen, daß es unserer gemeinsamen Arbeit gelingen möge, daß es vor allem dem Herrn Bürgermeister gelingen möge, doch all die anstehenden Probleme zu bewältigen, zumindest ein Hauptteil sollte bewältigt werden. Eine bessere wirtschaftliche Lage könnte dabei helfen.

Doch nun einige Argumente zur Arbeitsplatzsicherung sowie zur Schuldenpolitik der Stadt Steyr. Die vergangenen Jahre waren gekennzeichnet durch eine übersteigerte Konjunktur. Durch Überbeschäftigung und Kreditknappheit. Mancher Arbeitsplatz ist nunmehr bedroht und der Kreditmarkt zeigt eine deutliche Tendenzumkehr zur Geldflüssigkeit. Auch das wurde vom Finanzreferenten bestätigt.

Die Schuldenpolitik der Stadt Steyr, wie sie auch mit diesem Budget verstärkt in die Wege geleitet werden soll, ist zum gegebenen Zeitpunkt, das wage ich auszusprechen, notwendig und richtig. Dieses Instrument ist jedoch sehr vorsichtig zu handhaben. Schuldenmachen kann nämlich wie Morphium zur Sucht führen. Die Geldspritze, die die augenblicklichen Konjunkturschmerzen der Stadt Steyr betäuben soll, darf nicht zur Gewohnheit werden. Einer Verschuldung kann nur dann zugestimmt werden, wenn dies die Wirtschaftslage unbedingt erfordert.

Die Finanzpolitik ist demnach so zu gestalten, daß nicht schon am Beginn einer Rezession alle Reserven ausgeschöpft werden, sodaß bei Gefährdung von Arbeitsplätzen kein Spielraum für Belebungs- und Stützungsmaßnahmen bleibt.

Wichtigste Aufgabe der Wirtschaftspolitik in unserer Stadt müßte es sein, schon am Beginn einer Rezession alle Reserven zu nützen, daß man vor allem solche Investitionen fördert und sie stimuliert, die die beim nächsten Aufschwung nötigen Arbeitsplätze sicherstellt. Die Rentabilität eines Arbeitsplatzes ist die beste Versicherung gegen eine Gefährdung desselben. Jetzt stehen sowohl die Mittel auf dem Kapitalmarkt wie die Reserven auf dem Arbeitsmarkt zur Verfügung. Wir sollten uns dieser Mittel bedienen.

Grundsätzlich halten wir eine vorsichtige Budgetierung für richtig, gerade die Einnahmenergebnisse des Jahres 1975 haben gezeigt, wie wichtig eine zurückhaltende Schätzung ist, weil zum Defizit des aoH doch vom oH nicht 4, sondern fast S 20 Mill. - wie der Nachtrag 1975 beweist - diesem aoH zur Bedeckung des Abganges zugeführt werden konnten, siehe letzte Sitzung vom 18. 11. beim Nachtrags-

budget. Wir wollen hoffen, daß zur Bedeckung des Abganges im aoH 1976 diesem am Ende des Jahres 1976 nicht wie präliminiert 5, sondern mindestens S 20 - 30 Mill. zugeführt werden kann. Dann, ja dann ist die heute zu beschließende Nichtbedeckung von 23 % oder S 23 Mill. nicht allzu gefährlich.

Ich darf nun überleiten auf die Erfolgsbilanz bzw. auf die Bilanz und auf den Erfolgsplan der Städt. Unternehmungen und hier einige Fragen aufwerden, die hier auftauchen, wenn man diese Bilanz etwas näher betrachtet hat und ich habe sie näher betrachtet und gebe zur weiteren Betrachtung an das Präsidium diese 3 Bilanzen weiter, damit man leichter folgen kann.

Es ist jedenfalls feststellbar, erfreulicherweise feststellbar, daß auf Grund des Abschlusses 1974 die Stadtwerkebetriebe, und zwar die 5 defizitären Betriebe von einem prozentuellen Defizit von 23, 6 % über 1975 Voranschlag auf 21, 3 % nun herabgerückt sind auf 8, 8 %. Wenn man jedoch Einzelziffern etwas näher betrachtet, z. B. ich verweise auf Kunsteisbahn, Stadtbad und Verkehrsbetrieb, dann erscheinen einige Ziffern nicht gerade den Realitäten entsprechend. Sie alle wissen, daß die Einnahmenerwartung bei Kunsteisbahn und Stadtbad doch deswegen höher sein sollte, weil wir in 2 GR-Sitzungen, und zwar am 24. 2. 1975 und am 18. 11. 1975 Erhöhungen der Tarife um 36 % im Durchschnitt bzw. 33 % beschlossen haben, mehrheitlich beschlossen haben. Das möchte ich richtigerweise hinzufügen. Daß trotzdem beim Stadtbad diesmal ein höherer Verlustzuschuß, nämlich von 1, 7 Mill. veranschlagt wird, das sind 86, 7 % zu 88, 4 % im Vorjahr. Noch unerwarteter die veranschlagten Erträge aus Eintrittskarten aus der Kunsteisbahn, wo diesmal nur S 480. 000, - genau wie im Vorjahr präliminiert sind und daß der Verlustzuschuß diesmal sogar höher sein soll. Ich verstehe das insofern nicht ganz, entweder hat man hier die bereits beschlossenen Erhöhungen bei der letzten GR-Sitzung nicht hineingebracht oder man erwartet bei der Kunsteisbahn auf Grund der Tariferhöhungen ...

ZWISCHENRUF STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Kommt erst ab 1. 1.

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

Ja im Jänner, das ist ja ein Erfolgsplan für 1976 und nicht für 1975.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Bitte bewahren wir die Ruhe und lassen wir Herrn Gemeinderat aussprechen.

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

Auf jeden Fall sind desgleichen Ziffern bei der Kunsteisbahn wie 1975 veranschlagt bei der Einnahmenseite.

MAGISTRATSDIREKTOR OBERSENATSRAT DR. JOHANN EDER:

Wie sollen wir vor 6 Wochen wissen, daß Sie diese Erhöhung beschließen?

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

Ich glaube schon, daß besonders die Magistratsdirektion über mehr Wissen verfügt als mancher Gemeinderat und daß dies sicherlich nicht von kurzer Hand vorbereitet wurde, sondern ich glaube schon von etwas längerer Hand, daß man sich mit diesen Tariferhöhungen befaßt hat. Das soll keine besondere Kritik sein, ich sage nur vielleicht könnte man diese Frage klären, hat man diese Erhöhung der Einnahmenerwartung auf Grund der für 1. 1. 1976 beschlossenen Tariferhöhung nicht einkalkuliert ja oder nein? Mehr wollte ich nicht als Antwort. Oder erwartet man auf Grund dieser Eintrittsgebührenerhöhung eine niedrigere Frequenz bei der Kunsteisbahn, weil

wesen wären. Am Donnerstag, 11. 12. 1975, fand wiederum eine Finanz- und Rechtsausschußsitzung statt, mit dem Ziele, allfällige Sachfragen noch zu klären. Auch von dieser Möglichkeit wurde von der FPÖ-Fraktion nicht Gebrauch gemacht. Es ist daher kaum zu erwarten, daß das Rechnungswerk zum Budget 1976, welches inzwischen auch schon öffentlich aufgelegen ist, nunmehr in einer einzigen Gemeinderatssitzung ohne entsprechende Vorbereitungen, Erhebungen und Prüfungen abgeändert wird. Das mußte auch der FPÖ-Fraktion bewußt sein. Es ist daher der Schluß naheliegend, daß an einer ernsthaften Prüfung dieses Fragenkomplexes gar kein Interesse bestanden hat, sondern daß es sich lediglich um rein parteipolitische Überlegungen bei der Einbringung dieses Antrages gehandelt hat. Im übrigen soll darauf hingewiesen werden, daß es jeder Gemeinderatsfraktion freisteht, mit allfälligen aus der Gesetzeslage sich ergebenden Erhöhungen von Funktionärsgebühren Verfügungen zu treffen. Es darf berichtet werden, Kollege Kinzelhofer hat das schon in seinem Referat angeführt, daß z. B. die Sozialistische Fraktion einen Betrag spendete, der für soziale Zwecke verwendet wurde. Diese Dinge sind durchaus möglich. Die Bindung der Politikerbezüge an das Gehaltsschema der öffentlich Bediensteten ergibt sich aus dem sogenannten Bezügegesetz. Soweit bekannt ist, hat diesem Gesetz im Nationalrat auch die FPÖ-Fraktion seinerzeit zugestimmt. Gemäß § 11/3 Gemeindestatut ist ein Verzicht auf die Bezüge nicht möglich.

Bei Berücksichtigung aller dieser Momente, vor allem aber der Unmöglichkeit, durch den Magistrat die rechtlichen Auswirkungen prüfen zu lassen, kann ich Ihnen nur die Empfehlung geben, die aus politischen Gründen eingebrachten Abänderungs- und Zusatzanträge der FPÖ heute bei der Abstimmung abzulehnen.

Nachdem wir aber gerade bei Wohnungsangelegenheiten sind, gestatten Sie mir auch noch, daß ich auf etwas hinweise, was mich bestürzt hat, weil das Klima im Wohnungsausschuß ein sehr gutes ist, das muß ich betonen. Seitens aller Fraktionen ist die Zusammenarbeit einwandfrei und ich war sehr betrübt, daß ich feststellen mußte, daß hier doch ein Vertrauensbruch stattgefunden hat, obwohl wir in einer ähnlichen Form bereits eine Aussprache hatten und zugesagt wurde, daß das nicht mehr vorkommen wird. Es handelt sich um folgendes:

Ich erhielt gestern ein Schreiben folgenden Inhaltes: Gemeinderat Ernst Fuchs, Resthofstraße 5, der Name ist nicht interessant, es geht an eine Wohnungssuchende. Am Donnerstag, 4. 12. 1975, hat der gemeinderätliche Wohnungsausschuß bereits die im März 1976 bezugsfertigen 72 Pensionistenwohnungen im Münichholz im voraus vergeben. Dadurch werden im März 1976 einige Wohnungen frei, die an Wohnungswerber bei der nächsten Sitzung zur Vergabe gelangen. Die Stadtgemeinde (Wohnungsausschuß) behält sich für freiwerdende WAG-Wohnungen ein Teilvergaberecht vor. Für GWG-Wohnungen hat sie das volle Vergaberecht. Wenn Sie für eine der nachfolgend angeführten Wohnungen ein Interesse besitzen, dann empfehle ich Ihnen, dies sofort durch eine Vorsprache im Wohnungsamt, Rathaus, und auch mir wegen der notwendigen Interventionen bekanntzugeben. Ich bin jederzeit, Montag ab 19.30 Uhr, im FPÖ-Büro, Stögerstraße 5, erreichbar. Durch Einzug in Pensionistenwohnungen werden frei: Es folgen namentlich angeführt 35 Namen mit genauer Wohnungsangabe.

Meine Damen und Herren, ich glaube, daß hier gegen das Statut in einem sehr argen Maß verstoßen wurde. Man verlangt immer wieder Demokra-

tisierung bei uns gerade von den Minderheitsfraktionen und hier wird ein Entgegenkommen, das seitens der Sozialistischen Fraktion seinerzeit bei den Beschlüssen, bei der Besetzung der Ausschüsse in den Gemeinderat zugestanden wurde, das muß ich offen sagen, so sehr ernstlich mißbraucht. Zu dem es wäre lächerlich, aber das sind lauter ältere Leute, die hier betroffen sind, meine Damen und Herren, lauter Pensionisten und wenn die Namen dieser Pensionisten und deren Wohnungen bekanntgegeben werden, können Sie sich vorstellen, wie die Einzelnen - es sind 80jährige und ältere dabei - überlaufen werden. Wir haben diesbezüglich schon einige Anrufe bekommen und im Interesse dieser Wohnungswerber und der Bevölkerung würde ich bitten, Herr Bürgermeister, damit ähnliche Vorkommnisse in Zukunft abgestellt werden, daß Sie die nötigen Schritte unternehmen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Meine Damen und Herren!

Ich habe hier noch 3 Wortmeldungen vorliegen. Es sind dies die Herren Gemeinderäte Köhler, Sablik und Dresl. Es wird dann noch der Referent eine Schlußerklärung abgeben. Ich frage daher, ob Sie Ihre Wortmeldungen in Anbetracht der Zeit aufrecht erhalten? Sie sind natürlich selbstverständlich eingeladen, das Wort zu ergreifen. Die Herren Gemeinderäte Köhler, Sablik und Dresl verzichten. Dies geschieht sicherlich nicht wegen einer verfehlten Wortmeldung, was nicht ausschließt, daß sich die Herren noch einmal melden können.

Es ergibt sich keine weitere Wortmeldung mehr. Ich sehe aber gerade, daß sich Kollege Fahrnberger und Fuchs noch melden.

Meine Damen und Herren, es steht natürlich jedem frei, sich noch zu äußern. Ich habe keine Wortmeldung mehr vorliegen gehabt. Es wurde auch kein Antrag auf Schluß der Rednerliste gestellt. Ich muß daher gemäß Geschäftsordnung Herrn Gemeinderat Fahrnberger das Wort geben.

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG FAHRNBERGER:
Werter Gemeinderat!

Ich muß mich dagegen verwehren, daß es rein politische Gründe waren. Zum ersten Antrag Straßen. Wir haben das bereits das dritte Mal vorgebracht, einmal im Gemeinderat, einmal vor der Wahl in der Arbeiterkammer und heute hier. Diese Anträge bezüglich Wohnstarthilfe sind darauf begründet, weil voriges Jahr sind wir gefragt worden, was wir zum Budget hätten. Wir haben eine Liste mit 16 Punkten gebracht. Ein einziger ist hineingenommen worden. Heuer sind wir nicht gefragt worden und deswegen mußten wir zum Budget das bringen, was wir gerne in diese Liste hineingehabt hätten. Das war alles.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Bitte ich muß hier berichtigen, es wurden ausdrücklich - den Brief habe ich sogar selbst unterschreiben - die Fraktionen verständigt, daß sie zum Budget ihre Äußerungen abgeben sollen.

Als nächster Redner hat sich noch Gemeinderat Fuchs gemeldet.

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:
Werte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich glaube, man muß mir gestatten, zu den hier geäußerten Vorwürfen eine kurze Stellungnahme abgeben zu können. Trotz der verschiedenen positiven Erledigungen für sich an mich wendende Wohnungssuchende, für die ich übrigens danke, ist die Zahl derer, die sich weiters an mich wandten, immer größer geworden. Ich glaube jedem geht es so, man ist dort und da tätig, daß man da mehrere Leute zu-

geschickt erhält und ich glaube, Herr Bürgermeister, ich habe bei einer persönlichen Vorsprache ausdrücklich gesagt, daß ich mich nicht nur für Leute einsetze, die sozusagen Mitglied der Partei sind, sondern ich habe auch andere Möglichkeiten der Interventionen bereits bei Ihnen getätigt und sie hier benannt, namentlich benannt. In letzter Zeit, als auf Grund der Mehrarbeitsleistungen, die wir alle vor Weihnachten zu leisten haben und ich im besonderen, ich glaube jedem wird es ähnlich ergehen, der irgendeine Funktion ähnlich gelagerter Art besitzt, daß es mir unmöglich war, Leuten, die montags zu mir kommen - wahrscheinlich kommen sie auch zu anderen - diese Leute restlos einzeln aufzuklären. Ich habe auch nicht Einzelnen Hilfestellungen in der Hinsicht zu leisten beabsichtigt gehabt durch einen Hausbesuch, das gelingt einfach in der kurzen Zeit nicht. Ich gebe auch die Zahl bekannt, ich habe 34 Vormerkungen und ich glaube jeder würde einsehen, daß es hier unmöglich ist, allen 34 nachzulaufen, daß man sie gleich vorfindet und sie beraten und unterstützen kann. Mein Vergehen war eben, das gebe ich zu, daß ich mir gedacht habe ich kürze eine Zeit ab, indem ich das, was im Wohnungsausschuß beschlossen war und wo ich glaube, daß es ohnehin jedem bekannt wird, jedem zumindest der 72 Empfänger von Pensionistenwohnungen, daß ich da die freiwerdenden Wohnungen diesen 34 Leuten, die sich an mich wandten, geschildert habe. Jedenfalls nicht mündlich geschildert habe, wie es vielleicht richtig gewesen wäre, sondern schriftlich. Das war das einzige Vergehen. Aber daraus jetzt eine Staatsaffäre zu drehen, Herr Bürgermeister, ich glaube nochmals sagen zu müssen, das ist mimosenmotiviert. Ich habe nur eine Hilfe leisten wollen jenen, die nicht nur - ich betone das nochmals - unsere Parteigänger sind, sondern es sind auch andere darunter. Ich spreche es sogar offen aus, es gibt z. B. einen gemeinsamen Fall mit dem Herrn Stadtrat Zöchling.

Gelächter!

An Stadtrat Zöchling hat sich eine Frau gewendet und sie ist scheinbar nicht durchgekommen. Sie hat s ich auch an mich gewendet. Ich habe natürlich gesagt selbstverständlich werde ich sie auch unterstützen. Das war alles. Ich bitte also, hier keine Staatsaffäre daraus zu konstruieren. Ich glaube kaum, daß die Sache das wert wäre.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Eine weitere Wortmeldung? Herr Gemeinderat Manetsgruber.

GEMEINDERAT JOHANN MANETSGRUBER:
Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich möchte auf Grund der Geschäftsordnung § 21 den Antrag stellen auf Schluß der Rednerliste.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Ich bringe diesen Antrag zur Abstimmung, um keinen Formfehler zu begehen. Wer mit dem Vorschlag einverstanden ist, den bitte ich, ein Zeichen mit der Hand zu geben. Danke. Einstimmigkeit. Die Rednerliste ist geschlossen.

Ich möchte auf das, was Gemeinderat Fuchs gesagt hat, nicht mehr eingehen. Ich glaube, das ist zu einer anderen Zeit passender. Mir liegen nun einige Anträge zur Behandlung vor. Ich darf gleich vorweg betonen, daß der eine gemeinte Antrag über die Willensäußerung ich nach Beratung mit meinen Präsidialkollegen keine Möglichkeit finde, ihn als Antrag zu qualifizieren. Ich kann daher nur eines tun, aufklären, daß es derzeit keiner besonderen Willensäußerungen von mir aus im Rahmen des Budgets bedarf, weil

laufend mit Land und Bund Verhandlungen geführt werden hinsichtlich dieser Straßen, die Sie anschneiden in Ihrem sogenannten Antrag und es wird kein konkreter Punkt, der zum Budget spricht, angezogen. Er entspricht auch nicht der Tagesordnung. Ich werde ihn lediglich als Vorschlag entgegennehmen, als Antrag kann ich ihn nicht qualifizieren, weil es wird zu keinem Punkt Stellung genommen, der im Budget konkret zur Behandlung stand. Ich kann ihn lediglich dem Präsidial- oder Planungsausschuß vorlegen, was der für eine Meinung äußert und dann die entsprechenden Maßnahmen setzen. Wir haben nunmehr, meine Damen und Herren, zwei Anträge zur Behandlung vorliegen, bevor ich zum Hauptantrag komme. Zunächst den Abänderungsantrag der Freiheitlichen Partei zum Voranschlag im oH auf Erhöhung der VP 62-51 bei der Gruppe 6 in der Höhe von S 200.000,- auf S 480.000,-. Abänderungsanträge sind bekanntlich vor dem Hauptantrag abzustimmen. Es wurde empfohlen, dem Antrag aus gewissen Gründen, die von Kollegen Schwarz dargelegt wurden, die Zustimmung nicht zu geben. Ich muß daher doch mit Handerheben bitten, die Abstimmung durchzuführen. Wer dem Abänderungsantrag der FPÖ die Zustimmung gibt, den bitte ich, ein Zeichen mit der Hand zu geben. Gibt es Enthaltungen oder Gegenstimmen? Für den Antrag 2 Stimmen FPÖ-Fraktion;
gegen den Antrag 24 SPÖ-, 9 ÖVP- und 1 Stimme KPÖ-Fraktion).

Der Abänderungsantrag ist somit abgewiesen.

Will der Berichterstatter noch einmal das Wort ergreifen? Ich bitte ihn jetzt, die Gelegenheit zu ergreifen.

STADTRAT RUDOLF FÜRST:
Sehr verehrte Damen und Herren!

Obwohl die Zeit eine sehr fortgeschrittene ist, wäre es doch mehr als eine grobe Unhöflichkeit, wenn ich als Referent Ihnen nicht die Anerkennung aussprechen würde, daß Sie überhaupt so lange und intensiv diesen Beratungen Ihre Kraft und Aufmerksamkeit gewidmet haben. Sie haben so viele Probleme in den Raum gestellt in Verbindung mit dem Budget, daß Sie mir - ich bitte Sie darum - es erlassen werden, zu den einzelnen Punkten Stellung zu nehmen, wie es eigentlich Brauch wäre. Es würde die Sitzung derart über Gebühr verlängern, daß Sie mir das wohl übel nehmen würden.

An dieser Stelle darf ich als Finanzreferent natürlich den Beamten danken, die die überwiegend große Arbeit und die verantwortungsvolle Arbeit gehabt haben, alle Unterlagen und alles zusammenzustellen, daß dieses Budget heute debattiert werden konnte und der Beschlußfassung zugeführt werden kann. Sonst habe ich zum Budget nichts mehr Wesentliches zu sagen und ich bitte den Herrn Bürgermeister, die Abstimmung darüber vornehmen zu lassen.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Meine Damen und Herren!

Die Schlußworte des Referenten geben mir Gelegenheit, über den Hauptantrag abzustimmen. Wer dem Voranschlag 1976 mit allen hier zitierten Teilen zustimmt, den bitte ich, ein Zeichen mit der Hand zu geben. Danke. Gegenprobe? Stimmenthaltungen? Ich stelle mit Genugtuung und Freude fest, daß die Einstimmigkeit zum Hauptantrag gegeben ist.

Wir kommen zur weiteren Behandlung der Zusatzanträge, die sich insofern durch die Erledigung des Hauptantrages erübrigen. Gemäß Geschäftsordnung braucht über einen Zusatzantrag nicht mehr abgestimmt werden, wenn der Hauptantrag beschlossen ist. Ich bitte, auch das gemäß Geschäftsordnung zur Kenntnis zu nehmen. Damit sind wir für die heuti-

ge Sitzung am Ende angelangt und Sie erlauben mir, so wie es jedes Jahr bei dieser Sitzung üblich ist, einige Schlußbemerkungen zu machen.

Ich glaube, es ist erwiesen, daß der Beschluß über den Voranschlag der wichtigste des ganzen Jahres ist, daß damit auch der Wegweiser gerade im heurigen Fall für das kommende Jahr 1976 gestellt ist und daß wir damit auch - das möchte ich auch zum Ausdruck bringen - die mittelfristige Entwicklung in unserer Stadt auch schon beeinflussen. Die Beachtung durch die Bevölkerung zeigt sich auch zweifellos im Interesse, das den Pressemeldungen entgegengebracht werden wird. Es ist gerade die Budgetsitzung jene, in der die Aussagen der Fraktionen zum Tragen kommen, die persönliche Präsentation des einzelnen Mitgliedes des Gemeinderates bei seinen Diskussionsbeiträgen erfolgt und daß, das hat sich hier gezeigt, die Einstimmigkeit von allen angestrebt wird. Wir sind am Abschluß des Jahres 1975 mit unserer Sitzungstätigkeit angelangt. Ich kann mit Befriedigung sagen, es war für uns alle in der Wirkung unserer Arbeit ein gutes Jahr. Es haben sich gute Entwicklungen ergeben, wenngleich eine abklingende Tendenz am Arbeitsmarkt und in der Wirtschaft feststellbar ist. Wir haben in diesem Jahr erreicht eine weitgehende Schonung unseres Altstadtkerns vor den Einflüssen der modernen Industrialisierung und des Verkehrs. Wir haben eine Verschönerung feststellen können, wir haben gerade durch einige Einrichtungen den sozialen Standard in der Stadt verbessert. Der Wohnungsmarkt wurde weiter gefördert. Es wurde auch heute das Pensionistenwohnhaus angezogen, ein Beispiel dafür, und wir haben ein sehr reges Kulturwesen in diesem Jahr hinter uns. Die Wandlung in Industrie, Gewerbe und Handel ist deutlich spürbar, wir dürfen sagen, daß durch die Einrichtung von einigen Großkaufmärkten die Bedarfsdeckung der Stadt und weit darüber hinaus in das Umland erfolgt ist und daß sich damit dankenswerterweise eine Spezialisierung der Einzelgeschäfte und eine Belebung zum Moderneren ergeben hat. Ich möchte mit Genugtuung und Dank auch erwähnen, daß der Ausstellungsverein Steyr durch die Gewerbeausstellung in der Sporthalle ein reges Zeichen des Lebens gegeben hat und vielleicht auch neue Impulse gesetzt hat für weitere Entwicklungen. Wir haben im innerstädtischen Verkehr auch die Sicherheit des Fußgehers weitgehend berücksichtigt durch Unterführungen, Übergänge und verkehrsarme Zonen. Wir haben viele Parkplätze schaffen können, die Schulsituation in Teilen verbessert und eines haben wir gemeinsam erreicht, was heute in Erinnerung gerufen werden soll. Steyr hat sich gerade im Jahre 1975 in einigen Phasen der Abwicklung der Geschäfte des öffentlichen Lebens in das Blickfeld der internationalen Wirtschaft und der Politik rücken können. Damit ist das Ansehen der Stadt gestiegen und damit ist auch eines einhergegangen, daß der Steyrer sich seiner Funktion und in seinem Bekenntnis zur Stadt bewußt geworden ist. 2 Filme über die Stadt sind gedreht worden und vorgeführt worden. Gerade der letzte Film hat diese Aussage von mir bewiesen und bestätigt. Unter dem Titel "Eine Stadt stellt sich vor" hätte man genauso sagen können, eine Stadt bestätigt sich, präsentiert sich mit ihrer Tradition, mit ihrer Arbeit und ihrer Leistung. Sie präsentiert sich aber genauso in ihrer sozialen und kulturellen Gesinnung in der Öffentlichkeit. Damit haben wir doch einen wesentlichen Schritt aus einer etwas verspürbaren Isolation im Vergleich zu anderen Städten im Zentralraum erreicht. Der Wertmesser für unsere Arbeit, meine Damen und Herren, ist aber nicht hier die Ansicht allein im Gemeinde-

ratskörper. Der Wertmesser ist die Bewertung durch die Bürger. Die allgemeine Verbesserung wird natürlich auch vom Bürger her gesehen immer von der Person betrachtet, welche Nutzung er in den öffentlichen Leistungen sieht und welche Probleme er für seine Person bewältigt bekommt. Unsere Arbeit wird aber auch begrenzt durch die technischen Möglichkeiten, die uns zur Verfügung stehen, sie werden aber hauptsächlich auch in ihre Grenzen gezogen durch die finanziellen Mittel, die uns bereitgestellt werden können in der Arbeit. Daher wird die Schwerpunktbildung gegenwärtig immer wieder in den Vordergrund unserer Arbeitsziele gestellt werden müssen.

Eines darf ich noch hinzufügen. Es wurden in der Budgetdebatte Verkehr und sonstige saubere Umwelt mehrmals erwähnt. Gerade Steyr kann stolz darauf sein, daß wir gegeben durch die Topografie aber auch durch die Einstellung des Gemeinderates und durch den Hinweis in der Öffentlichkeit eine saubere Umwelt besitzen. Wir haben sauberes Wasser, wir können aber nicht als Gemeinderat, als Magistrat und Gemeindeverwaltung alles das erledigen, was letzten Endes im Interesse des Bürgers liegt. Hier bedarf es auch immer wieder der Aufrüttelung des Einzelnen zur Mitwirkung an dieser sauberen Umwelt. Wir haben einen Reinhalteverband in Gründung und es wird dadurch ein neues finanzielles Problem aufgerollt, das uns Jahre hinaus beschäftigen wird. Unser Arbeitsziel wird weiterhin ein besseres Lebensniveau in unserer Stadt sein müssen, die Sicherung von Fortschritt und Entwicklung und vor allem die Sicherheit der Einzelperson, wobei auch die Einzelverantwortung des Bürgers aufgezeigt werden soll. Ich möchte zum Abschluß unserer heutigen Budgetdebatte namens des Gemeinderates die Bediensteten beglückwünschen zu ihrer Arbeitsleistung, die es uns ermöglicht hat, die Entscheidungen in der nötigen Art und Weise zügig zu erledigen. Ich danke Ihnen als Mitglieder des Gemeinderates in den verschiedensten Gremien für die Bereitwilligkeit, gemeinsam zu versuchen, das Beste für die Stadt zu tun. Ich danke Ihnen auch für die notwendige Zusammenarbeit und stelle fest, daß die politische Differenzierung ein Ausdruck der Demokratie ist und von allen anerkannt werden wird und muß. Diese politische Differenzierung soll gleichzeitig auch das Ansehen der Person in jeder Beziehung wahren. Wir werden sicherlich manche Schwierigkeiten noch zu meistern haben, wenn es gemeinsam gelingt, wird es für die Stadt umso besser sein. Als Bürgermeister stelle ich mich immer der Verantwortung, die an mich herangetragen wird und ich kann Sie versichern, daß ich es auch dann tun werde, wenn ich kritisch wegen Verfügungen betrachtet werde. Ich glaube und denke daran, daß ich in vielen oder in den meisten Fragen die Unterstützung des Gemeinderates in diesen Dingen haben werde.

Erlauben Sie mir abschließend noch den Hinweis, daß ich persönlich davon absehe, gerade hier in diesem Kreis, in dem wir uns alle vor den Feiertagen noch persönlich beglückwünschen werden, daß ich von der Versendung von Billets Abstand nehmen werde. Vielleicht ein kleiner Beitrag zu den heute erwähnten Sparmaßnahmen, die angeschnitten wurden. Ich werde die Glückwünsche, die die Sprecher der Fraktionen geäußert haben an die Bediensteten des Magistrates weiterreichen und die werden sich zweifellos darüber freuen, daß ihre Arbeit anerkannt wurde.

Ich darf nunmehr Ihnen allen zum Abschluß des Jahres 1975, vor allem aber zum bevorstehenden Weihnachtsfest offiziell vom Präsidiumstisch aus die besten Glückwünsche aussprechen, damit Sie ein besinnliches Weihnachts-

war gestern, erhalten habe. Es ist ausgeschlossen, meine Damen und Herren, alle rechtlichen Auswirkungen sowohl dieses Abänderungsantrages als auch des Zusatzantrages nur im Rahmen dieser Gemeinderatsdebatte zu klären. Wohnbauförderung ist nach der Bundesverfassung Bundessache; die Ausführung liegt in der Kompetenz der Länder. Jedenfalls gibt es neben der Objektförderung auch die Subjektförderung, die durch den Bundesgesetzgeber und den Landesgesetzgeber geregelt wurde. Ohne eingehende rechtliche Prüfung ist es ausgeschlossen festzustellen, ob durch eine solche Förderung der Stadtgemeinde Steyr nicht die Subjektförderung des Bundes bzw. des Landes verloren geht. Diese setzt nämlich genaue Richtlinien für die Mietenvorschreibung voraus, die damit nicht mehr eingehalten werden könnten. Aber auch wenn diese rechtlichen Bedenken sich als gegenstandslos herausstellen sollten, wäre die praktische Auswirkung zu klären. Wenn nur der Effekt eintreten würde, daß anstelle von Landesmitteln Gemeindemittel zur Förderung eines einzelnen Mieters herangezogen werden, ohne daß dieser eine materielle Besserstellung erfährt, ist der gesamte Antrag praktisch nur zum Schaden der Stadtgemeinde Steyr. Der Mieter würde im Endeffekt keine finanzielle Besserstellung erfahren.

Im übrigen würde es eine Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes darstellen, nur für eine gemeindeeigene Neubaumietwohnung, deren Kosten bekanntlich im oö. Durchschnitt an der untersten Grenze liegen, eine Wohnungsstarthilfe zu gewähren; dann würden alle Mieter von anderen Wohnbauträgern in Steyr, die ebenfalls mit der Wohnbauförderung bauen, benachteiligt sein. Im übrigen baut die Gemeinde überhaupt keine Neubaumietwohnungen, sondern die GWG der Stadt Steyr, also eine Gesellschaft, das ist allen bekannt.

Die Gewährung eines zinsenfreien Darlehens für die Wohnungsneueinrichtung für Bewerber von gemeindeeigenen Neubauwohnungen ist hinsichtlich des Gleichheitsgrundsatzes ebenso wie der Mietenzuschuß zu beurteilen. Darüberhinaus treten jedoch hier eine Reihe von Problemen auf, die unmöglich in einer Diskussion sofort geklärt werden können. Vor allem bedenklich erscheint es, wenn die Stadtgemeinde Steyr selbst Darlehen hergibt, zu deren Bedeckung sie dann selbst wiederum Fremdkapital aufnehmen muß. Diese Dinge sind auf jeden Fall vorher noch zu klären. Im übrigen ist auch hier auf andere Förderungsmaßnahmen Rücksicht zu nehmen, so z. B. auf die Heiratsbeihilfe des Bundes. Jedenfalls bedarf es auch hier einer genauen Prüfung der Wechselbeziehungen.

Im übrigen muß darauf hingewiesen werden, daß eine eingehende, sachliche Beratung der in Rede stehenden Anträge scheinbar auch gar nicht beabsichtigt war. Es sollte lediglich ein politischer Erfolg erreicht werden. Der FPÖ-Fraktion wurde bereits mit Schreiben vom 29. 10. 1975 der Budgetentwurf übermittelt, er wurde zu diesem Zeitpunkt zugesandt. Am Dienstag, 11. 11. 1975, fand überdies eine Fraktionsobmännerbesprechung statt, bei der nochmals Anregungen und dergleichen entgegengesehen wurde. Es darf darauf hingewiesen werden, daß von der ÖVP-Gemeinderatsfraktion von dieser Möglichkeit in schriftlicher Form Gebrauch gemacht wurde und sie einen Entwurf übermittelt hat, wo sie ihre Wünsche dargestellt hat. Am Donnerstag, 13. 11. 1975, wurde im Finanz- und Rechtsausschuß das Budget eingebracht. Auch dort bestand Gelegenheit, Änderungen und Zusätze so zeitgerecht zu behandeln, daß sie noch einer sachlichen Beurteilung zu unterziehen ge-

viele Pensionisten. Ich glaube, daß sich unser Wohnbau in Zukunft auch auf diese Aussage hin und auf diese zahlenmäßige Zusammensetzung abstimmen muß und wir haben bereits in Planung, daß gerade auf diesem Sektor der Einraumwohnungen einiges geschieht. Wir überlegen, ob wir nicht das ehemalige Internatsgebäude an der Berufsschule II, das leersteht, daß wir dieses Internatsgebäude zu Garconniere-Wohnungen umbauen. Hier sind bereits Planungsarbeiten gediehen. Ein weiterer Schritt in dieser Richtung ist die Forcierung der Pensionistenwohnbauten. Wir konnten auch am 4. 12. das Pensionistenwohnhaus Münichholz bereits vergeben. Der Bezugstermin liegt allerdings im Frühjahr 1976. Der Schwerpunkt unserer Wohnbautätigkeit liegt am Resthof, das ist allen bekannt und wir sind sehr froh, daß es heuer gelungen ist, die Bewilligung der Förderungsmittel für den 2. Bauabschnitt zu erlangen. Für die Erledigung von Wohnungsansuchen sind nicht nur die Neubauwohnungen - wir haben 1975 insgesamt 102 Neubauwohnungen vergeben, das heißt die sind bezogen worden - insgesamt aber durch Einweisungen 256 Wohnungsfälle erledigen können. Da gehören dazu die Einweisungen in die sogenannten Alt-Neubauwohnungen und Altbauwohnungen. Das ist ein sehr erheblicher Prozentsatz und sehr schöner Anteil an Erledigungen, der erreicht werden konnte.

Zu einem Punkt noch kurz, was das Wohnungswesen betrifft. Wir haben immer schon mit Bedauern festgestellt, daß unsere siedlungswilligen Steyrer außerhalb der Stadt sich Gründe gekauft haben und dort angesiedelt sind, in Gemeinden, die um Steyr liegen und wir sind nun einen Weg gegangen, daß wir versuchen, in der Waldrandsiedlung rund 100 Parzellen an siedlungswillige Steyrer zu vergeben. Dazu darf ich sagen, daß die Vorarbeiten dazu schon sehr weit gediehen sind, daß auch bereits eine sehr große Anzahl - mehr als 120 Bewerber - sich um diese Gründe beworben hat. Dazu sollen in diesem Siedlungsgebiet noch 120 Wohnungen in drei- und viergeschossigen Wohnblöcken und ca. 35 Reihenhäuser entstehen. Ich darf sagen, daß die Voraussetzungen für dieses Siedlungsgebiet dadurch zum Ausdruck kommen im Budget, daß für die Kanalisierung 3 Mill. und für den Straßenbau 5 Mill. für die Waldrandsiedlung vorgesehen sind. Die Schätzungszahlen für die Gesamtaufschließungskosten lauten so, daß voraussichtlich S 5 Mill. die Wasserversorgung, S 15 Mill. die Kanalisation und ca. S 12 Mill. der Straßenbau benötigen wird, das heißt, daß hier ein sehr großer Betrag notwendig wird, um dieses Siedlungsgebiet aufzuschließen. Dazu kommt selbstverständlich die weitere Anschlußmöglichkeit der bereits dort vorhandenen Siedlungshäuser. Soweit kurz zum Wohnbau.

Ich möchte in diesem Zusammenhang, da der Abänderungsantrag und Zusatzantrag der FPÖ-Fraktion vorliegen, dazu folgendes sagen. Wir haben diesen Antrag - Fraktionsobmänner und Bürgermeister - gestern bekommen und ich glaube, daß diese Zeit sehr kurz ist und heute wird er dem Gemeinderat zur Beschlußfassung vorgelegt.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Heute!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:
Ja heute!

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:
Samstag!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:
Ich habe ausdrücklich vermerkt, daß ich diesen Antrag am 15. 12., das

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER HEINRICH SCHWARZ:
Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich hätte an sich vorgehabt, auf einige Probleme sehr eingehend einzugehen, in Anbetracht der fortgeschrittenen Zeit gestatten Sie mir, daß ich nur im besonderen auf die Zusatz- und Abänderungsanträge der Freiheitlichen Partei und auf Personalangelegenheiten und etwas auf die Wohnungsangelegenheiten eingehe.

Zur Personaldebatte, die heute angeklungen ist und die im besonderen von Kollegen Fritsch angezogen wurde, daß wir sparsam sein sollen glaube ich, daß dieser Hinweis an die Sozialistische Fraktion nicht notwendig ist, weil die Personalpolitik in diesem Haus immer schon, soweit es den Verwaltungssektor betrifft, auf das Sparsamste geführt wurde. Sie können nachschauen in den Dienstpostenplänen der letzten Jahre, hier haben sich kaum Veränderungen ergeben und die Veränderungen, die Sie vorschlagen, das ist eine Selbstverständlichkeit, zu denen stehen wir auch, daß alle sozialen Leistungen und anderen Leistungen, die im Zusammenhang mit Schulen und Kindergärten erfolgen, selbstverständlich auch die nötige Personalaufstockung, Personalzunahme zur Folge haben soll. Ich darf einen Vergleich hier machen, wie sparsam Steyr hier verwaltet wird. Ich darf im Vergleich die Stadtgemeinde Wels anführen. Steyr hat 22 leitende Beamte, das sind - ich rechne dazu alle Abteilungsvorstände einschließlich der Referatsleiter - Sie kennen den Dienstpostenplan, Wels hat 1.100 Bedienstete insgesamt und 80 leitende Beamte. Ich glaube, daß wir hier trotz der immer steigenden Aufgaben die herankommen an die Verwaltung, der Beamtenschaft sehr dankbar sein können, weil sie die zusätzlichen Aufgaben, die ständig herankommen, mit demselben Personalstand schon jahrelang durchführen und bewältigen.

Einige Worte zum Schulbausektor. Der Neubau der HAK, Hasch und Kindergärtnerinnenschule wurde vielfach schon angezogen. Ich möchte doch auf eines verweisen, daß endlich die jahrzehntelangen Bemühungen, die unsere verantwortlichen Funktionäre durchgeführt haben - das ist allen bekannt, wie schwierig dieser Weg war - unter einer sozialistischen Regierung, unter einer sozialistischen Leitung des Schulressorts zum Abschluß gekommen sind und wir sind sehr froh darüber, obwohl uns die Ausgaben doch sehr wesentlich belasten, aber es ist auch eine Aussage über die Schulfreundlichkeit der Stadt. Im aoH beträgt die Ausgabe für Schulneubauten im heurigen Jahr nahezu ein Drittel. Nun darf ich doch einige Gedankengänge zur allgemeinen Wohnungssituation in Steyr anführen. Wir haben, das ist richtig, noch immer eine sehr große Anzahl von Wohnungssuchenden. Die hat sich in den letzten Jahren kaum verändert, obwohl eine große Fluktuation ist. Rund 2.100 Personen sind beim Magistrat Steyr als Wohnungssuchende vorgemerkt. Dazu darf ich sagen, daß ein Großteil dieser Personen bei vielen anderen Wohnungsgenossenschaften und Wohnungsgesellschaften, in den Steyr-Werken, bei der Styria, der 1. Gemeinn., bei der WAG usw., auch gleichzeitig gemeldet sind und ich glaube, daß diese Zahl der 2.100 ungefähr den Gesamtrahmen der Wohnungssuchenden in Steyr ausmacht. Dazu glaube ich ist es auch notwendig, daß man etwas über die Struktur dieser Wohnungssuchenden aussagt, ganz kurz nur. Rund 10 % dieser Zahl kommen von auswärts, das sind Wohnungssuchende, die nach Steyr hereinwollen und eine ganz interessante Zahl, rund 40 % aller Wohnungssuchenden sind Einzelwerber, das heißt, sie suchen Garconnieren oder Einraumwohnungen. Darunter sind auch sehr

älteren Wohnungswerbern zu leichteren Bedingungen zu einer Wohnung zu verhelfen, denn ich glaube, daß mancher bereits auf eine Bahn gelangt ist, z. B. im Resthof, wo er sagen muß, ich kann nicht mehr weiter. Ich habe einige Leute besucht und ich glaube, jeder kennt derart gelagerte Fälle, wo es wirklich schwierig ist, was man Leuten zumutet. Zum entrichtenden Baukostenzuschuß noch etwa S 2.000 Miete und mehr zu leisten und die Wohnung neu einrichten zu müssen. Das sind Belastungen, die schon sehr stark sind und die manche abhalten - zu mir kommen auch genügend Leute, wie wahrscheinlich zu jedem Mandatar - die sagen, ich kann mir eine Neubauwohnung nicht leisten. Das war die Grundlage des Motivs für diesen Antrag, der die Stadtgemeinde kein Geld kostet, wenn Sie einverstanden sind, daß wir alle auf die 18 %ige Erhöhung der Mandatsgebühren verzichten. Abschließend noch ein Wort, das der Herr Bürgermeister mir gegenüber heute bereits verwendet hat und wo ich meine, daß es gar nicht so arg gemeint sein konnte. Das Wort Amtsmißbrauch ist überhart und ich bin, wie Sie wissen, Härte gewöhnt, aber das war überhart. Bis zum Zeitpunkt Ihrer Anschuldigung war ich mir keines Vergehens bewußt. Wenn es aber als Vergehen gewertet wird, daß ich Hilfeleistungen an Wohnungswerber anbiete, dann verstehe ich diesen Vorwurf umso weniger, zumal wir alle verpflichtet sind, diese Hilfe als Mandatare allen Hilfe- und Ratsuchenden zu gewähren. Ich finde dieses harte Wort Amtsmißbrauch in diesem Zusammenhang mimosenmotiviert. Ich würde Sie ersuchen, daß wir hier noch eine Aussprache treffen, es muß nicht unbedingt in der Härte, wie Sie mir dieses Wort vorgeworfen haben hier im Gemeinderatsaal, erfolgen. Ich habe mich in der Zwischenzeit erkundigt, was man mir vorwirft und daher möchte ich dies vorläufig erwähnt haben und möchte zugleich meine tolerante Haltung Ihnen gegenüber beweisen, indem ich Ihnen besonders für das Jahr 1976 viel Glück und Erfolg bei der Bewältigung Ihrer auf Sie und auf den Gemeinderat zukommenden Aufgaben wünsche.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:
Ich möchte Ihnen zunächst danken, Herr Gemeinderat, für die Glückwünsche und darf Sie erwidern.

Ich möchte Sie nur auf eines aufmerksam machen, was der Grund meiner Äußerungen heute war. Sie haben eine Ihnen im Zuge Ihrer Ausschußtätigkeit im Wohnungsausschuß bekannt gewordene Liste in einem offenen Brief an verschiedene Parteien ausgesendet und damit gegen die Amtsverschwiegenheit verstoßen. Und zwar eindeutig gemäß § 5 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Gemeinderates. Ich möchte Sie bei der Budgetsitzung nicht damit belasten, daß ich hier die konkrete Meinung noch dazu sage, ich möchte hier nur den Paragraphen zitieren, wo es heißt, die Mitglieder des Gemeinderates sind, soweit es gesetzlich nicht anders bestimmt ist, zur Verschwiegenheit über alle ihnen ausschließlich aus ihrer Tätigkeit bekannt gewordenen Tatsachen verpflichtet, deren Geheimhaltung im Interesse der Stadt oder einer anderen Gebietskörperschaft - jetzt kommt das wesentliche - oder der Beteiligten geboten ist oder die als vertraulich bezeichnet sind. Die Verschwiegenheitspflicht ist zeitlich unbegrenzt. Sie besteht für die Mitglieder des Gemeinderates nicht gegenüber dem Gemeinderat, wenn dieser derartige Auskünfte ausdrücklich verlangt. Mich dazu näher zu äußern, ersparen Sie mir in Anbetracht der heutigen friedlichen Stimmung zum Ausklang dieses Jahres.

Ich darf als nächsten Redner Kollegen Schwarz zum Rednerpult bitten.

nungswerber ist und man hier besonders im ersten Jahr die größtmögliche Hilfe zuteil werden lassen sollte. Ich erspare mir daher die genaue Verlesung des Antragsmotivs, weil ihn die Fraktionsführer seit Tagen in Händen haben und ich bitte Sie im voraus um Ihre Zustimmung, zumal diese Hilfe, wie ich schon erwähnt habe, kein Budgetdefizit hinterläßt. Der Bedeckungsvorschlag hiezu lautet: Daß wir, das heißt die 36 Gemeinderatsmandatare der Stadt auf die laut Voranschlag oH geplante Erhöhung der Mandatsgebühren von 18 % gegenüber dem Nachtragsvoranschlag 1975 von 32,5 % gegenüber dem Voranschlag 1975 verzichten.

ZWISCHENRUF GEMEINDERAT ERICH SABLIK:

Die hat bereits Kollege Treml ausgegeben!

GEMEINDERAT ERNST FUCHS:

Ich glaube, lieber Kollege Sablik, jeder kann seine Wünsche äußern und ich glaube nicht, daß es eine Absicht ist, diesen oder jenen Antrag zu unterstützen, sondern wir sollten echt nach Motivenberichten und nach gewissen sozialen Gesichtspunkten vorgehen. Ich darf somit zur Verlesung der zweigeteilten Anträge kommen und darf berichten:

1. Abänderungsantrag: Der Gemeinderat wolle beschließen:

Einkommensschwache Bewerber von gemeindeeigenen Neubau-Mietwohnungen erhalten auf Antrag ab 1976 eine einmalige Wohnungsstarthilfe auf die Dauer von einem Jahr in Form der Übernahme von 50 % Mietenkosten durch die Stadt Steyr dann, wenn diese Bewerber ein Jahresnettoeinkommen unter S 84.000,- nachweisen. Der im Voranschlag 1976 oH unter der Gruppe 6, VP 62-51 veranschlagte Betrag wird daher von S 200.000,- abgeändert und auf S 480.000,- angehoben.

2. Zusatzantrag. Der Gemeinderat wolle beschließen:

Bewerber von gemeindeeigenen Neubau-Mietwohnungen erhalten auf Antrag ab 1976 eine einmalige Wohnungsstarthilfe in Form eines zinsenfreien Darlehens in der Höhe bis zu S 24.000,- zur Wohnungsneueinrichtung dann, wenn diese Bewerber ein Jahresnettoeinkommen unter S 119.000 nachweisen. Dieses Darlehen ist ein Jahr tilgungsfrei. Die Rückzahlung hat danach in 36 gleichen Monatsraten zu S 667,- zu erfolgen.

Bewerbungen (Anträge) können nur für eine Art der Wohnungsstarthilfe eingereicht werden. Der damit zu beschäftigende gemeinderätliche Ausschuß möge sich mit der Ausarbeitung von genauen Richtlinien für die Antragswerber befassen.

Die Bedeckung des Mehraufwandes von S 280.000,- für den Inhalt des Abänderungsantrages und die Bedeckung für den Aufwand von S 480.000,- aus dem Inhalt des Zusatzantrages soll durch eine Zurücknahme der 18 %igen Erhöhung der für den Personalaufwand der Gemeindevertretung vorgesehenen Mehrsumme von S 770.000,- (gegenüber NVA 1975) von der Gruppe 0, VP 00 und Überführung dieser Summe an die Gruppe 6, VP 62, erfolgen. Eine erst vor kurzem, im Jahre 1975 erfolgte 11 %ige Erhöhung der Funktionärsgebühren für alle 36 Gemeindemandatare ist genug und "rechtfertigt" nicht eine neuerliche Erhöhung von 18 %, wie dies der VA 1976 ziffernmäßig bekanntgibt.

Ich möchte abschließend nochmals bitten, daß Sie unserem Antrag zustimmen und ich glaube sagen zu können, daß dies eine echte soziale Tat gegenüber Wohnungswerbern ist, die auch die Möglichkeit bietet, jüngeren und

eben die Eintrittskarten so sehr erhöht wurden? Das könnte auch eine Antwort sein, warum man hier denselben Betrag bei der Einnahmenseite erwartet und sogar der Verlustzuschuß höher wird. Jedenfalls ich schließe dieses Kapitel mit der Feststellung ab, daß wir uns freuen, daß das Gesamtdefizit dieser 5 angeführten Stadtwerkebetriebe nun von 23,6 % auf 8,8 % heruntergeschafft wurde. Was nicht bedeuten soll, daß dies eine Fortsetzungskurve erleben soll, denn wir wollen nicht erwarten, im nächsten Jahr schon wiederum derartige Tariferhöhungsanträge gestellt zu erhalten. Hier handelt es sich ja schließlich um städtische Unternehmungen, die Leistungen an die gesamte Bevölkerung zu erbringen haben ohne Gewinnabsicht.

Darf ich Ihnen nun noch etwas vortragen, was sich mit der Erfolgsbilanz der Betreuung für unsere älteren Mitbürger befaßt. Es wurde bereits von den Vorrednern betont und positiv aufgezeigt und wir nehmen mit Freude und Genugtuung auch zur Kenntnis, daß unser Antrag vom 13. 12. 1973 auf Einführung der Aktion "Essen auf Rädern" ...

Verschiedene Zwischenrufe

... erstens damals nicht nur einstimmig beschlossen wurde, sondern 2. mit positivem Echo bei den betagten Mitbürgern unserer Stadt angekommen ist. Ihr Lächeln bezieht sich wahrscheinlich auf die Urheberschaft. Die Frage kann ich gleich erklären. Wir wollen uns nicht als Urheber aufspielen, aber eines steht fest, wenn hier Wünsche verlautet wurden, Wünsche sind eben Wünsche, die nicht unbedingt behandelt werden müssen, aber Anträge sind Anträge, die zur Behandlung stehen und wir haben nun einmal - das steht fest und ist nachweisbar und nachlesbar in den Protokollen - diesen Antrag gestellt und ich freue mich sehr und habe das schon damals zum Ausdruck gebracht, daß die sozialistischen Frauen sich sehr mit diesem Problem befaßt haben und sicherlich gewaltige Vorarbeiten für diese Aktion betrieben haben.

Dasselbe Lob verdient die Stadt bezüglich der Errichtung von Pensionistenwohnungen und für die gute Betreuung der Kleinkinder in den städtischen Kindergärten und Horten und ich möchte dazu die Ausführungen der Frau Stadtrat Kaltenbrunner auf diesem Gebiet unterstreichen. Ich hatte vorgehabt, darüber mehr zu sagen, aber es wurde schon manches vorweggenommen. Schade dabei ist, daß Steyr bezüglich der Höhe der Ausspeisungsbeträge Linz überflügelt hat.

Aber für viele jüngere und ältere Familien, für viele wohnungsnotleidende Wohnungswerber, insgesamt sind es 2.000 - scheinen trotz gewisser Bauanstrengungen - z. B. Neubauwohnungen unerschwinglich zu werden. Daher habe ich vor dieser Sitzung den Herren Fraktionsführern Abschriften eines Antrages in zwei Teilen übermittelt, dessen Inhalt nur dem Ziele gewidmet ist, Besserungen anzustreben, über den Zuschüssen, die seitens des Landes gewährt werden, über jenen Hilfeleistungen des Landes, die Jungfamilien gewährt werden, soll auch die Stadt einen echten Beitrag liefern. Ich kann mir nicht vorstellen, daß das nicht gelingen könnte, zumal man einen Bedeckungsvorschlag nachweist der zeigt, daß diese Hilfeleistung der Stadt bzw. die dem Budgetdefizit nicht das Geringste kostet bzw. die Stadt mit keinerlei neuer Belastung zu rechnen hat. Ich glaube, daß besonders die einkommensschwachen Bewerber hier die Möglichkeit vorfinden sollen, wenigstens für ein Jahr eine Starthilfe zu erhalten, denn Sie alle wissen, daß das erste Jahr das gefährlichste Jahr ist im Bezug auf die Finanzierung seitens der Woh-

fest in der Familie verbringen können. Ich wünsche Ihnen Gesundheit, Aktivität und Gemeinsamkeit im kommenden Jahr. Wir werden alle diese Dinge persönlich und auch in der Körperschaft benötigen.

Ich darf die heutige Sitzung mit diesen Erklärungen abschließen und diese für beendet erklären.

Ende der Sitzung: 20.35 Uhr.

DER VORSITZENDE:

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

DIE PROTOKOLLPRÜFER: